



KONSTRUKTIVE KOMMUNIKATION IN DER DEMOKRATIE.

EIN BAUSTEIN IN DER POLITISCHEN BILDUNG

EINE PUBLIKATION VON GEGEN VERGESSEN – FÜR DEMOKRATIE E.V.

IMPRESSUM

Eine Publikation von:



Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Stauffenbergstraße 13–14, 10785 Berlin
Tel +49 (0)30 2639 78-3
info@gegen-vergessen.de

Redaktion Larissa Bothe
Gesamtgestaltung Anna-Maria Roch, Berlin
Lektorat Susan Mücke, Berlin

ISBN 978-3-9820589-8-6

Berlin 2020

INHALTSVERZEICHNIS

5	Vorwort	Hanne Wurzel
7	Einleitung: Konstruktive Kommunikation stärkt die Demokratie	Michael Parak und Larissa Bothe
13	Streit und Konflikte in der Demokratie	Joachim Detjen
40	Demokratische Streitkultur für eine pluralistische Gesellschaft: Orientierungen für die politische Bildung	Manon Westphal
52	Vom gewaltfreien Umgang mit Hass	Simran K. Wester
70	Ambiguitätstoleranz als Ausgangspunkt für die Praxis der politischen Bildung	Larissa Bothe
80	Mit Rechten reden? Eine Standortbestimmung	Dierk Borstel
95	Die Rolle der Medien in demokratischen Debatten	Stefanie Molthagen-Schnöring
109	In Trümmern. Der demokratische Streit im Netz	Cornelius Strobel
128	Praxiseinblicke	Tobias Gralke
143	Kommentierte Übersichten von Workshops, Materialien und Literatur	Tobias Gralke
153	Zu den Autor*innen	

VORWORT

Wie kommuniziert man in einer Demokratie? Wie diskutiert man, wie streitet man, wie einigt man sich? All diese Fragen des vorliegenden Bandes sind Fragen, die sich die politische Bildung und somit auch die Bundeszentrale für politische Bildung seit ihrem Bestehen stellt.

Grundlegend ist hier sicherlich das Wissen um Strukturen und Prozesse innerhalb unserer demokratischen Gesellschaft. Die politische Bildung muss diese Kenntnisse vermitteln.

Das allein reicht jedoch nicht. Die Herausforderungen, vor denen die Gesellschaft und die Demokratie stehen, stellen uns vor neue Aufgaben. Verschwörungstheorien, Ideologien der Ungleichwertigkeit, rechtsextreme Äußerungen im digitalen Raum: All dem kann man nicht allein mit Faktenwissen entgegentreten. Politische Bildung muss darüber hinaus Handlungskompetenzen stärken. Den Bürgerinnen und Bürgern müssen ‚Werkzeuge‘ an die Hand gegeben werden, mit denen sie im Dialog und im Streit um die Demokratie bestehen können. Die Kombination aus Vermittlung von Wissen sowie der Stärkung von Haltung und Handlung ist die Grundlage meines Selbstverständnisses politischer Bildung.

Diesen Aufgaben muss sich die politische Bildung stellen, um konstruktive Kommunikation in unserer Demokratie zu stärken. Und diese Aufgaben sind sicherlich keine allzu leichten. Denn zu oft hat sich die politische Bildung in der Vergangenheit auf der reinen Wissensvermittlung ausgeruht. Die Vermittlung von demokratischer Haltung und die Aufbereitung von Handlungskompetenzen ist etwas, das in vielen Fällen ungleich schwieriger ist. Politische Bildung muss nicht nur die Antworten der Bürgerinnen und Bürger auf Faktenfragen haben. Sie muss diese zudem befähigen, immer weiter zu fragen. Sie muss Antworten haben und darüber hinaus das Gegenüber ermutigen, mit dieser Antwort allein nicht zufrieden zu sein, sondern immer weiter zu hinterfragen und notfalls zu widersprechen. Dabei darf sie die inhaltliche Auseinandersetzung nicht scheuen, sie muss den Widerspruch aushalten und fördern.

Nur mit der Befähigung zur kritischen Nachfrage und darauf aufbauender selbstständiger Meinungsbildung kann Demokratie erlebbar gemacht werden. Nur so können die Bürgerin und der Bürger den eigentlichen Wert der Grundlage unseres gemeinsamen Zusammenlebens, das Grundgesetz, wirklich verinnerlichen. Und nur so kann Haltung entstehen, mit der man im Streit mit den Gegnern dieser Demokratie bestehen kann. Sich auf der Wissensvermittlung auszuruhen bedeutet, sich dem eigentlichen Kern der demokratischen Kommunikationen, zu verwehren. Zumal in diesen Zeiten der gesamtgesellschaftlichen Umwälzungen, in denen viele Selbstverständlichkeiten nicht mehr selbstverständlich sind. Ich bin der festen Überzeugung, dass es sich lohnt, Haltung und Widerspruch zu festigen. Denn nur so können sich unsere demokratische Gesellschaft und der respektvolle Dialog weiterentwickeln.

Hanne Wurzel

Leiterin des Fachbereichs Extremismus
der Bundeszentrale für politische Bildung

EINLEITUNG:

KONSTRUKTIVE KOMMUNIKATION STÄRKT DIE DEMOKRATIE

Für viele Menschen ist der Befund klar: Eine zunehmende gesellschaftliche Spaltung und aktuelle Krisen bestimmen unser tägliches Leben. Der Politikwissenschaftler Aladin El-Mafaalani vertritt dagegen eine andere These: Er konstatiert einen Weg hin zur offenen Gesellschaft. Diese offene Gesellschaft sei zwar noch nicht vollständig, aber weitgehend realisiert: „Genau genommen hat sie ein Niveau erreicht, dass ihre Vorgänger für nicht realisierbar gehalten hätten. Die offene Gesellschaft bietet Möglichkeiten der Beteiligung, der Zugehörigkeit, der Inklusion, sie erlaubt es aber auch, nicht mitzumachen.“¹

Wie passen diese scheinbar gegensätzlichen Positionen zusammen? Sie hängen zusammen mit dem zeitlichen Blickwinkel der Betrachter. Während die einen sich eher an negativen Entwicklungen des vergangenen Jahrzehnts orientieren, analysiert El-Mafaalani Veränderungen über längere Zeiträume. Seine Perspektive liefert dabei zugleich aufschlussreiche Hinweise für die Entstehung der aktuellen Verwerfungen: „Näherkommen und Zusammenwachsen können dazu provozieren, die Differenzen zu betonen, weil sie kleiner werden. Das kann aber auch zu einer Radikalisierung führen.“²

Die aktuelle Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung diagnostiziert für die deutsche Gesellschaft eine „Gleichzeitigkeit zwischen Demokratiestärke und Demokratiemisstrauen“.³ Der Großteil der Befragten identifiziert sich mit freiheitlichen und pluralen Demokratievorstellungen. Forscher der Leipziger Autoritarismus-Studie kommen zu dem Schluss, dass die „politische Kultur in Deutschland ausgesprochen stabil und tief verankert“ ist.⁴ Doch es gibt einen „nicht unerheblichen Teil“ der Bevölkerung, der der Demokratie misstrauisch bis ablehnend gegenübersteht. Manche dieser Menschen verspüren ein Gefühl politischer Machtlosigkeit und sind bereit, bei der Gewährung gleicher Rechte Abstriche zu machen.⁵ Antipluralismus und Verschwörungstheorien unterhöhlen die demokratische politische Kultur. Die US-Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt schlussfolgern in ihrem lesenswerten Buch „Wie Demokratien sterben“: „Wenn die Zusammenbrüche von Demokratien in

der Geschichte uns eines lehren, dann, dass extreme Polarisierung für Demokratien tödlich sein kann.“⁶

Politische Bildung muss sich dieser ambivalenten Situation stellen. Ein ziel-führender und effektiver Ansatz dabei ist, die vorhandene Demokratiestärke aufzugreifen und als wichtiges Potential zu begreifen. Dabei gilt es, die große Anzahl an Menschen zu unterstützen, die ein demokratisches Miteinander in den Fokus stellen. Ein erster Schritt wird sein, sich von der Mär der konflikt-freien Gesellschaft zu verabschieden: „Mehr Menschen können und wollen partizipieren, sich aktiv beteiligen und etwas abbekommen. Alle an einen Tisch. Immer mehr und unterschiedlichere Menschen sitzen an einem Tisch. Wie kommt man eigentlich auf die Idee, dass es ausgerechnet jetzt harmonisch werden soll.“⁷

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier stellte unlängst fest: „Wir haben kein Problem mit der Meinungsfreiheit. Wir haben ein Problem mit unserer Streit-kultur.“⁸ Es bedarf Spielregeln, die es – bei allen bestehenden Unterschieden – ermöglichen, in einen gegenseitigen Austausch zu treten.

Diejenigen, die der Demokratie aufgeschlossen und wohlwollend gegenüberstehen, benötigen ein Rüstzeug, um mit verschiedenen Wertvorstellungen und dadurch entstehenden Konflikten umzugehen. Politische Bildung kann dabei unterstützen, indem Wissen und Kompetenzen vermittelt werden, mit denen sich Bürger*innen ein eigenes Urteil bilden und selbstbestimmt Entscheidungen fällen können. Sie sollen befähigt sein, die eigene Situation zu reflektieren, Verantwortung für sich selbst und Verantwortung für die Gesellschaft zu erkennen, zu übernehmen und gestaltend auf Prozesse einzuwirken.

Um konstruktiv in Aushandlungsprozesse gehen zu können, ist es sinnvoll, die Konflikt- und Kommunikationskompetenz jeder und jedes Einzelnen zu stärken. Demokratie bedeutet in der Praxis eben auch, Verständigung zu ermöglichen, Kompromisse zu finden oder auch einen Konsens zu erzielen. Ein Weg dorthin ist der Dialog. Derzeit bestehen aber bei divergierenden Einstellungen starke Tendenzen dahin, ein Gespräch abzulehnen, Forderungen danach, mit ‚klarer Kante‘ zu reagieren oder die Diskussionen abubrechen sind verbreitet. Im

schlimmsten Fall wird ‚das Gegenüber‘ also gar nicht erreicht oder es gibt keine Möglichkeit, eine andere bzw. neue Perspektive aufzuzeigen. Im Ergebnis ist die Gefahr groß, dass ‚das Gegenüber‘ in seiner eigenen Position eher gefestigt wird. Hinzu kommt, dass ein Ausschluss von Diskussionen eine Ausgrenzung darstellt, letztlich für ein demokratisches Miteinander nicht zielführend ist und die Polarisierung verstärkt.

Allerdings kann das Streben nach einem Konsens nicht das übergeordnete Ziel sein. Es bedarf viel mehr eines Umgangs mit Konflikten, der es ermöglicht, andere Meinungen und Positionen auszuhalten. Zugleich gehört zur Kommunikation in einer Demokratie auch die Fähigkeit, mit antidemokratischen Aussagen umzugehen und Grenzen zu setzen. Konstruktive Kommunikation in der Demokratie bedeutet in manchen Fällen auch zu verdeutlichen, wo ein Gespräch kaum oder nicht mehr möglich ist. Die kommunikative Herausforderung besteht darin, bei bestimmten Äußerungen Grenzen zu setzen und gleichzeitig Dialogbereitschaft zu signalisieren bzw. den Dialog aktiv zu ermöglichen. Und gleichzeitig gilt es, den eigenen Ansprüchen gerecht zu werden, wonach auch Andersdenkenden grundsätzlich wertschätzend und respektvoll zu begegnen ist. Eine schwierige Aufgabe. Vielleicht hilft es, sich als Ansporn bewusst zu machen: Wer nicht kommuniziert, kann beim anderen auch kaum darauf hinwirken, dass sich dessen Einstellungen und Handlungen verändern.

Die Organisation *More in Common* hat in Studien sechs Typen in der deutschen Gesellschaft identifiziert, die unterschiedliche Wertefundamente haben und sehr unterschiedlich auf die Gesellschaft schauen.⁹

- Die Offenen: Menschen, denen Selbstentfaltung, Weltoffenheit und kritisches Denken wichtig sind
- Die Involvierten: Menschen mit Burgersinn, die gesellschaftliches Miteinander schätzen und bereit sind, gesellschaftliche Errungenschaften zu verteidigen
- Die Etablierten: Menschen, denen Verlässlichkeit und gesellschaftlicher Frieden wichtig sind und die am zufriedensten mit dem Status quo sind

- Die Pragmatischen: Menschen, denen Erfolg und privates Fortkommen wichtig sind, die sich weniger für Politik interessieren und ihren Mitmenschen nicht blind vertrauen
- Die Enttäuschten: Menschen, denen das Gefühl von Gemeinschaft verloren gegangen ist und die sich Wertschätzung und Gerechtigkeit wünschen
- Die Wütenden: Menschen, die Kontrolle und nationale Ordnung schätzen, wütend aufs System sind und Menschen generell eher misstrauen

Die jüngste Autoritarismus-Studie der Universität Leipzig stellt fest, dass es in einer relevanten Bevölkerungsgruppe „eindeutige statistische Beziehungen zwischen Verschwörungsmentalität, fehlender Anerkennung von Pluralismus und gesellschaftlicher Intoleranz (im Sinne mangelnder Wertschätzung anderer), aber auch deren ungünstige Auswirkungen auf die Zufriedenheit und Legitimität der Demokratie“ gibt.¹⁰ Politische Bildung wird es kaum leisten können, perfekte Rezepte zum Umgang mit allen Antidemokrat*innen, Rassist*innen und Menschenfeind*innen zu geben.

Wohl aber kann der Blick dafür geschärft werden, dass eine demokratische Diskussions- und Streitkultur mit dem allergrößten Teil der Bevölkerung möglich und zielführend ist – wenn auch manchmal durchaus anstrengend. In diesem Sinne lohnt es sich auch, verstärkt darüber nachzudenken, wie Austausch und Streit mit denen möglich ist, die grundlegend andere Werte vertreten und einen anderen Kommunikationsstil pflegen. Auch Enttäuschte und Wütende sind in ihrer Meinung nicht unveränderbar festgelegt und manchmal offen für einen Streit und Diskurs. Hieraus kann auch eine Einstellungsänderung erwachsen.

Die vorliegende Publikation greift dieses Thema einer konstruktiven Kommunikationskultur für das demokratische Miteinander auf. Es lohnt sich, das als Gegenstand und Aufgabe der politischen Bildung zu begreifen und ausführlicher zu diskutieren. Eine kommentierte Literaturliste zu Publikationen, die sich im weiteren Sinne mit diesem Themenfeld beschäftigen, findet sich am Ende des Buches.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. greift die Aufgabe einer konstruktiven Kommunikation in der Demokratie im Rahmen des Projektes *Kommunikations-training für Demokratie. Warum und wie mit politisch Andersdenkenden diskutieren?* auf. Ausgangspunkte für die Erarbeitung der Publikation waren zwei Fachgespräche. Neben Praktiker*innen der politischen Bildung waren Wissenschaftler*innen eingeladen, deren Tätigkeits- oder Forschungsfeld im Bereich der politischen (außerschulischen) Bildung liegt.

Ziel der Publikation ist es, ein Grundgerüst für Initiativen und Organisationen zu schaffen, die sich mit dem Themenfeldern Streit und Demokratie sowie konstruktive Kommunikation auseinandersetzen oder Bildungsangeboten umsetzen möchten. Daher haben wir fachliche Perspektiven und Diskurse aufgegriffen, die mit dem Themenfeld verknüpft sind, und um konkrete Praxis-einblicke aus der politischen Bildungsarbeit ergänzt.

Michael Parak und Larissa Bothe

¹ El-Mafaalani, Aladin: Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. Köln 2018, S. 14.

² El-Mafaalani, Das Integrationsparadox, 2018, S. 20.

³ Berghan, Wilhelm/Zick, Andreas: Zwischen Demokratiebefürwortung und Ungleichwertigkeitsbehauptungen. Einstellungen zur Demokratie, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm: Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Berlin 2019, S. 223-242, hier S. 235.

⁴ Pickel, Gert/Pickel, Susanne/Yendell, Alexander: Zersetzungspotentiale einer demokratischen politischen Kultur. Verschwörungstheorien und erodierender gesellschaftlicher Zusammenhalt?, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.): Autoritäre Dynamiken. Alle Ressentiments, neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020, Gießen 2020, S. 89-118, hier S. 115.

⁵ Berghan/Zick, Zwischen Demokratiebefürwortung und Ungleichwertigkeitsbehauptungen, 2019, S. 235.

⁶ Levitsky, Steven/Ziblatt, Daniel: Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können, München 2018, S. 19.

⁷ El-Mafaalani, Das Integrationsparadox, 2018, S. 77.

⁸ Frank-Walter Steinmeier: Haben Problem mit Streitkultur, ZDF heute 18.11.2019. Online unter: www.zdf.de/nachrichten/heute/bundespraesident-steinmeier-haben-problem-mit-streitkultur-100.html [4.5.2020].

⁹ Krause, Laura-Kristine/Gagné, Jérémie: Die andere deutsche Teilung. Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft, Berlin 2019, S. 35. Online unter: www.dieandereiteilung.de/media/nthptlnv/moreincommon_dieandereiteilung_studie_v1-0-2.pdf [4.5.2020].

¹⁰ Pickel/Pickel/Yendell: Zersetzungspotentiale, 2020, S. 114.

STREIT UND KONFLIKTE IN DER DEMOKRATIE

JOACHIM DETJEN

Gehören Streit und Konflikte zum Alltag im zwischenmenschlichen Zusammenleben und in der Demokratie oder sind sie Ausnahmesituationen, vielleicht sogar alarmierende Anzeichen krisenhafter Zustände? Diese wichtige Frage legt weitere Überlegungen nahe: Woran liegt es, dass Streit und Konflikte ein so schlechtes Image haben? Ferner: Welche Ursachen rufen Konflikte hervor und aus welchen Gründen kommt es zum Streit? Gibt es Kriterien für so etwas wie eine zivile Streitkultur? Gehen von einem Streit eher nützliche oder eher schädliche Wirkungen aus? Schließlich: Passen Streit und Konflikte überhaupt zur Architektur des demokratischen Verfassungsstaates? Will man diesem Ensemble von Fragen nachgehen, empfiehlt es sich, zunächst zu klären, was unter Streit und Konflikten eigentlich zu verstehen ist.

Ein Blick in das Deutsche Universalwörterbuch des Dudenverlags zeigt, dass das Wort ‚Streit‘ aus dem Althochdeutschen stammt, wo es so viel wie ‚Widerstreben‘ und ‚Aufruhr‘ bedeutete. Das Wörterbuch erläutert den Streit dann als heftiges Sich-Auseinandersetzen sowie als Zanken mit einem persönlichen Gegner in oft erregten Erörterungen und hitzigen Wortwechseln. In zugespitzten Situationen könne es auch zu Handgreiflichkeiten kommen.

Gemäß dem erwähnten Wörterbuch stammt das Wort ‚Konflikt‘ aus dem Lateinischen und hat dort die Bedeutung von ‚Zusammenstoß‘. Der Wörterbuchartikel erläutert den Konflikt als eine ‚durch das Aufeinanderprallen widerstreitender Auffassungen, Interessen oder Ähnlichem entstandene schwierige Situation, die zum Zerwürfnis führen kann‘. Einige Zeilen weiter präsentiert das Wörterbuch eine zweite, gleichsam verschärfte Version des Konfliktbegriffes. Danach kann ein Konflikt auch eine mit unfriedlichen, also auch kriegerischen Mitteln ausgetragene Auseinandersetzung zwischen Gegnern sein.

Gemeinsam haben Streit und Konflikt, dass es in ihnen um Auseinandersetzungen geht, in denen sich die Beteiligten nichts schenken. Zwischen den beiden Begriffen gibt es aber auch Bedeutungsnuancen.

Vom Streit spricht man, wenn man an die konkreten Ausdrucksformen einer Auseinandersetzung denkt, etwa an das engagiert geführte oder gar erregte Wortgefecht, an die Beschimpfung des Kontrahenten oder an den Aufbau von

Drohkulissen zur Einschüchterung des Gegners. In Gestalt eines Streits wird also ein Konflikt ausgetragen.

Vom Konflikt spricht man, wenn man an Strukturen und Ursachen einer Auseinandersetzung denkt, also an das, was den Streit inhaltlich bestimmt und ihn hervorgerufen hat. Konflikte können etwa so beschaffen sein, dass sie sich mithilfe von Kompromissfindungen regeln lassen. Sie können aber auch so tiefgreifend sein, dass keine Aussicht auf Einigung besteht. Konfliktursachen sind üblicherweise unterschiedliche politische Auffassungen oder entgegengesetzte Interessen.¹

DAS NEGATIVE IMAGE VON STREIT UND KONFLIKTEN

In den Augen der meisten Menschen sind Streit und Konflikte ausgesprochen unpopulär. Sie beziehen diese Einschätzung gleichermaßen auf die zwischenmenschlichen Beziehungen wie auf die Sphäre der Politik. Viele Menschen finden Streit einfach anstrengend, verursacht er in ihren Augen doch Stress. Streit macht sie gleichsam nervös. Er lässt sie zudem an der Vernunft der anderen zweifeln. Diesen wird daher Unvernunft, wenn nicht gar Streitsucht unterstellt. Kurzum: Die meisten Menschen vermögen im Streiten keinen Sinn zu sehen. Streit gilt ihnen darüber hinaus als eine Art Sprengsatz guter sozialer Beziehungen. Er muss daher vermieden oder, wenn dies nicht möglich ist, entschärft oder aber rasch hinter sich gebracht werden.

Die Abneigung gegen Streit im Alltagsleben kann man psychologisch nachvollziehen. Es lebt sich angenehmer, wenn man mit seinen Mitmenschen nicht im Streit liegt. Wohl aus Harmoniebedürfnis vermeiden die meisten Menschen daher streitige Auseinandersetzungen. Wenn sie an Streit denken, haben sie unangenehme Erinnerungen: „Der rasende Puls, der unangenehme Klang der eigenen Stimme, die je nach Gemüt und Gegenüber zu zittrig, zu leise, zu laut wird. Der unangenehme Klang der gereizten Stimme des anderen. Die latente Angst vor Kontrollverlust und Eskalation. Die Unsicherheit darüber, sich in Gesellschaft eines Menschen zu befinden, mit dem man sich – manchmal im

wahrsten Sinne des Wortes – nicht versteht. Dem man immer nur widersprechen möchte.“²

Alles Gesagte gilt auch für die hinter dem Streit liegenden Konflikte. Ungern nehmen viele Menschen zur Kenntnis, dass es Konflikte faktisch überall gibt: In der Familie, in der Schule, im Betrieb, in der Gemeinde, in und zwischen den Parteien sowie zwischen den Staaten.

Viele Menschen in Deutschland empfinden insbesondere gegenüber politischem Streit eine tiefe Abneigung. Sie betrachten den politischen Streit als Störfaktor, als etwas, das von anderen Dingen abhält, Beschlüsse verzögert und am Ende Entscheidungen verwässert.³ Ihnen gilt öffentlicher Streit als eine Art Unglücksfall oder als Schwäche des politischen Führungspersonals. Demgegenüber genießt Geschlossenheit in den Augen vieler Leute hohe Wertschätzung. Populär ist auch die Anmahnung von Sachlichkeit. Diese soll den politischen Streit disziplinieren und zugleich disqualifizieren.⁴

Vor allem Parteien unterliegen der Erwartung, Einigkeit nach innen und Geschlossenheit nach außen zu demonstrieren.⁵ Die Mehrheit der Deutschen bevorzugt in der Politik geräuschlose und geschlossene Arbeit. Sie verabscheut die klare Artikulation von Meinungen und Positionen und wertet dies als Ausdruck von Streit und Zerwürfnis und als Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes von Parteien.⁶

Da nun ständig in der Politik gestritten wird, schauen viele Zeitgenossen verächtlich auf die Streitenden in der politischen Arena herab. Dass Streit und Konflikte so unpopulär sind, hängt wohl mit einer Besonderheit der deutschen politischen Kultur zusammen, die Ralf Dahrendorf, ein prominenter Soziologe, vor Jahrzehnten als ‚Sehnsucht nach Synthese‘ bezeichnete. Er meinte damit das verbreitete Verlangen nach Harmonie und umfassendem Konsens in Politik und Gesellschaft.⁷ Die aus der Sehnsucht nach Synthese folgende Scheu, Streit und Konflikt als ein Grundelement demokratischer Prozesse zu akzeptieren, bringt es zwangsläufig mit sich, einen deutlichen Austrag politischer Kontroversen als stilllos zu qualifizieren, daran beteiligten Akteuren mit Misstrauen zu begegnen und alle Institutionen hochzuschätzen,

die als überparteilich und neutral gelten, wie etwa die Polizei und die Gerichte.

HÄUFIGE URSACHEN VON KONFLIKTEN UND STREIT

Aus welchen Gründen kommt es zu Konflikten zwischen den Menschen? Und warum geraten sie in Streit? Es bedarf keiner großen Überlegung, um eine Antwort zu finden: Der Grund für Konflikte und Streit liegt in der Verschiedenheit – der Heterogenität – der Menschen. Menschen denken verschieden und haben verschiedene Bedürfnisse und Wünsche. Deshalb sind Konflikte und Streit eine Realität in jeder sozialen Beziehung. Man könnte auch sagen: Die dem Menschen gegebene Freiheit führt gleichsam automatisch zur Uneinigkeit, zum Dissens. Zusammengefasst: Konflikte und Streit sind etwas Normales.

In sozialwissenschaftlicher Sprache lässt sich formulieren, dass Gesellschaften ständig in sich Gegensätzlichkeiten erzeugen. So gibt es mit widersprüchlichen Erwartungen ausgestattete soziale Rollen. Es gibt den Widerstreit normativer Überzeugungen. Es gibt regionale und konfessionelle Gegensätze. Es gibt von sozialen Ungleichheiten verursachte Interessengegensätze.⁸ Ergänzend lässt sich feststellen: Es existiert eine Pluralität von Meinungen, Wahrheitsansprüchen, Wertauffassungen, Identitäten sowie politischen Interpretationen der Vergangenheit und der Gegenwart. All dies ist konfliktträchtig und kann Streit auslösen.

Eine die Gegenwart stark prägende Konfliktlinie, die politische Streitigkeiten mit hohem Erregungspotenzial hervorruft, ist die zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus.⁹ Hinter diesen beiden Begriffen verbirgt sich der Gegensatz von offener und geschlossener Gesellschaft. Gegenüber stehen sich Weltoffenheit sowie universalistisches Wertedenken auf der einen und nationalstaatlich verfasstes Denken, welches kulturelle Bindungen und partikuläre Werte betont, auf der anderen Seite. Während sich der Kosmopolitismus für offene Grenzen und das globale Gemeinwohl einsetzt, betont der Kommunitarismus die kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Grenzen des je eigenen Gemeinwesens. Er will

die politische Sorge zudem auf das Wohl der eigenen Bürgerschaft beschränkt wissen. Natürlich gibt es auch vermittelnde Positionen, und vermutlich teilen die meisten Menschen diese Positionen. Gleichwohl gibt es Menschen, die einem auf die Spitze getriebenem Kosmopolitismus anhängen. Und es gibt Menschen, die einem ebenso zugespitzten Kommunitarismus folgen.

Für den Kosmopolitismus haben alle Menschen, nicht nur die Deutschen, die gleichen Ansprüche an der Teilhabe von Grundwerten. Alle haben also Anspruch auf Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Für die Politik gilt, dass sie die ganze Menschheit in ihre Überlegungen einbeziehen muss. Sie darf also nicht nur an die Mitglieder des eigenen Gemeinwesens und deren Wohl denken. Denn die Zugehörigkeit zu einem Gemeinwesen ist im Grunde genommen zufällig. Ein besonderes Augenmerk hat folglich den Nichtdeutschen zu gelten: Fremden Menschen in Not ist nach Möglichkeit zu helfen, gegebenenfalls auch durch Aufnahme im eigenen Land. Dabei müssen Zuwanderer streng individuell betrachtet werden. Sie dürfen also nicht auf ihre Gruppen-, Kultur- und Religionszugehörigkeit reduziert werden. Generell muss eine Haltung der Offenheit gegenüber Minderheiten sowie fremden Kulturen und Lebensweisen praktiziert werden.

Der Kommunitarismus lässt sich von entgegengesetzten Überzeugungen leiten. Für ihn sind die in einem Gemeinwesen geltenden Werte an eine bestimmte Kultur gebunden. So lässt sich die Eigentümlichkeit eines Gemeinwesens auch am ehesten über die in ihm herrschenden Sitten und Gewohnheiten begreifen. Menschen aus anderen Kulturkreisen folgen in der Regel anderen Werten. Diese können mit den einheimischen Werten in Spannung stehen. Fremde oder andere Lebensweisen bilden insofern eine Herausforderung, als sie den Zusammenhalt im Gemeinwesen gefährden können. Die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Staates ist von großer Bedeutung, da davon die Bewahrung von Recht und Ordnung und die Gewährleistung des Gemeinwohls abhängt. Dabei schließt das Gemeinwohl nur die im Gemeinwesen vereinigten Menschen ein. Diese bilden eine sich gegenseitig stützende solidarische Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft im Interesse ihrer Mitglieder zu erhalten und das Zusammengehörigkeitsgefühl zu fördern, ist zentrale Aufgabe der Politik.

Die Konfliktlinie verdankt ihre Prominenz der die Gemüter seit Jahren bewegenden Flüchtlings- und Migrationsproblematik. Diese Problematik verlangt nämlich eine Antwort auf die Frage nach dem Selbstverständnis der deutschen Gesellschaft, nach ihrer kollektiven Identität. Nach allen bisherigen Erfahrungen führen Versuche einer diskursiven Bewältigung dieser Frage zu heftigen Auseinandersetzungen. Bei der Diskussion der Frage, wer ‚Wir‘ sind, stoßen in politischer Verantwortung Stehende wie auch Private jedenfalls schnell auf entgegengesetzte Auffassungen und besteht die Gefahr, dass es zu einem eskalierenden Streit kommt.

Bezogen auf die Sphäre der Politik gilt: Der streitige politische Diskurs scheint bei der Regelung von Interessenkonflikten gut zu funktionieren. Hier geht es nämlich ‚nur‘ um miteinander konkurrierende materielle Ansprüche, um die Verteilung verteilter Güter. Selbst nach lautstarken Auseinandersetzungen lassen sich Kompromisse meist relativ leicht finden. Der politische Diskurs tut sich deutlicher schwerer mit Wertekonflikten, also mit Konflikten, in denen unterschiedliche Überzeugungen über das gute Leben aufeinandertreffen. Denn hier geht es darum, welche Konzeption des Guten gelten soll und welche eben nicht gelten soll. Die größte Herausforderung, im politischen Diskurs eine Einigung zu finden, geht jedoch von Identitätskonflikten aus. Denn hier geht es um die politisch existentielle Frage des kulturellen Selbstverständnisses einer Nation und um die politisch-moralische Frage des Dazugehörens und Nichtdazugehörens.¹⁰

MERKMALE VON KONSTRUKTIVEM UND ZIVILISIERTEM STREITEN

Weil sich Menschen nun einmal streiten, ist es nicht unerheblich, in welchen Formen ihre Auseinandersetzungen stattfinden. So kann ein Streit in dem Sinne funktionieren, dass sich die Kontrahenten am Ende bereichert fühlen. Ein Streit kann aber auch so enden, dass Beteiligte aus ihm beschädigt herausgehen oder sich zumindest so fühlen. Diese Feststellungen gelten für Streitigkeiten zu allen möglichen Gegenständen, aber natürlich insbesondere zu politischen Themen. Und sie gelten für private Personen wie für Angehörige

der politischen Klasse. Es ist also ratsam, Bedingungen konstruktiven Streitens zu formulieren.

Generell zeichnet sich konstruktives Streiten durch das folgende Bündel an Merkmalen aus. An erster Stelle steht die Sachkunde. Diese wird vertieft, wenn man sich aus mehreren Quellen über den Streitgegenstand informiert. Das verhindert zudem Monoperspektivität. Die Erfahrung zeigt, dass Menschen umso radikalere Ansichten vertreten, je weniger sie über die streitige Sache genau Bescheid wissen. Sachkunde schließt Selbstzweifel nicht aus. Man sollte sich dessen bewusst sein, dass die Gegenseite Recht haben könnte. Sie könnte möglicherweise über Argumente verfügen, die das Nachdenken lohnen. Der Selbstzweifel verhindert auch, aus einem Gefühl der Überlegenheit heraus die eigene Perspektive zu verabsolutieren. In mehrfacher Hinsicht ist Selbstdisziplin wichtig. Sie sorgt dafür, dem Gegenüber zuzuhören, auf das von ihm Gesagte zu achten und ihm nicht ins Wort zu fallen. Sie bewirkt, dass ein Streit nicht in einen Kampf ausartet, also in einen Schlagabtausch, in dem es nur um die Niederringung oder die Beschämung der Gegenseite geht. Die Gegenseite sollte respektiert werden. Das verbietet persönliche Angriffe. Streit muss immer um die Sache gehen. Der Streit verliert an Qualität, wenn sich die Beteiligten vor allem von der Ablehnung der Person des Gegenübers leiten lassen. Emotionen dürfen entwickelt werden. Gleichwohl gehört zu einem zivilen Umgehen, die Äußerung von Gefühlen so weit einzuhegen, dass sie die Rechte anderer nicht beschädigen. Zuspitzungen wie auch polemische Bemerkungen können den Streit beleben. Sie müssen jedoch dosiert angewendet werden. Es muss insgesamt eine kommunikative Kultur herrschen, in der die Meinungsartikulation und der argumentative Austausch mit der Gegenseite als sinnvoll erfahren wird.

Die Bedingungen konstruktiven Streitens gelten für Auseinandersetzungen in geschlossenen Räumen wie in öffentlichen Arenen, für politische wie für nicht-politische Gegenstände. Bezieht man das Streiten auf die Meinungsbildung in der Demokratie, bietet es sich an, statt vom konstruktiven vom zivilisierten Streiten zu sprechen. Denn die Demokratie verlangt eine gesittete und sprachlich gebändigte Streitkultur: „Die Sprache der Demokratie muss sich ja

besonders bewähren im politischen Streit, denn der ist konstitutiv für die Demokratie. So zu sprechen, dass auch der zuhört, der anderer Meinung ist; so zu sprechen, dass ein Kern des Bewusstseins der Zusammengehörigkeit auch im Streit bewahrt bleibt; so zu sprechen, dass immer hörbar bleibt: der demokratische politische Prozess ist ein Prozess der gemeinsamen Suche nach Antworten auf Fragen, vor die das Gemeinwesen gestellt ist – darum geht es. Klarheit in der eigenen Sache, Respekt vor dem, der anderer Meinung ist – das muss die Sprache der Demokratie verbinden.“¹¹ Auf Verletzungen einer solchen Streitkultur reagiert die Demokratie außerordentlich empfindlich.

Was den demokratischen Staat im Unterschied zu allen Formen der Autokratie auszeichnet, ist der Sachverhalt, dass er seinen Angehörigen das Recht verleiht, ihre Meinung in den politischen Prozess einzubringen. Dieses Recht setzt allerdings die Pflicht zur verantwortungsvollen Meinungsbildung voraus. Diese wiederum ist eine Bedingung für zivilisiertes Streiten. Verantwortungsvolle Meinungsbildung resultiert aus der Beachtung dreier Prinzipien. Erstens: Meinungen sollten so gebildet werden, dass sie auch wieder revidiert werden können. Das ist das Prinzip des Meinungsfallibilismus. Zweitens: Meinungen sollten weitgehend selbstständig gebildet und nicht bloß von anderen übernommen werden. Dieses Prinzip der Meinungsautonomie verlangt unter anderem Sensibilität für Strukturen, die eine Gängelung oder gar Manipulation von Meinungen zur Folge haben könnten. Drittens: Meinungen sollten auf der Grundlage der Kenntnis möglichst aller anderen Positionen gebildet werden. Dieses Prinzip des Meinungspluralismus verlangt, dass die Mitglieder eines demokratischen Gemeinwesens sich dafür einsetzen, dass freies Reden und Verbreiten der unterschiedlichsten Standpunkte möglich sind. Es verlangt weiterhin, die Bereitschaft zu pflegen, anderen unvoreingenommen zuzuhören, selbst dann, wenn man ihre Argumente als anstößig empfindet. Dahinter steht die Maxime, dass ausnahmslos jede Seite eines politischen Konflikts gehört werden sollte.¹²

Zivilisiertes Streiten verlangt nicht nur verantwortungsvolle Meinungsbildung. Es verlangt darüber hinaus, dass die Beteiligten sich gegenseitig Gleichheit und Freiheit zubilligen und damit zentrale Prinzipien der Demokratie auf ihre

Beziehung anwenden. Das heißt für sie zum einen, sich als Gleiche unter Gleichen zu betrachten. Das heißt für sie zum anderen, der Gegenseite die Freiheit zum Aussprechen des von ihr für richtig Gehaltenen zuzubilligen. Das so umrissene demokratische Ethos bedeutet, Dreierlei anzuerkennen. Erstens: Andere Ansichten verlieren nicht schon dadurch ihre Berechtigung, dass sie mit der eigenen Position nicht übereinstimmen. Zweitens: Eigene ‚Wahrheiten‘ müssen sich grundsätzlich auf Augenhöhe mit den ‚Wahrheiten‘ anderer auseinandersetzen. Drittens: Der eigene politische Wille steht nicht über dem politischen Willen anderer, sondern ist zunächst bloß ein möglicher unter anderen.¹³

Gleichheit und Freiheit des jeweils anderen anzuerkennen, klingt leicht, ist aber herausfordernd, wenn die andere Seite als ungleichwertig, als politisch nicht akzeptabel oder gar als die eigene Lebensform bedrohend wahrgenommen wird. In solchen Situationen wird erkennbar, ob sich überlegen Fühlende die Kraft haben, Abwertungsimpulse zu überwinden und die eigene Emotionen zu zügeln. Man hat zwar das Recht, von der Überlegenheit seiner Meinung überzeugt zu sein. Man hat aber nicht das Recht, die Meinungen anderer als weniger beachtlich zu verunglimpfen noch die anderen zum Verstummen zu bringen, sei es durch physische Gewalt oder durch Diffamierungen oder Beleidigungen.¹⁴ Mit einem Satz: Es darf nicht sein, Menschen mit anderen Auffassungen die Legitimität als demokratische Subjekte zu bestreiten. Wer für sich das Recht der freien Rede in Anspruch nimmt, muss es auch anderen zubilligen. Wer Respekt für sich einfordert, darf diesen anderen nicht vorenthalten. Anderenfalls wendete man Doppelstandards an, was mit der demokratischen Gleichheit der Menschen nicht vereinbar wäre.

Die Artikulation von Ansichten zu untersagen verbietet sich schon deshalb, weil die Demokratie auf die Unterscheidbarkeit politischer Standpunkte, ja auf Gegnerschaft angewiesen ist. Gegnerschaft heißt, dass trotz aller Gegensätzlichkeit Verbindendes anerkannt wird. In diesem Zusammenhang gilt: Zivilisierter Streit kann nur gelingen, wenn andere als Gegner betrachtet werden. Sie dürfen nicht als Feinde angesehen werden, die es auszugrenzen gilt und mit denen man nicht reden muss oder nicht reden darf.

Sind gleichwohl Konstellationen denkbar, die einen zivilisierten Streit als unzumutbar erscheinen lassen? Wie verhält es sich, wenn die Gegenseite unverschämt agiert, mit Beleidigungen um sich wirft oder gar zu strafbaren Handlungen aufruft? Wie verhält es sich, wenn sich im Streit herausstellt, dass die Gegenseite den Werten der Demokratie nur Verachtung entgegenbringt oder gar zur revolutionären Beseitigung der demokratischen Ordnung auffordert? Kann man in diesem Fall der Gegenseite noch Gegnerschaft zubilligen oder muss nicht eher von Feindschaft gesprochen werden? Letztlich betreffen die aufgeführten Fragen das Problem, ob man mit ‚Barbaren‘ zivilisiert streiten kann.

Grundsätzlich sollten die Grenzen der Meinungsäußerungs- und Diskursfreiheit weit gezogen werden. Denn die demokratische Willensbildung braucht die Widerrede. Es gibt aber auch Grenzen dessen, was man sagen darf. Rechtlich gesehen endet die Redefreiheit dort, wo Volksverhetzung betrieben wird oder persönliche Beleidigungen geäußert werden.¹⁵ Der öffentliche Frieden sowie der Persönlichkeitsschutz sind die dahinterstehenden Schutzgüter. „Allerdings liegt nicht immer schon eine Beleidigung vor, wenn jemand beleidigt reagiert. Sonst könnte man im Streit mit besonders empfindlichen Menschen fast gar nichts mehr sagen. Zur Meinungsfreiheit gehört nämlich auch, Dissens und Widerspruch auszuhalten.“¹⁶

Eine Grenze in ganz anderer Hinsicht ist berührt, wenn durch Sprachhandlungen wie Drohungen, Stigmatisierungen und Aufstellung von Tabuzonen eine freie Streitaustragung faktisch unmöglich gemacht wird. Wer dergleichen veranlasst, will im Grunde das Streiten nicht zulassen. Mit Verweis auf die allen zustehende Redefreiheit könnte einer solchen Person das Recht auf Redefreiheit streitig gemacht werden.¹⁷

Sollte man mit jemandem streiten, der zwar nicht gegen Rechtsvorschriften verstößt, aber zu einem zivilisierten Streit nicht wirklich fähig ist? Trotz einiger Bedenken kann man diese Frage positiv beantworten. Man muss sich dabei aber nicht alles gefallen lassen. „Es kann niemand, auch nicht mit Hinweis auf das Ideal demokratischer Gegnerschaft bzw. zivilisierten Streits, ver-

pflichtet werden, *jede* diskursive Auseinandersetzung zu führen, egal welche Mittel der Kontrahent oder die Kontrahentin für diese Auseinandersetzung wählt. Wer beschimpft oder gekränkt wird oder sogar Sprachgewalt erfährt, darf sich umdrehen und abwenden, ohne sich dadurch in seinem demokratischen Engagement verzweifeln zu fühlen. Trotzdem wäre derjenige, der trotz Verletzung des Ideals zivilisierten Streits mit der Gegenseite eine Auseinandersetzung fortführen möchte, angehalten, dies soweit als möglich nach wie vor respektvoll zu tun. Vielleicht gelingt es ja in manchen Fällen, das Gegenüber mit Gesten diskursiven Edelmut wenn schon nicht zu beschämen, so doch zumindest zum Nachdenken anzuregen.“¹⁸

Nun kann diskursiver Edelmut nicht zu jedem Zeitpunkt und bei jedem Thema verlangt werden. Es gibt dennoch genügend Gelegenheiten, bei denen ein solcher Edelmut hilfreich sein kann. Fehlen der pluralistischen Gesellschaft nämlich konstruktive Kräfte, kann sie erstarren und gegebenenfalls in einen geistigen oder gar realen Bürgerkrieg abgleiten. In Fällen, in denen man die Überzeugungen anderer für zutiefst irrational und abwegig hält, kann es ratsam sein, wenigstens eine Haltung zivilisierter Verachtung einzunehmen. Das ist eine Haltung, die die Position des anderen verachtet, ohne diesen jedoch zu hassen oder zu dehumanisieren.¹⁹ Angewendet werden könnte – ja sollte – eine solche Haltung gegenüber extremistischen Positionen, insbesondere solchen, die aus ihrer Menschenverachtung keinen Hehl machen.

DIE STREITKULTUR GEFÄHRDENDE VERHALTENSWEISEN UND EINSTELLUNGEN

Konstruktives und zivilisiertes Streiten versteht sich nicht von selbst. Als Verstoß gegen eine angemessene Streitkultur ist bereits die häufig anzutreffende fehlende Bereitschaft zu bewerten, die Gegenauffassung wirklich anzuhören und sich auf sie einzulassen. Dies verbindet sich gerne mit der Unsitte, der Gegenseite ins Wort zu fallen. Dahinter steht die Annahme, immer schon zu wissen, was die andere Seite gleich sagen wird. Verwandt hiermit ist die nicht selten zu beobachtende Neigung, den von der Gegenseite gemeinten Sinn zu

ignorieren sowie etwas in deren Aussagen hineinzudeuten und als eigentlich gesagt zu unterstellen. Eine Erinnerung an die mittelalterliche Streitkultur könnte nützlich sein, um diesen Fehlentwicklungen der Streitkultur etwas entgegenzustellen. Im Mittelalter galt für Streitgespräche die Regel: Der eine bringt sein Argument vor, dann hat der andere dieses Argument in eigenen Worten, doch dem Sinn nach unverfälscht zu wiederholen. Sobald der erste die Richtigkeit bestätigt hat, darf der andere sein Gegenargument vortragen. Der Reigen von Aussage, Verstehen, Bestätigung des Verstandenhabens, Gegenrede, Verstehen, Bestätigung und so fort wiederholt sich, bis der Streit an ein Ende gelangt ist. Dieses Ende kann bestehen im Konsens, in der Einigung auf Dissens, im Überdruß aneinander oder im Zustand intellektueller Erschöpfung.²⁰

Es gibt ein ganzes Ensemble von Möglichkeiten, die Streitatmosphäre zu vergiften. So die Benutzung einer verletzenden Sprache, die Beschimpfung der Gegenseite, die Verwendung eines aggressiven Sprachstils, der Gebrauch eines einschüchternden Vokabulars, das Brüllen von Parolen. Unter den Bedingungen verbaler Gewaltbereitschaft kann sich kein sachlicher Streit entfalten. Streit wird dann offenkundig mit Kampf verwechselt, bei dem es um das Siegen und Gewinnen um jeden Preis geht.

Für die Sozialpsychologie bilden die angeführten Verhaltensweisen insofern keine Überraschung, als sich dahinter Mechanismen verbergen, die Menschen bei der Bewältigung von Konflikten häufig praktizieren. Das Problematische dieser Mechanismen liegt darin, dass sie das Wahrnehmen, das Denken, Fühlen und Wollen wie auch das Verhalten der handelnden Personen korrumpieren. Die Mechanismen beginnen mit der Beeinträchtigung der Wahrnehmungsfähigkeit. Die Konfliktbeteiligten nehmen sich gegenseitig nur noch selektiv wahr, nämlich in der Weise, dass die Gegenseite die je eigene Lebensweise oder Überzeugung bedroht. Sie blenden bewusst oder unbewusst alle Wahrnehmungen aus, die nicht zum vorgefertigten Bild des Gegenübers passen. In der Folge entsteht ein Schwarz-Weiß-Denken. Die Beteiligten sehen und hören zunehmend nur noch das, was ihre bestehenden Vorurteile bestätigt. Über die Gegenseite entwickeln sie realitätsferne Deutungsmuster, die zu einem zunehmend

irrationaleren Verhalten führen. Als weitere Folge nimmt die Empathie ab. Die Konfliktparteien umgeben sich gleichsam mit einem Panzer der Gefühllosigkeit. Schließlich wird ihr Wille zunehmend durch Impulse der Abwehr und Abscheu gesteuert. Negative Emotionen gewinnen an Gewicht. Radikalisierung und Fanatisierung nehmen zu.²¹

Die beschriebenen Verhaltensmuster zeigen sich besonders deutlich bei grundlegenden Wertekonflikten sowie Konflikten über die kollektive Identität einer Gesellschaft. Diese Konflikte führen dazu, dass viele Menschen glauben, nicht unentschieden bleiben zu dürfen, sondern sich eindeutig positionieren zu müssen. Sie ordnen sich dann dem Lager zu, das ihrer Auffassung am nächsten kommt. Sobald sie sich in ihrem Lager zu Hause wissen, verhalten sie sich aggressiv zu Menschen, die andere Auffassungen haben. Sie senden eindeutige moralische Signale aus, um die Zugehörigkeit zur eigenen Gruppe – gleichsam zum eigenen Stamm – und die tiefe Ablehnung der Gegenseite zu unterstreichen. Das stärkt den Zusammenhalt im eigenen, natürlich auf der ‚richtigen Seite‘ stehenden Lager. Unter diesen Voraussetzungen gibt es für abwägende Urteile keinen Platz mehr, da dies als Anerkennung der Gegenposition gewertet werden könnte. Ein solcherart politisch-moralischer Tribalismus tut der Streitkultur nicht gut. Er führt zu Unversöhnlichkeit und zu tiefer gesellschaftlicher Spaltung.²²

Zu den Verhärtungen im gesellschaftlichen Klima haben der in letzten Jahren aufkommende Populismus von rechts, aber auch bestimmte Vorgehensweisen aus dem eher linken politischen Spektrum beigetragen. Die kommunikativen Strategien beider Seiten haben die Chancen auf eine konstruktive Streit-atmosphäre merklich verschlechtert.

Kennzeichnend für das Vorgehen vieler Rechtspopulisten sind fragwürdige Kombinationen von Fakten wie auch die Verbreitung von Halbwahrheiten durch unzulässige Analogieschlüsse und Schlussfolgerungen. Ergänzt wird dies durch eine provozierende nationalistische Sprache, die vor dem Einsatz von Vokabular aus der nationalsozialistischen Zeit nicht zurückschreckt.²³ Zum Handlungsrepertoire gehört ferner das Umdeuten von Begriffen im Sinne der

eigenen Ideologie. Sprache dient dem Rechtspopulismus offenkundig als Waffe. Er muss sich sagen lassen: Wer sich verbal radikaler Mittel bedient oder sich gar in rhetorische Tabuzonen begibt, verlässt die gemeinsame Basis, auf der Verständigung und Kompromissbildung durch Streitaustrag möglich werden können. Die Einbindung des Rechtspopulismus in demokratische Diskurse kann daher nur gelingen, wenn er eine Bereitschaft zu sprachlicher Abrüstung entwickelt.²⁴ Solange dies nicht geschieht, sind Streitige Auseinandersetzungen mit ihm atmosphärisch unerfreulich und sachlich unergiebig.

Ein die Streitkultur ganz erheblich beeinträchtigendes Verhalten liegt mit der Moralisierung des politischen Streits vor. Hierbei fällt die eine Seite abwertende moralische Urteile über die andere Seite, sei es über deren politische Auffassung, sei es über die Personen, die diese Position vertreten. Im politischen Diskurs der Gegenwart werden ist insbesondere rechtes Gedankengut von der Moralisierung betroffen.

Das Phänomen der Moralisierung ist nicht neu. John Stuart Mill schrieb 1859, das schlimmste Vergehen, das durch eine Polemik begangen werden könne, sei „die Brandmarkung derjenigen, die die entgegengesetzte Meinung vertreten, als schlechte und unmoralische Menschen. Verleumdungen dieser Art sind jene, die eine unpopuläre Meinung vertreten, besonders deshalb ausgesetzt, weil sie im Allgemeinen gering an Zahl und ohne Einfluss sind, und niemand außer ihnen selbst viel Interesse daran hat zuzusehen, dass ihnen Gerechtigkeit zuteilwird.“²⁵

Es gibt zwei Gründe, die die Moralisierung des politischen Streits als problematisch erscheinen lassen. Erstens: Auch wenn es Anlässe geben kann, politische Streitfragen mit einem moralischen Vorzeichen zu markieren, steht in politischen Kontroversen im Normalfall nicht Moral gegen Unmoral. In der Regel gibt es eine Mehrzahl an Möglichkeiten politischen Handelns, wobei keine dieser Möglichkeiten die Moral allein für sich reklamieren kann. Zweitens: „Politik moralisch aufzuladen heißt immer zu polarisieren, die politische Welt in zwei Lager einzuteilen, die sich wechselseitig nur ihre Verachtung füreinander mitzuteilen haben. Polarisierung, heißt das, bekommt der Demokratie nicht gut.“²⁶

Man kann in der Moralisierung natürlich auch ein Zeichen erhöhter Sensibilität etwa hinsichtlich diskriminierender Ausdrücke sehen. Allerdings wird „über das Ziel hinausgeschossen, wenn Moralismus zu Shitstorms oder sozialer Ausgrenzung von Individuen führt. Solch übers Ziel hinausschießender Moralismus kann in der Tat eine Bedrohung für die Meinungsfreiheit darstellen. Wenn moralische Empörung in einer Kultur, andere Menschen öffentlich zu beschämen („call-out-culture“) oder auszuschließen („cancel culture“), mündet und Menschen aufgrund ihrer Meinungen sozial ausgegrenzt werden, dann ist dieses Verhalten selbst ein Problem.“²⁷ Nicht zu vergessen ist schließlich, dass moralisierende Kritik an politischen Positionen zu einer Schweigespirale führen kann. Diese gerät in Gang, wenn die Angst vor sozialer Isolation dazu führt, dass Meinungen nicht mehr geäußert werden, die sich gegen die dominante Meinung richten. Eine solche Entwicklung wäre demokratiepolitisch überaus bedenklich.

Eng verwandt mit der Moralisierung ist die Diskursbeschränkung durch die sogenannte politische Korrektheit. Ursprünglich eine Einstellung, die sich gegen die sprachliche Diskriminierung von Minderheiten richtete, gilt sie vielen Leuten mittlerweile als Machtinstrument, um unliebsame Meinungen zu unterdrücken. Eine von politischer Korrektheit bestimmte Kritik zielt gemäß dieser Wahrnehmung weniger auf die verwendeten Ausdrucksweisen als vielmehr auf die Meinungen und Einstellungen, welche durch sie transportiert werden.

Das Problematische der politischen Korrektheit besteht vor allem darin, dass sich der Diskurs zugunsten derjenigen Gruppen verengt und damit vereinsamt, die es schaffen, ihre politische Rhetorik als vermeintlich selbstverständliche, sogar neutrale Reaktion auf sprachliche oder ideologische Grenzüberschreitungen erscheinen zu lassen. Durch die Skandalisierung der gegnerischen Position als politisch nicht korrekt kommt es ferner zu einer doppelten Ausschließung der hinter dieser Position stehenden Personen. Zum einen wird ihnen abgesprochen, dass ihre Stimme Beachtung verdient. Zum anderen wird ihnen die Möglichkeit genommen, an der Klärung der Frage mitzuarbeiten, warum ihre Ansicht den Rahmen des Sagbaren sprengt. Politische

Korrektheit produziert damit einen Scheinkonsens zugunsten der ‚Vernünftigen‘ und zugleich Frustration bei denen, die den Reinheitsgeboten zum Opfer fallen. Kurzum: Politische Korrektheit ist ein ernsthaftes Hindernis auf dem Weg zum diskursivem Streit.²⁸

Moralisierung und politische Korrektheit führen im Ergebnis zur Ausgrenzung missliebiger Gruppen aus dem politischen Diskurs. Begründet wird die Diskursverweigerung mit dem Argument, dass es kontraproduktiv sei, politische Auffassungen ernstzunehmen, die offensichtlich grob falsch und unerträglich sind. Schon wenn man ihnen widerspreche, würde man sie aufwerten und diskursiv stärken. Es käme einem Verstoß gegen die Prinzipien der Aufklärung gleich, würde man die Möglichkeit nicht wahrnehmen, das öffentliche Äußern bestimmter Auffassungen abzulehnen oder wenigstens einzuschränken. Angesichts der vom Rechtspopulismus transportierten Ideologie kann man diese Position nachvollziehen. Die wütenden Proteste von rechtspopulistischer Seite gegen die politische Korrektheit scheinen deren Berechtigung auch nur zu unterstreichen.²⁹

Gleichwohl ist die Ansicht, dass es sich nicht lohne, sich bestimmten Ansichten diskursiv entgegenzustellen, für die Demokratie nicht ungefährlich. Die Demokratie lebt nämlich vom fairen Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Standpunkten. Unter den Vorzeichen demokratischer Freiheit ist es nicht ausgemacht, dass das, was man selbst für richtig hält, von anderen ebenso eingeschätzt wird. Man sollte grundsätzlich vorsichtig sein, entgegenstehende Ansichten als schädlich zu bezeichnen. Schließlich sollte die dabei auftretende und nicht unbegründete Sorge um eine Diskurshegemonie irrationaler Auffassungen dazu anspornen, die eigene Sichtweise zu schärfen sowie sie immer wieder im streitigen Gespräch zu verteidigen, nicht aber den Streit zu vermeiden.³⁰

Angesichts tiefgreifender Differenzen und verhärteter Fronten in der politischen Auseinandersetzung der Gegenwart stellen sich einige grundsätzliche Fragen: Worin liegen die Unterschiede zwischen Diskussionspartnerschaft, Gegnerschaft und Feindschaft? Sind die Übergänge fließend oder gibt es klare Grenzen? Ist der Streit eher ein Verstehensprozess oder eher Ausdruck von Konfrontation?

Soll der Streit auch über tiefe politische Gräben geführt werden oder ist die Verhängung eines Feindbildes über Andersdenkende ratsamer? Schätzt man sich selbst als politisch fehlbar ein oder nimmt man für sich so etwas wie den Besitz einer allgemeingültigen Wahrheit in politischen Dingen an?

SIND KONFLIKTE UND STREIT EHER NÜTZLICH ODER EHER SCHÄDLICH?

Gesellschaftliche Konflikte scheinen auf den ersten Blick dysfunktional zu sein, verbindet sich mit ihnen doch die Vorstellung zerstörerischer Kraft. Dass Konflikte bis hin zum Bürgerkrieg eskalieren können, sollte man auch nicht prinzipiell ausschließen. Gleichwohl gibt es gute Argumente, in Konflikten vor allem eine schöpferische und integrierende Kraft zu sehen.

Denn der Mensch lebt in einer Welt der Ungewissheit. Ihm fehlen immer Informationen, die nötig wären, um verbindlich zu entscheiden, was wahr und was gut ist. Angesichts dieser Sachlage ist es wichtig, eine ‚Diktatur der falschen Antworten‘ zu vermeiden. Daher gilt es, Bedingungen zu schaffen, die dafür sorgen, dass in allen Bereichen menschlicher Existenz mehr als nur eine Antwort gegeben wird. Diese Bedingungen sind dann gegeben, wenn Konflikte über das Richtige frei ausgetragen werden dürfen. Auf diese Weise treten dann Vielfalt und Gegensätzlichkeit menschlicher Interessen und Wünsche zutage.³¹

Ergänzend hierzu gilt ferner: Da die Menschen die vollkommene Gesellschaft nicht kennen können, muss die Gesellschaft ständig nach neuen Lösungen streben. Denn das heute Richtige kann morgen falsch sein. Und die Antwort des einen muss nicht richtiger sein als die des anderen. Das aber bedeutet, dass aller Fortschritt auf der Vielfalt und Widersprüchlichkeit der Gesellschaft beruht. Anders gesagt: Im Widerstreit geäußelter Normen, Erwartungen und Interessen lässt sich die jeweils annehmbare Lösung finden. Diese darf aber zugleich auch wieder kritisch in Frage gestellt werden. Deshalb bleibt die Gesellschaft solange menschlich, wie sie ihre Gegensätzlichkeiten in sich lebendig erhält.³²

Die positive Sicht auf Konflikte geht letztlich zurück auf den Soziologen Georg Simmel. Zu Beginn des letzten Jahrhunderts hielt Simmel fest, dass Konflikte

eine Form der Vergesellschaftung, d.h. der Integration, seien. Das sei deshalb so, weil die Konflikte die Menschen in eine Wechselbeziehung brächten. Weiterhin bewirkten Konflikte Veränderung und Entwicklung. Eine ausschließlich auf Harmonie beruhende Gesellschaft würde hingegen keinen Lebensprozess aufweisen. Es würde sich also keineswegs ein reicheres und volleres Zusammenleben ergeben, wenn die aus Konflikten resultierenden Energien verschwänden. Insgesamt gelte: Die Gesellschaft benötige zu ihrer Entfaltung ein Verhältnis von Harmonie und Disharmonie, Zusammenhalt und Konkurrenz, Gunst und Missgunst. Die Gesellschaftsentwicklung beruhe also auf dem Zusammenwirken von Konflikt und Kooperation.³³

Bei der Erörterung der Frage nach den Funktionen des Streits ist es sinnvoll, zwischen der individuellen und der gesellschaftlich-politischen Ebene zu unterscheiden.

Aus individueller Perspektive kann das Ausfechten eines Streits in mannigfacher Weise nutzbringend sein. So kann der Streit gleichsam als Schlüssel fungieren, der herauszufinden hilft, was andere wollen. Er kann aber auch zu mehr Klarheit über die eigene Haltung führen. So gut wie nie kommt es nämlich vor, dass die Streitenden mit exakt der gleichen Position aus einem Streit herauskommen, mit der sie ihn begannen. Der Grund ist, dass die Gegenposition zum Überdenken der eigenen Auffassung zwingt. Es kann ferner Situationen geben, in denen man einen Streit führen muss, um die eigene Integrität zu wahren. Wer den Streit dann nicht führt, verliert ein Stück von sich selbst. Der geführte Streit behält seinen Sinn, selbst wenn er etwa eine verfahrenere Situation nicht zu klären vermochte. Überhaupt führt auch ein gut geführter Streit nicht zwingend zu einer Einigung. Es gibt keine Garantie, das Gegenüber zu überzeugen. Vor allem wenn die Standpunkte und Interessen sehr weit auseinanderliegen, muss man sich damit zufriedengeben, dass am Ende des Streits vielleicht nur die Verhältnisse geklärt sind und man versteht, wie die Gegenseite denkt.³⁴

Gesellschaftlich-politisch gesehen ist der Streit eine unerlässliche Voraussetzung für die Herausbildung einer öffentlichen Meinung. Hinzu kommt: Der

von den Angehörigen der politischen Klasse ausgetragene Streit endet zumeist mit Kompromissen. Diese sind für den Bestand der Demokratie von schlechthin konstitutiver Bedeutung. Vom öffentlichen Streit gehen auch erhebliche Lerneffekte aus: „In der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner kristallisiert sich der eigene Standpunkt deutlicher heraus. Die Antagonisten zwingen sich gegenseitig dazu, das Thema besser zu kontextualisieren, die eigene Position zu schärfen und ihre Lösungsvorschläge zu konkretisieren, um sich im Wettstreit der Alternativen durchzusetzen.“³⁵

Die Demokratie lebt vom Streit. Die politische Klasse sollte den Streit daher wertschätzen. Denn er trägt dazu bei, jene Transparenz herzustellen, die der demokratische ‚Markt der Ideen‘ erfordert. Und er trägt zur Aufklärung in einem besonderen Sinne bei: Er sorgt dafür, dass politische Meinungen, die eigenen wie die anderen, im Feuerbad der Kritik geprüft und dabei gehärtet oder korrigiert werden. Der Streit führt nämlich zwangsläufig dazu, aus dem Horizont des Selbstverständlichen herauszutreten und die eigene Position im Lichte konkurrierender Sichtweisen zu begründen. Dies alles stärkt die politische Urteilskraft.³⁶

Persönlicher und politischer Streit können jedoch bis zur Unversöhnlichkeit und gegenseitigem Hass eskalieren. Auf dieser Eskalationsstufe sind von einem Streit keine positiven Wirkungen zu erwarten. Er ist dann nur noch destruktiv.

IST DER DEMOKRATISCHE VERFASSUNGSSTAAT AUF STREIT UND KONFLIKTE EINGERICHTET?

Gesellschaftliche Konflikte verlangen nach politischen Lösungen. Nun werden Konflikte in der Regel unterschiedlich wahrgenommen und gibt es alternative Ansätze zu ihrer Lösung. Die Menschen artikulieren ihre Konfliktwahrnehmungen und ihre Lösungsvorschläge in Form von Meinungen.

Es ist der Probestein für den Charakter einer politischen Ordnung, ob Meinungen frei geäußert werden dürfen oder nicht. Während jede Diktatur

Meinungen zu steuern versucht und unerwünschte Meinungen unterdrückt, gehört die Gewährleistung von Meinungsäußerungsfreiheit zum Kern eines jeden freiheitlichen Gemeinwesens. Als ein solches versteht sich die Bundesrepublik Deutschland. Das Bundesverfassungsgericht hält aus diesem Grunde kein anderes Grundrecht so hoch wie das Recht, seine Meinung frei zu bilden und frei zu äußern. Es weiß dabei, dass Meinungen zu streitigen Auseinandersetzungen führen. In einer berühmten Entscheidung hat es die Zusammenhänge wie folgt auf den Punkt gebracht: „Nur die freie öffentliche Diskussion über Gegenstände von allgemeiner Bedeutung sichert die freie Bildung der öffentlichen Meinung, die sich im freiheitlich demokratischen Staat notwendig ‚pluralistisch‘ im Widerstreit verschiedener und aus verschiedenen Motiven vertretener, aber jedenfalls in Freiheit vorgetragener Auffassungen, vor allem in Rede und Gegenrede vollzieht.“³⁷

Meinungsfreiheit bedeutet nicht nur, dass der Staat den freien Meinungsbildungsprozess zulassen muss, sondern heißt auch, dass kein Mensch einem anderen vorschreiben darf, was er sagen und was er nicht sagen darf. Deshalb muss man immer mit Meinungen rechnen, die man für unvernünftig oder sogar für abstoßend hält. Das ist der Preis, aber auch der Sinn der Meinungsfreiheit.³⁸ Auch im politischen Meinungskampf muss vieles von dem hingenommen werden, was man als empörend und skandalös empfindet. Kann man dies nicht ertragen und fasst Restriktionen in Betracht, muss man sich darüber im Klaren sein, dass man eine Lähmung des Meinungsbildungsprozesses riskiert.³⁹

Im demokratischen Verfassungsstaat ist das politische Geschehen generell von der Logik des Gegeneinander geprägt. Streit, Zwist und Widerrede sind daher übliche Modi der Austragung dieses Gegeneinander. Und politische Entscheidungen sind in der Regel das Ergebnis frei ausgetragener Kontroversen. Entscheidungen gelten geradezu deshalb als legitimiert, weil sie streitig diskutiert und gegen andere mögliche Entscheidungen abgewogen wurden.

Der demokratische Verfassungsstaat ist insofern eine zivilisatorische Errungenschaft ersten Ranges, als er Formen und Verfahren eingeführt hat, welche die

Bewältigung von Konflikten ohne Androhung und Anwendung von Gewalt ermöglichen. So ist das gesamte Institutionengefüge dieses Staates darauf ausgerichtet, den politischen Streit zu kanalisieren und ihn einer Lösung zuzuführen. Ein wichtiger Bestandteil der Demokratie sind Parteien. Schon der Begriff drückt aus, dass Parteien nicht für das Ganze stehen, sondern unterschiedliche Profile aufweisen sowie gegensätzliche Vorstellungen verfechten, und dass es zwischen ihnen zum Streit, eben zum Parteienstreit, kommt. Auch der Gegensatz von Regierung und Opposition erfüllt einen tieferen Sinn: Um das politische Gemeinwesen zu lenken, genügt im Grunde die Regierung. Und ergänzend könnte man die Opposition für eine pathologische Erscheinung halten. Dennoch sorgt der demokratische Verfassungsstaat dafür, dass die Opposition frei agieren kann. Denn die Funktion der Opposition ist es, den politischen Prozess durch Widerspruch lebendig zu erhalten. Parlamente schließlich repräsentieren das Gemeinwesen in seinen Auseinandersetzungen über den richtigen Weg.

FINDEN STREIT UND KONFLIKTE EINEN ANGEMESSENEN PLATZ IN THEORIEN ZUR DEMOKRATIE?

Der demokratische Verfassungsstaat erlaubt Dissens und Streit. Er benötigt aber auch Konsens, also Gemeinsamkeiten. Die in ihm vereinigten Menschen müssen sich in grundsätzlichen Fragen einig sein. Anderenfalls kann es zum Bürgerkrieg und letztlich zum Zerfall des Gemeinwesens kommen.

Der Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel führte vor mehr als einem halben Jahrhundert in seiner Theorie der pluralistischen Demokratie Wesentliches – und bis heute Gültiges – über das Verhältnis von Dissens und Konsens im demokratischen Staat aus.

Gemäß den Annahmen der Pluralismustheorie zeichnet sich der demokratische Staat durch die Anerkennung der Tatsache aus, dass es in der Gesellschaft sowohl Strittiges als auch Unstrittiges gibt. Es existieren weite Bereiche des Zusammenlebens, über die die Angehörigen des Gemeinwesens abstimmen

müssen, weil sie sich über ihre Ausgestaltung nicht einig sind. Dies ist der kontroverse Sektor des Gemeinschaftslebens. In ihm besteht kein Konsens. Er soll nicht einmal bestehen, denn es handelt sich um den Bereich der Politik. Daneben existiert ein nicht-kontroverser Sektor über die Grundlagen des Gemeinwesens. Zu diesen Grundlagen gehört die Respektierung der demokratischen Spielregeln und die Anerkennung eines Wertkodexes, in dessen Zentrum die Menschenrechte stehen. Zu einem Strukturfehler der Demokratie kommt es, wenn zweierlei eintritt: Zum einen, wenn es an der wirksamen Anerkennung des Wertkodexes durch große Teile der Gesellschaft mangelt. Dann ist die Desintegration der Gesellschaft und in der Folge die Auflösung des Staates zu befürchten. Zum anderen, wenn es an einer ausreichend intensiven kontrovers-streitigen Willensbetätigung breiter Bevölkerungsschichten mangelt. Dann schrumpfen die Lebensimpulse der Demokratie ein und kommt es zu einer politischen Erstarrung. Die gesellschaftlichen Gruppen und die Parteien dürfen daher nicht zögern, die Momente klar und deutlich herauszuarbeiten, die sie voneinander trennen.⁴⁰

Dissens und Konsens in einer pluralistischen Demokratie spielen auch in der im vergangenen Jahrzehnt von der belgischen Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe konzipierten agonistischen Demokratietheorie eine zentrale Rolle. Agonistik meint dabei so etwas wie Wettstreit.

Gemäß den Vorstellungen der agonistischen Theorie erfordert eine gut funktionierende Demokratie den Streit zwischen politischen Positionen. Hinter dem Streit der Positionen verbirgt sich immer eine Wir-Sie-Konfrontation, also ein Gegensatz zwischen uns und den anderen, mithin zwischen kollektiven Identitäten. Die ideale Gesellschaft zeichnet sich also nicht dadurch aus, dass sich alle einig sind, sondern dadurch, dass gegnerische Positionen auf friedliche Weise um Dominanz ringen. Konflikte entstehen nun einmal und untergraben keineswegs die Demokratie. Deshalb ist es völlig legitim, sie auch auszutragen.

Das agonistische Verständnis steht Auffassungen kritisch gegenüber, die Streit und Konflikte anders einschätzen. Zurückweisung erfährt auf diese Weise das sogenannte deliberative Demokratiemodell. Dieses erwartet eine Versöhnung von Gegensätzen dadurch, dass am Ende eines rationalen Austausches von

Argumenten eine Einigung steht. Keine Akzeptanz findet auch das so bezeichnete liberale Demokratiemodell. Dieses betrachtet Gegnerschaft als ein Verhältnis von Interessenkonkurrenz. Das Modell hegt die Erwartung, dass die in Konkurrenz zueinander Stehenden durch Verhandlungen ihre Gegensätze schon zum Ausgleich bringen werden. Schließlich wird das antagonistische Politikmodell abgelehnt. Dieses hält die Stunde der Politik dann für gekommen, wenn Beteiligte sich in einer Freund-Feind-Beziehung gegenüberstehen. Ein solches antagonistisches Verhältnis lässt keinerlei Verständigung zu, sondern verlangt die Vernichtung des Feindes.⁴¹

Der agonistischen Demokratietheorie geht es einerseits darum, Konflikte anzuerkennen – Konflikte können und sollen nicht eliminiert werden. Es geht ihr andererseits darum, den virulenten, auf Vernichtung abzielenden Antagonismus in den gesellschaftlichen Beziehungen zu entschärfen – aus dem Antagonismus soll ein Agonismus werden. „Während der Antagonismus eine Wir-Sie-Beziehung ist, in der sich Feinde ohne irgendeine gemeinsame Basis gegenüberstehen, ist der Agonismus eine Wir-Sie-Beziehung, bei der die konfligierenden Parteien die Legitimität ihrer Opponenten anerkennen, auch wenn sie einsehen, dass es für den Konflikt keine rationale Lösung gibt. Sie sind ‚Gegner‘, keine Feinde. Obwohl sie sich also im Konflikt befinden, erkennen sie sich als derselben politischen Gemeinschaft zugehörig; sie teilen einen gemeinsamen symbolischen Raum, in dem der Konflikt stattfindet. Als Hauptaufgabe der Demokratie könnte man die Umwandlung des Antagonismus in Agonismus ansehen.“⁴² Solange es für widerstreitende Stimmen agonistische Artikulationsmöglichkeiten gibt, so die Hoffnung der Theorie, ist die Entstehung antagonistischer Konflikte mit all ihrer Gewalttätigkeit unwahrscheinlich.

Von entscheidender Bedeutung für die agonistische Demokratie ist also, auf der jeweils anderen Seite des politischen Grabens Kontrahenten und Opponenten, nicht aber Feinde zu sehen. In dieser Demokratie stellen die Beteiligten daher das Recht der jeweils anderen nicht infrage, für ihre Position zu streiten. Ferner zeigt sich die Lebendigkeit dieser Demokratie in streitigen Debatten über Alternativen, repräsentiert von klar unterscheidbaren politischen Kräften. Fehlt es an solchen Debatten und dominiert in der Gesellschaft eine

Abneigung gegen Konflikte, führt dies zu Apathie und Entfremdung von der Demokratie. Bei alledem ist Konsens über die politischen Institutionen und über grundlegende Werte des Gemeinwesens notwendig, auch wenn dieser aller Erfahrung nach aufgrund unterschiedlicher Interpretationen ein konflikthafter Konsens sein dürfte.⁴³

SCHLUSS

Keine politische Ordnung anerkennt Konflikte so sehr und lebt so sehr vom politischen Streit wie die Demokratie. Dort, wo der Streit ungehindert ausgegtragen werden kann, lässt sich zudem mit hoher Sicherheit schließen, dass Freiheit herrscht. Das bedeutet in der Umkehrung: Gibt es in einem Staat keinen Lärm von Streitigkeiten, kann man ziemlich sicher sein, dass es in ihm keine Freiheit gibt. Keinesfalls sollte man darauf schließen, dass in diesem Staat alles ‚in Ordnung‘ ist und die Menschen ein gutes Leben führen können.

¹ Detjen, Joachim: Streitkultur. Konfliktursachen, Konfliktarten und Konfliktbewältigung in der Demokratie. Schwalbach/Ts. 2012, S. 13-15.

² Haaf, Meredith: Streit! Eine Aufforderung. München 2018, S. 26.

³ Römmele, Andrea: Zur Sache! Für eine neue Streitkultur in Politik und Gesellschaft. Berlin 2019, S. 9.

⁴ Sarcinelli, Ulrich: Auf dem Weg in eine kommunikative Demokratie? In: derselbe (Hg.): Demokratische Streitkultur. Theoretische Grundpositionen und Handlungsalternativen in Politikfeldern. Bonn 1990, S. 29-51, hier: S. 49.

⁵ Leggewie, Claus: Bloß kein Streit! Über deutsche Sehnsucht nach Harmonie und die anhaltenden Schwierigkeiten demokratischer Streitkultur, in: Sarcinelli (Hg.), Demokratische Streitkultur, 1990, S. 52-62, hier: S. 58.

⁶ Oberreuter, Heinrich: Republikanische Demokratie. Der Verfassungsstaat im Wandel. Baden-Baden 2012, S. 300.

⁷ Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München 1965, S. 233 f.

⁸ Dahrendorf, Ralf: Pfade aus Utopia. Arbeiten zur Theorie und Methode der Soziologie. München 1974, S. 273.

- ⁹ Fischer, Christian: Die Konfliktlinie „offene“ vs. „geschlossene“ Gesellschaft – Politik-didaktische Herausforderungen im Umgang mit Kontroversität, in: Möllers, Laura/Manzel, Sabine (Hrsg.): Populismus und Politische Bildung. Frankfurt am Main 2018, S. 79-86, hier: S. 79 f.
- ¹⁰ Kielmansegg, Peter Graf: Verteidigung der Politik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Juli 2018, S. 6.
- ¹¹ Gespräch zwischen Ahmet Cavuldak und Peter Graf Kielmansegg, in: Cavuldak, Ahmet (Hrsg.): Peter Graf Kielmansegg im Gespräch. Übungen im politischen Denken. Baden-Baden 2020, S. 13-157, hier: S. 121 f.
- ¹² Frick, Marie-Luisa: Zivilisiert streiten. Zur Ethik der politischen Gegnerschaft. Ditzingen 2018, S. 49-53, 55-57.
- ¹³ Frick, Marie-Luisa: Freie Rede im Licht politischer Ethik: Was soll man nicht sagen, auch wenn man es sagen dürfte? In: Schultz, Tanjev (Hrsg.): Was darf man sagen? Meinungsfreiheit im Zeitalter des Populismus. Stuttgart 2020, S. 139-158, hier: S. 145.
- ¹⁴ Frick, Zivilisiert streiten, 2018, S. 65.
- ¹⁵ Hong, Mathias: Meinungsfreiheit und ihre Grenzen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 12-13/2020, 70. Jahrgang, S. 16-21, hier: S. 20 f.
- ¹⁶ Schultz, Tanjev: Aktuelle Belastungsproben für die Meinungsfreiheit, in: Derselbe (Hrsg.): Was darf man sagen? Meinungsfreiheit im Zeitalter des Populismus. Stuttgart 2020, S. 9-20, hier: S. 12.
- ¹⁷ Frick, Marie-Luisa: Streitkompetenz als demokratische Qualität. Oder: Vom Wert des Widerspruchs, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 12-13/2020, 70. Jahrgang, S. 28-33, hier: S. 32.
- ¹⁸ Frick, Freie Rede im Licht politischer Ethik, 2020, S. 149.
- ¹⁹ Schultz, Tanjev: Robuste Meinungsfreiheit und politische Verantwortung, in: Derselbe (Hrsg.): Was darf man sagen? Meinungsfreiheit im Zeitalter des Populismus. Stuttgart 2020, S. 161-174, hier: S. 173.
- ²⁰ Patzelt, Werner J.: Deutsche und ihr Land. Herausforderungen und Antworten. Baden-Baden 2018, S. 312.
- ²¹ Glasl, Friedrich: Konfliktmanagement, in: Auhagen, Ann Elisabeth/Bierhoff, Hans-Werner (Hrsg.): Angewandte Sozialpsychologie. Das Praxishandbuch. Weinheim, Basel, Berlin 2003, S. 123-135, hier: S. 124 f.
- ²² Hübl, Philipp: Die aufgeregte Gesellschaft. Wie Emotionen unsere Moral prägen und die Polarisierung verstärken. Bonn 2020, S. 300 f. Auch Römmele, Zur Sache! Für eine neue Streitkultur in Politik und Gesellschaft, 2019, S. 14.
- ²³ Hirschmann, Kai: Der Aufstieg des Nationalpopulismus. Wie westliche Gesellschaften polarisiert werden. Bonn 2017, S. 153 f., 185-188.
- ²⁴ Sarcinelli, Ulrich: Sprache und Kommunikation im politischen Diskurs, in: Flümann, Gereon (Hrsg.): Umkämpfte Begriffe. Deutungen zwischen Demokratie und Extremismus. Bonn 2017, S. 59-78, hier: S. 63 f., 74 f.
- ²⁵ Mill, John Stuart: Über Freiheit (On Liberty [1859]). Frankfurt am Main 1969, S. 66.
- ²⁶ Gespräch zwischen Ahmet Cavuldak und Peter Graf Kielmansegg, 2020, S. 138.
- ²⁷ Lanius, David: Meinungsfreiheit und die kommunikative Strategie der Rechtspopulisten, in: Schultz, Tanjev (Hrsg.): Was darf man sagen? Meinungsfreiheit im Zeitalter des Populismus. Stuttgart 2020, S. 75-112, hier: S. 90.
- ²⁸ Frick, Zivilisiert streiten, 2018, S. 58-62.

- ²⁹ Speit, Andreas: Bürgerliche Scharfmacher. Deutschlands neue rechte Mitte. Bonn 2017, S. 127-132.
- ³⁰ Frick, Streitkompetenz als demokratische Qualität, 2020, S. 31 f.
- ³¹ Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, 1965, S. 174.
- ³² Dahrendorf, Pfade aus Utopia, 1974, S. 276.
- ³³ Simmel, Georg: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Sechste Auflage (erste Auflage 1908). Berlin 1983, S. 186-189.
- ³⁴ Haaf, Streit! Eine Aufforderung, 2018, S. 34, 142, 160 f., 194, 281.
- ³⁵ Römmele, Zur Sache! Für eine neue Streitkultur in Politik und Gesellschaft, 2019, S. 18.
- ³⁶ Frick, Streitkompetenz als demokratische Qualität, 2020, S. 28 f.
- ³⁷ BVerfGE 12, 113 (125) (Urteil vom 25. Januar 1961).
- ³⁸ Schultz, Tanjev: Tabus und Redeverbote? Die Bedeutung des Meinungsklimas, in: Derselbe (Hrsg.): Was darf man sagen? Meinungsfreiheit im Zeitalter des Populismus. Stuttgart 2020, S. 113-138, hier: S. 137.
- ³⁹ Kornmeier, Claudia: Grenzen und Spielräume eines Grundrechts: Über das Recht, seine Meinung frei zu äußern, in: Schultz, Tanjev (Hrsg.): Was darf man sagen? Meinungsfreiheit im Zeitalter des Populismus. Stuttgart 2020, S. 23-54, hier: S. 29 f.
- ⁴⁰ Fraenkel, Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien. Stuttgart 1964, S. 64 f.
- ⁴¹ Mouffe, Chantal: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Bonn 2010, S. 12, 20-22, 29.
- ⁴² Mouffe: Über das Politische, 2010, S. 29 f.
- ⁴³ Mouffe, Chantal: Agonistik. Die Welt politisch denken. Bonn 2015, S. 29 f.

DEMOKRATISCHE STREITKULTUR FÜR EINE PLURALISTISCHE GESELLSCHAFT: ORIENTIERUNGEN FÜR DIE POLITISCHE BILDUNG

MANON WESTPHAL

Unsere Gesellschaft ist nicht nur von unterschiedlichen Interessen und Identitäten, sondern auch von verschiedenen Weltanschauungen geprägt. Diesen Umstand nennt der US-amerikanische Philosoph John Rawls das ‚Faktum des Pluralismus‘:¹ Vielfältige ‚umfassende Doktrinen‘, ob religiöser oder nicht-religiöser Art, enthalten unterschiedliche Vorstellungen von einem guten Leben. Mit der Bezeichnung ‚Faktum‘ unterstreicht Rawls, was die grundsätzliche Perspektive liberaler Gesellschaften auf diesen Umstand sein sollte: Es gilt, den Pluralismus zu akzeptieren und zu respektieren. Versuche, eine homogene Gesellschaft zu kreieren, würden sich nicht nur gegen eine manifeste gesellschaftliche Realität stemmen, sondern auch Kernwerte liberaler Gesellschaften unterlaufen, zu denen in zentraler Hinsicht gleiche individuelle Freiheitsrechte und die Neutralität des Staates zählen. Allerdings stellt die Akzeptanz des Pluralismus liberale Gesellschaften auch vor die Herausforderung, Meinungsverschiedenheiten auszuhalten und Konflikte so auszutragen, dass sie mit der Demokratie vereinbar sind.

Für einen erfolgreichen Umgang mit dieser Herausforderung braucht es eine Streitkultur, die Werte und Prinzipien demokratischer Formen von Streit lebt und pflegt. Diese These wird im Folgenden konkretisiert. Zunächst wird genauer beschrieben, warum Pluralismus mit Konflikt einhergeht und es so wichtig ist, sich über Merkmale einer demokratischen Streitkultur Gedanken zu machen. Anschließend wird ein Vorschlag unterbreitet, welche Merkmale eine demokratische Streitkultur auszeichnen sollten. Es werden vier Prinzipien beschrieben: Dissenstoleranz, Inklusivität, Einigungsfähigkeit und Ergebnisvorläufigkeit. Der Beitrag legt dann den Blick auf die Akteur*innen einer demokratischen Streitkultur und fragt, welche Kompetenzen Bürger*innen brauchen, um selbstbestimmt und im Sinne einer demokratischen Streitkultur am Streit mit anderen teilnehmen zu können. Schließlich gibt der Beitrag Impulse, welche Rolle die politische Bildung in der Einübung einer solchen demokratischen Streitkultur einnehmen kann.

PLURALISMUS, KONFLIKT UND DEMOKRATISCHE STREITKULTUR

Der zentrale Grund dafür, dass pluralistische Gesellschaften eine demokratische Streitkultur brauchen, ist, dass der Pluralismus an Interessen, Identitäten und Weltanschauungen nicht einfach nur eine *Vielheit* ist – im Sinne eines bunten Flickenteppichs, der einmal harmonisch komponiert und in einer bestimmten Form ‚festgenäht‘ werden kann. Der Pluralismus birgt ein konstantes Konfliktpotenzial, weil Bürger*innen auf der Grundlage ihrer jeweiligen Interessen, Identitäten und Weltanschauungen unterschiedliche Ansprüche daran stellen, wie die Gesellschaft gestaltet sein sollte und welche kollektiv verbindlichen Regeln gelten sollten. Gewerkschaften und Arbeitgeber*innen streiten in Tarifverhandlungen, säkulare und religiöse Bürger*innen streiten über die Rolle von Religion und religiösen Symbolen im öffentlichen Raum, und quer zu den Parteiengrenzen wird darüber gestritten, ob ethisch umstrittene Praktiken wie Stammzellforschung oder Präimplantationsdiagnostik zulässig sind. Eines der brisantesten Streitthemen dieser Tage sind natürlich die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und die Frage, welche Eingriffe in Freiheitsrechte der Schutz von Gesundheit und Menschenleben über welchen Zeitraum rechtfertigt. Die Pandemie und die Maßnahmen, die zu ihrer Bekämpfung ergriffen werden, sind zwar ein spezifisches und temporäres Streitthema, aber die Frage nach legitimen Einschränkungen von Freiheitsrechten steht in liberalen Demokratien regelmäßig auf der Debattenagenda – das zeigt sich zum Beispiel auch im Streit über so unterschiedliche Themen wie Erfordernisse des Datenschutzes oder die Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen.

Die Verpflichtung liberaler Demokratien, den Pluralismus anzuerkennen, bedeutet also, dass Streit als ein normaler, alltäglicher Modus demokratischen Zusammenlebens anerkannt werden muss. Angesichts dieser Herausforderung ist es aus zwei Gründen wichtig, über Merkmale einer demokratischen Streitkultur sowie über Möglichkeiten, eine solche Streitkultur zu fördern, nachzudenken. Erstens ist Streit nicht gleich Streit. Es gibt verschiedene Formen des Streits und eine funktionierende Demokratie ist auf bestimmte Streitformen angewiesen und sollte versuchen, andere zu vermeiden oder zumindest nicht den Alltag demokratischer Streitpraxis bestimmen zu lassen. Der Begriff der

demokratischen Streitkultur ist geeignet als ein Sammelbegriff für diejenigen Prinzipien, die demokratische Streitformen auszeichnen, also Streitformen, die mit der Demokratie vereinbar sind oder ihr sogar förderlich sein können. Zweitens genügen die besten Prinzipien nicht, wenn sie nicht Teil der gesellschaftlichen Praxis werden und Mitglieder einer pluralistischen Gesellschaft sie nicht anwenden, sich aneignen oder interpretieren und so mit Leben füllen. Das Gelingen demokratischen Streits ist nicht nur auf die Zustimmung der Bürger*innen zu einem bestimmten Set an Prinzipien angewiesen, sondern auch darauf, dass sie diese Prinzipien tatsächlich kultivieren.

Was aber sind die Merkmale einer demokratischen Streitkultur? Was heißt es, Konflikte über unterschiedliche Vorstellungen dessen, was gute kollektive Regeln wären, auf eine demokratiefreundliche Art und Weise auszutragen?

PRINZIPIEN EINER DEMOKRATISCHEN STREITKULTUR

Ich schlage vier Prinzipien als wichtige Merkmale einer demokratischen Streitkultur vor. Damit ist nicht der Anspruch verbunden, eine abgeschlossene Liste vorzulegen, sondern einige elementare Merkmale einer demokratischen Streitkultur zu akzentuieren. Diese vier Prinzipien sind: Dissenstoleranz, Inklusivität, Einigungsfähigkeit und Ergebnisvorläufigkeit. Damit ist Folgendes gemeint.

Dissenstoleranz: Eine demokratische Streitkultur lebt zuvorderst davon, dass Mitglieder einer politischen Gemeinschaft gegenseitig anerkennen, dass sie berechtigt sind, am politischen Streit teilzunehmen. Wo Andersdenkenden das Recht abgesprochen wird, für ihre Sichtweisen einzutreten und die einen die anderen daran hindern wollen, am politischen Prozess und dem Aushandeln kollektiv verbindlicher Regeln überhaupt teilzuhaben, wird eine Grundvoraussetzung demokratischen Streits unterlaufen. Die Demokratietheoretikerin Chantal Mouffe hat diesen Gedanken dadurch veranschaulicht, dass sie zwischen Feind*innen und Gegner*innen unterscheidet. Mouffe argumentiert, dass es in einer pluralistischen Demokratie essenziell ist, „dass der ‚andere‘ im Reich der Politik nicht als ein Feind betrachtet wird, den es zu zerstören gilt,

sondern als ein ‚Gegner‘, d.h. als jemand, dessen Ideen wir bekämpfen, dessen Recht, seine Ideen zu verteidigen, wir aber nicht in Frage stellen“.² In diesem Sinne ist Dissenstoleranz ein elementarer Bestandteil einer demokratischen Streitkultur: Die Akteur*innen akzeptieren den Umstand des Pluralismus und nehmen hin, dass Möglichkeiten, ihre eigenen Sichtweisen und politische Ziele umzusetzen, durch das Erfordernis eingeschränkt sind, sich mit anderen Sichtweisen auseinanderzusetzen.

Inklusivität: Ein zweites wichtiges Merkmal einer demokratischen Streitkultur ist Inklusivität. Das Spektrum derjenigen, die am demokratischen Streit teilnehmen, sollte nicht zu schmal und homogen sein, sondern sollte alle diejenigen Identitäten, Interessen und Sichtweisen, die eine demokratische Gesellschaft prägen, bestmöglich abbilden. Weil sich Gesellschaften kontinuierlich verändern und neue Identitäten, Interessen und Sichtweisen entstehen, während andere bisweilen an Relevanz verlieren, ist es notwendig, das Spektrum der im politischen Raum Streitenden regelmäßig zu rekonfigurieren. Zweifels- ohne ist mit der so verstandenen Inklusivität ein Ideal beschrieben, dem die politische Realität oft nicht gerecht wird. Machtgefälle sind allgegenwärtig und sorgen dafür, dass es für einige leichter ist, sich politisch Gehör zu verschaffen, als für andere. In einer demokratischen Streitkultur, in der das Prinzip der Inklusivität einen zentralen Platz hat, ist es aber stets möglich, solche Umstände zu problematisieren. Diejenigen, die von bestehenden Debattenstrukturen ausgeschlossen oder marginalisiert sind, können Kritik an diesen Strukturen üben und einfordern, dass sich das Spektrum verändert und erweitert.

Einigungsfähigkeit: Ein drittes Merkmal einer demokratischen Streitkultur ist, dass sie nicht nur unterschiedliche Meinungen konfrontiert, sondern auch Einigungen ermöglicht und als wichtige politische Leistungen wertschätzt. Politische Entscheidungen sind zwar oft Ergebnisse von Mehrheitsentscheidungen, und die Konkurrenz unterschiedlicher politischer Projekte für die Gestaltung sozialer Ordnung ist durchaus auch wichtig, um eine Demokratie lebendig zu halten. Aber im demokratischen Streit gibt es immer wieder Situationen, in denen es wichtig sein kann, Einigungen zwischen widerstreitenden Positionen

zu erreichen. Zum Beispiel dann, wenn allen beteiligten Parteien der Streitgegenstand so wichtig ist, dass sie nicht bereit sind, eine Lösung zu akzeptieren, die ihre Interessen vollkommen außer Acht lässt. Wichtig ist, dass Einigung nicht unbedingt Konsens bedeutet. In manchen Fällen mag es gelingen, im Prozess des Streitens einen Konsens zu finden, das heißt eine Lösung, die alle Beteiligten für richtig halten. Wo dies nicht möglich ist, gibt es aber eine andere Möglichkeit, sich zu einigen, nämlich indem man Kompromisse bildet. Kompromisse entstehen, anders als Konsens, durch wechselseitige Zugeständnisse, aber nicht dadurch, dass die Meinungsverschiedenheiten überwunden werden.³ Weil Meinungsverschiedenheiten in pluralistischen Gesellschaften nicht nur zahlreich, sondern auch häufig ‚hartnäckig‘ und schwer einem Konsens zuzuführen sind, kann der Kompromiss besonders wichtig sein, um sich im demokratischen Streit zu einigen.

Ergebnisvorläufigkeit: Eine demokratische Streitkultur lebt davon, dass die Beteiligten die Vorläufigkeit getroffener Entscheidungen akzeptieren. Demokratischer Streit ist ein fortlaufender Prozess, der kein endgültiges Ende findet, indem einmal unabänderliche Entscheidungen über den Umgang mit strittigen Gegenständen getroffen werden. Das hat unter anderem mit der erwähnten Wandelbarkeit von Gesellschaften und relevanten Konflikten und Konfliktkonstellationen zu tun. Wo sich die in einer Gesellschaft vorhandenen Identitäten, Interessen und Sichtweisen stetig verändern, muss es auch möglich sein, die Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens unter Berücksichtigung der jeweils neuen Konstellationen an Identitäten, Interessen und Sichtweisen neu zu verhandeln.

KOMPETENZEN FÜR DIE PRAXIS EINER DEMOKRATISCHEN STREITKULTUR

Eine demokratische Streitkultur lebt davon, dass Bürger*innen Streit als etwas potenziell Konstruktives erfahren und über Kompetenzen verfügen, die ihnen ein selbstbestimmtes Mitwirken am demokratischen Streit ermöglichen. Auch wenn es grundsätzlich viele Orte in einer Gesellschaft gibt, an denen positive

Streiterfahrungen gemacht werden können, kann die politische Bildung einen wichtigen Beitrag dafür leisten, dass die demokratische Streitkultur verstetigt wird, indem sie Bürger*innen gezielt bei der Ausbildung von Fähigkeiten für die Teilnahme am demokratischen Streit unterstützt. Hier sollen einige Kernkompetenzen benannt werden, die besondere Aufmerksamkeit verdienen und denen politische Bildner*innen – so zumindest der Vorschlag dieses Beitrags – einen zentralen Stellenwert einräumen sollten, wenn sie ihre Arbeit explizit in den Dienst des Einübens und Pflegens einer demokratischen Streitkultur stellen möchten. Hierbei handelt es sich um Kompetenzen in der Kommunikation, der Kritik, im Konflikt und Urteil.

Kommunikationskompetenzen: Eine wichtige Voraussetzung, um an demokratischen Streitprozessen teilzunehmen, ist es, über die eigenen Sichtweisen und Interessen sprechen zu können, aber auch über die der anderen. Dabei sollten vielfältige Kommunikationsformen berücksichtigt werden. Die Demokratietheoretikerin Iris Marion Young etwa hat in ihren Arbeiten gezeigt, dass die Normen politischer Diskussionen oft einen Bias zugunsten bestimmter Kommunikationsformen haben, der es einigen Gruppen erschwert, in politischen Diskussionen mit ihren Anliegen Gehör zu finden.⁴ Young argumentiert, dass deshalb nicht nur rationale Argumentation (beziehungsweise das, was der dominante Diskurs unter rationaler Argumentation versteht), sondern auch Erzählungen eigener Erfahrungen oder politischer Protest als legitime politische Kommunikationsformen anerkannt werden sollten. Politische Bildung kann Bürger*innen nicht nur darin unterstützen, unterschiedliche Kommunikationskompetenzen auszubilden, sondern auch vermitteln, dass es eine Bandbreite an legitimen Wegen gibt, politische Anliegen zu artikulieren.

Kritikkompetenzen: Demokratischer Streit kann dann möglichst inklusiv und responsiv gegenüber der sich stetig verändernden Vielfalt von Identitäten, Interessen und Sichtweisen in pluralistischen Gesellschaften sein, wenn die ausschließenden oder marginalisierenden Effekte bestehender Regeln und Diskursmuster sichtbar gemacht und politisiert werden. Das heißt, dass sie zu Gegenständen von politischem Streit werden. Kritikkompetente Bürger*innen sind in der Lage, Ausschlüsse und Marginalisierungen zu identifizieren und unter

Bezug auf das Inklusivitätsversprechen der Demokratie zu problematisieren.⁵ Welche Stimmen werden in politischen Debatten über wichtige politische Themen gehört und welche nicht oder nur am Rande, obwohl sie ebenso berechnigte Interessen haben, die gehört werden und politisch Einfluss nehmen können sollten? Politische Bildung kann Bürger*innen darin schulen, politische Debattenlagen durch die ‚Brille‘ dieser Leitfragen zu betrachten und zu bewerten.

Konfliktkompetenzen: Bürger*innen, die im Sinne der beschriebenen Streitkultur zu demokratischem Streit beitragen, verfügen ferner über Fähigkeiten, Konflikte mit Andersdenkenden auszutragen. Es ist wichtig für ein selbstbestimmtes Agieren, Sichtweisen und Anliegen mitteilen und bestehende Debattenlagen kritisieren zu können, aber hinreichend ist das nicht. Man muss ebenso fähig sein, konstruktiv mit Situationen umzugehen, in denen politische Konflikte aufbrechen, zum Beispiel als Folge politisch wirksam ausgeübter Kritikkompetenzen, und in denen unterschiedliche Meinungen und Forderungen aufeinandertreffen. In solchen Konfliktsituationen kann es wichtig sein, auf die Sichtweisen der Gegenseite einzugehen und Gründe für die eigene Perspektive anzuführen. Es ist aber ebenso wichtig, dort an der Suche nach Lösungen für Konflikte mitwirken zu können, wo sich die zugrundeliegenden Meinungsverschiedenheiten nicht dadurch überwinden lassen, dass man sich über die Gründe dafür austauscht. In solchen Situationen gibt es unterschiedliche Möglichkeiten zu entscheiden, wie man mit dem jeweils strittigen Gegenstand umgeht – oben wurden Mehrheitsentscheidungen und Kompromisse als Alternativen genannt. Deshalb können sich bei der Suche nach solchen Lösungen unterschiedliche Fähigkeiten als zielführend erweisen. Wo Konflikte über eine Mehrheitsentscheidung gelöst werden, akzeptieren konfliktkompetente Bürger*innen die politische Niederlage als ein mögliches Ergebnis. Wo sie über Kompromisse gelöst werden, ist eine wichtige Konfliktkompetenz hingegen die Fähigkeit, wechselseitige Zugeständnisse auszuhandeln. Die Frage, welche Konflikte auf dem einen oder auf dem anderen Weg gelöst werden sollten, ist selbst eine politische Frage. Darum gehören zu dem Set an wichtigen Konfliktkompetenzen auch die Fähigkeiten, einzuschätzen, wann welcher Ent-

scheidungsmodus geeignet ist, und sich mit anderen auf ein Vorgehen einigen zu können, die gegebenenfalls ein anderes Verfahren für angemessen halten als man selbst.

Urteilskompetenzen: Streitkompetente Bürger*innen müssen auch fähig sein zu urteilen in dem Sinne, dass sie bewerten können müssen, welche ausgeschlossenen oder marginalisierten Sichtweisen und Positionen es verdienen, dass für sie gestritten wird beziehungsweise dass sie beim Aushandeln von Lösungen für strittige Themen berücksichtigt werden.⁶ Manche Sichtweisen und Positionen, die von den bestehenden Diskursmustern politischer Debatten ausgeschlossen oder marginalisiert sind, würden zu einer demokratischen Streitkultur nichts beitragen, sondern sie stattdessen unterlaufen und schädigen. Ein augenscheinliches Beispiel dafür sind die menschenverachtenden Positionen rechtsradikaler und neonazistischer Akteur*innen. Streitkompetente Bürger*innen wissen, dass das Inklusivitätskriterium demokratischer Streitkultur nicht nur das Aufspüren und kritische Befragen von bestehenden politischen Ausschlüssen und Marginalisierungen erforderlich macht, sondern dass es auch Anforderungen für die Teilnahme an demokratischem Streit beinhaltet. Und sie verfügen über Bewertungsmaßstäbe, mittels derer sie beurteilen können, ob Sichtweisen und Positionen diesen Anforderungen gerecht werden.

IMPLIKATIONEN FÜR DIE POLITISCHE BILDUNG

Was folgt aus der Notwendigkeit einer demokratischen Streitkultur und demokratischer Streitkompetenzen in pluralistischen Gesellschaften für die Praxis politischer Bildung? Die hier ausgeführten Überlegungen geben politischen Bildner*innen für ihre Arbeit in der schulischen und außerschulischen politischen Bildung mindestens zwei Impulse.

Der erste Impuls: Wenn sie Wissen über Politik vermitteln, das heißt darüber, was Politik ist, wie sie funktioniert und welche Partizipationsmöglichkeiten sie bietet, sollten sie dem Streit besondere Aufmerksamkeit widmen. Politische

Bildung kann lehren, dass Streit nichts Negatives, sondern der (Normal-)Modus ist, in dem sich pluralistische Gesellschaften über Regeln verständigen, mit denen sie ihr Zusammenleben organisieren. Und dass er produktiv für die Demokratie sein kann, wenn er ‚richtig‘ geführt wird. Die Pädagogin Juliane Hammermeister hat argumentiert, dass es für eine politische Bildung, die zu politischer Mündigkeit erzieht, wichtig ist, nicht zu stark die „institutionalisierten Formen politischer Willensbildung“ zu fokussieren. Stattdessen sollte sie „bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu einem zentralen Referenzpunkt des Lernprozesses [zu] machen“.⁷ Dieser Anregung ist aus der hier vorgeschlagenen Perspektive auf eine demokratische Streitkultur voll und ganz beizupflichten. Politische Institutionen sind zwar wichtig, weil sie politische Prozesse rahmen und strukturieren, aber Politik erschöpft sich nicht darin, dass sie existieren und funktionieren. Der Prozess des Streits sowohl *in* politischen Institutionen – zum Beispiel im Parlament – als auch *außerhalb* von politischen Institutionen – zum Beispiel in der politischen Öffentlichkeit, in Protestbewegungen oder in lokalen Kontexten wie Nachbarschaften – ist ein mindestens genauso wesentlicher Bestandteil von Politik. Politische Bildner*innen können Lernende für die Bedeutung einer demokratischen Streitkultur sensibilisieren. Dafür sollten sie vermitteln, dass politisch partizipieren nicht nur heißt, regelmäßig Stimmzettel in die Wahlurne zu legen, sondern auch, sich mit Andersdenkenden aktiv auseinanderzusetzen. Und sie sollten lehren, dass politisch kompetent zu urteilen, nicht nur heißt, unter wählbaren politischen Parteien diejenigen zu bestimmen, die die eigenen Interessen bestmöglich vertreten, sondern auch zu bewerten, wie auf der politischen Bühne gestritten wird. Um einzuüben, solche beobachtbaren politischen Streitprozesse zu bewerten, sollte im Sinne der oben beschriebenen Kritikkompetenzen immer die Frage *Was sehen wir nicht?* mit gestellt werden. Wer streitet in parlamentarischen Debatten mit wem – und mit wem nicht? Welche Interessen und Sichtweisen sind im politischen Streit vertreten und sichtbar – und welche nicht?

Der zweite Impuls: Die politische Bildung könnte Orte bieten, an denen demokratischer Streit ganz praktisch eingeübt wird. Der Siegener Sozialwissen-

schaftler Alexander Wahnig betont, dass ein pluralistisches, konfliktbetontes Demokratieverständnis anregt, „politisches Lernen [...] als eine Arbeit an gesellschaftlichen Konflikten“ zu verstehen.⁸ Von einer solch engen Verknüpfung zwischen politischem Lernen und politischem Handeln auszugehen, ist eine produktive Perspektive für ein Nachdenken darüber, wie politische Bildung dazu beitragen könnte, eine demokratische Streitkultur zu fördern. Während sich Kritikkompetenzen darüber einüben lassen, politischen Streit (innerhalb oder außerhalb politischer Institutionen) zu beobachten, zu beschreiben und zu bewerten, eignen sich Lernende Konfliktkompetenzen am besten dadurch an, dass sie tatsächlich mit Andersdenkenden streiten, Argumente für die eigene Sichtweise anführen, die der anderen prüfen und gemeinsam nach Lösungen für Meinungsverschiedenheiten suchen. Politische Bildner*innen können Räume für demokratischen Streit im Kleinen schaffen, in denen Lernende sich und andere als streitkompetent erleben sowie erfahren können, dass und auf welche Weisen sie konstruktiv mit anderen handeln können, obwohl sie unterschiedlicher Meinungen sind. Um hierbei die Bandbreite an Möglichkeiten, Streit zu führen und auch beizulegen, erfahrbar zu machen, könnte es sich als produktiv erweisen, unterschiedlich stark kontroverse Themen zum Gegenstand zu machen. Politische Bildner*innen könnten Lerngruppen zum Beispiel helfen zu erfahren, dass sie in einem Streit, bei dem ihre Meinungsverschiedenheiten nicht sehr tief und nicht sehr hartnäckig sind, einen Konsens erzielen können und in einer Auseinandersetzung über ein vergleichsweise hochstrittiges Thema wenigstens einen Kompromiss bilden können. Auf diese Weise lernen Teilnehmer*innen zum einen ein Spektrum an Möglichkeiten kennen, Streit zu führen und zu lösen. Zum anderen können sie sich aber auch einen Kompass aneignen, mit dem sie sich als streitkompetente, aktiv streitende sowie politische Streits kritisch bewertende Bürger*innen durch die Konfliktlandschaft pluralistischer Gesellschaften navigieren können, indem sie gemeinsam darüber reflektieren, warum mal das eine und mal das andere Vorgehen erfolgreich war, den Streit beizulegen.

FAZIT

Die pluralistischen Gesellschaften heutiger Demokratien brauchen eine demokratische Streitkultur, denn Pluralismus geht Hand in Hand mit Meinungsverschiedenheiten und Konflikten. Zu den Prinzipien, die eine demokratische Streitkultur leben und pflegen sollte, gehören Dissonanztoleranz, Inklusivität, Einigungsfähigkeit und Ergebnisvorläufigkeit. Politische Bildner*innen können demokratische Streitkompetenzen aktiv fördern, indem sie Wissen über das konflikthafte Wesen von Politik vermitteln und das Austragen von Konflikten mit Lernenden praktisch einüben.

¹ Rawls, John: Politischer Liberalismus, 6. Auflage, Frankfurt am Main 2003.

² Mouffe, Chantal: Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft, in: Nonhoff, Martin (Hg.): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie, Bielefeld 2007, S. 41–53, hier S. 45.

³ Zum Konzept des Kompromisses siehe beispielsweise Willems, Ulrich: Wertkonflikte als Herausforderung der Demokratie, Wiesbaden 2016, hier S. 245–268.

⁴ Young, Iris Marion: Inclusion and Democracy, Oxford 2000.

⁵ Zu den ausgeführten Überlegungen zu Kritik- und Konfliktkompetenzen siehe Westphal, Manon: Kritik- und Konfliktkompetenz. Eine demokratietheoretische Perspektive auf das Kontroversitätsgebot, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 13–14/2018, 68. Jahrgang, S. 12–17.

⁶ Westphal, Manon: Digitale Öffentlichkeiten und politisches Handeln. Überlegungen zu einer radikaldemokratischen politischen Bildung, in: Binder, Ulrich/Drerup, Johannes (Hg.): Demokratieerziehung und die Bildung digitaler Öffentlichkeit, Wiesbaden 2020, S. 13–27, hier S. 23–24.

⁷ Hammermeister, Juliane: Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Ein blinder Fleck des Beutelsbacher Konsenses, in: Widmaier, Benedikt/Zorn, Peter (Hg.): Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung, Bonn 2016, S. 171–178, hier S. 172.

⁸ Wahnig, Alexander: Zum Verhältnis von politischem und sozialem Lernen. Eine Analyse von Praxisbeispielen politischer Bildung, Wiesbaden 2017, S. 99.

VOM GEWALTFREIEN UMGANG MIT HASS

SIMRAN K. WESTER

Als sich Renate Künast, Bundestagsabgeordnete der Grünen, im Oktober 2016 auf den Weg gemacht hat, die Leute aufzusuchen, die ihr beleidigende Kommentare und sogenannte Hassposts in sozialen Netzwerken geschickt hatten¹, war ich davon sehr beeindruckt. Es gehört Mut dazu, sich den Menschen zuzuwenden, die einen mit Einschüchterungen aus der Bahn werfen wollten. Renate Künast ließ sich dabei von einer Journalistin begleiten. Sie wollte die Menschen so besuchen, wie auch sie in ihr Leben getreten waren, uneingeladen und unangemeldet. Sie kam dabei jeweils direkt zur Sache und sagte noch an der Haustür, nachdem sie sich vorgestellt hatte, so etwas wie: ‚Ich möchte wissen, warum Sie mir das hier geschrieben haben‘, und hielt den Angesprochenen einen Ausdruck ihrer Kommentare unter die Nase. Diese reagierten verwirrt, überrascht oder beschwichtigend, einer war fast begeistert, weil er so viel Aufmerksamkeit von einer bekannten Politikerin bekam. Auch wenn einige der Konfrontierten tatsächlich versucht haben, Künasts Frage zu beantworten, ist nach meinem Eindruck doch in keinem Fall eine echte Verständigung zustande gekommen. Was die Politikerin als Rechtfertigung zu hören bekam, waren größtenteils Versatzstücke aus der rechten Verschwörungsecke. Es wurden Argumente gegeneinandergehalten, ohne dass tatsächlich zugehört wurde. Letztlich lief es bei jedem Gespräch auf die Frage hinaus, wer Recht hatte, und selbst das wurde nicht geklärt.

Mutig finde ich diesen Versuch auf jeden Fall deswegen, weil Künast sich aus der schützenden Zone des Bundestages und ihrer Fraktion herausgewagt und die Menschen einzeln, direkt, auf deren eigenem Terrain angesprochen hat. Sie hat sich damit als erreichbarer, verletzbarer Mensch gezeigt, dem andere nicht egal sind.

Für einen solchen Schritt zielführende und geeignete Strategien zu finden ist herausfordernd. Abhängig von der jeweiligen Situation, den jeweiligen Beteiligten und der eigenen Betroffenheit muss jede*r einen eignen Weg finden. Der Ansatz der Gewaltfreien Kommunikation kann für einen solchen Schritt hilfreiche Anregungen geben. Er birgt gerade für den Dialog und das Aufeinanderzugehen große Chancen. Denn Gewaltfreie Kommunikation kann dazu beitragen, mit jemandem, dessen Verhalten uns nicht zusagt, ein echtes Gespräch

zu führen und zu einer einvernehmlichen Verständigung zu kommen. Das Beispiel von Renate Künast wurde ausgewählt, nicht um Kritik anzubringen, sondern um anhand einer konkreten Situation die Potentiale der Gewaltfreien Kommunikation in Bezug auf konstruktive Kommunikationswege zu erläutern.

DAS PRINZIP AUGENHÖHE

Eine der wichtigsten Einsichten der Gewaltfreien Kommunikation ist die *Augenhöhe*. Die Leute direkt anzusprechen, war ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung. Augenhöhe ist jedoch eine komplexe Angelegenheit. Sie erfordert, das Gegenüber als gleichwertig, gleichberechtigt und gleichwürdig anzusehen. Gleichwürdigkeit kann beispielsweise durch einen transparenten Kommunikationsweg ausgedrückt werden. Dazu zählt, dass die Gesprächspartner*innen über einen Gesprächswunsch informiert und Überraschungen vermieden werden. Bestandteil dessen ist, dass auch klar kommuniziert wird, wer an dem Gespräch teilnehmen wird und in welchem Setting es stattfindet. Überraschungsstrategien können eine automatische Abwehrhaltung hervorrufen. Die eigene Würde wird als bedroht empfunden, da Gefahr gesehen wird, sich zu blamieren. Die Bereitschaft und die Fähigkeit, sich auf ein echtes Gespräch einzulassen, kann mit Transparenz und Augenhöhe größer sein.

Um wirkliche Augenhöhe zu ermöglichen, ist es sinnvoll, die Begegnung in Gegenseitigkeit anzubahnen. Dazu muss man sich selbst gut vorbereiten und folgende Fragen für sich beantworten: Was ist das Ziel der Begegnung? Was soll am Ende dabei herauskommen? Ist es, eine Einigung zu finden, eine Lösung, mit der beide einverstanden sind, oder zumindest eine Haltung des gegenseitigen Respekts? Oder ist das Ziel hingegen, das Gegenüber zu überzeugen, es zu widerlegen oder zu verdeutlichen, dass es im Unrecht ist und man selbst im Recht?

Eine direkte Konfrontation, mit dem Wunsch auf moralisches Fehlverhalten hinzuweisen oder auf Rechtfertigungen zu drängen, führt in der Regel zu einer Verhärtung der Fronten statt zu einer Aufweichung.

DAS PRINZIP: ERST VERBINDUNG, DANN LÖSUNG

Eine weitere wichtige Einsicht der Gewaltfreien Kommunikation ist das Prinzip: *Erst Verbindung, dann Lösung*. Der Psychologe Marshall Rosenberg, Begründer der Gewaltfreien Kommunikation, sagt dazu: „Bevor ein Mensch nicht die Empathie bekommt, die er braucht, besonders dann, wenn er Angst hat oder verletzt worden ist, ist er nicht bereit, sich in seinen Gegner einzufühlen.“²

Dieses Prinzip basiert auf der Erkenntnis, dass es sehr hilfreich ist, einander wirklich zu verstehen, bevor wir uns auf die Suche nach einer gemeinsamen Lösung oder Einigung machen. Ohne diese Verbindung ist es eher unwahrscheinlich, dass unser Gegenüber überhaupt an einer gemeinsamen Lösung interessiert ist – wenn wir diesen Menschen nicht verstehen oder er uns nicht, warum sollte er sich dann um eine Einigung bemühen?

Bevor wir uns daranmachen, die Bedürfnisse hinter dem Verhalten anderer zu verstehen, ist es allerdings sinnvoll, dass wir zunächst unsere eigenen Bedürfnisse erkennen und anerkennen, die durch den jeweiligen Auslöser oder Trigger angesprochen wurden. Es kann hilfreich sein, jedes einzelne Urteil, das wir über diesen Menschen in uns tragen, auf unsere darunterliegenden, nicht erfüllten Bedürfnisse abzuklopfen und die damit zusammenhängenden Gefühle zuzulassen. Im Beispiel von Renate Künast könnte das erste Urteil gewesen sein: ‚So ein Idiot!‘. Unter diesem Urteil lag vielleicht das Bedürfnis nach achtsamem, respektvollem Umgang sowie das nach seelischer und körperlicher Unversehrtheit. Die Verletzung und Enttäuschung darüber, dass jemand ihr so etwas schreibt und diese für sie wichtigen Bedürfnisse dadurch negiert werden, könnte jetzt Raum bekommen.

Wir entspannen uns, wenn wir Gefühle zulassen und Bedürfnisse anerkennen. Unser Anliegen wurde zumindest durch uns selbst schon mal gehört, vielleicht auch durch eine befreundete Person. Das ist wichtig, damit wir sie später ohne Vorwurf oder Schuldzuweisung artikulieren können. Erst wenn wir unsere Urteile über die andere Person loslassen, werden wir uns für sie öffnen und sie als gleichwürdigen Mensch wahrnehmen können, der genauso wie wir selbst Gefühle hat und sich für seine Bedürfnisse einsetzt – wenn auch auf eine

Weise, die für uns vielleicht schmerzhaft ist und im ersten Moment nicht verständlich erscheint.

DAS PRINZIP: BEDÜRFNISSE ANERKENNEN

Das Wissen um unsere *Bedürfnisse* steht zentral in der Haltung der Gewaltfreien Kommunikation. Sie wurden maßgeblich durch den amerikanischen Psychotherapeuten Carl Rogers in den 1950er bis 80er Jahren³ formuliert und stellen die Grundausrüstung dar, mit der wir Menschen durch das Leben navigieren. Sie zu erfüllen oder erfüllt zu bekommen, macht uns glücklich. Gelingt das nicht, werden wir unglücklich.

Marshall Rosenberg hat als Schüler und späterer Kollege von Carl Rogers dessen Humanistische Psychologie dahingehend weitergeführt, dass er ein Vier-Schritte-Modell für gelingende, authentische Kommunikation entwickelt hat, in dem die Bedürfnisse als der Angelpunkt gesehen werden. Die von Carl Rogers beschriebene Fähigkeit zur Empathie spielt dabei eine wichtige Rolle, um in Resonanz mit anderen gehen und sie so ‚mit dem Herzen‘ verstehen zu können. „Für mich geht es bei diesem wertvollen Geschenk um Präsenz, und das ist wirklich die Essenz der Gewaltfreien Kommunikation.“⁴

Bedürfnisse sind nach Rosenberg *universell*, das heißt, „alle Menschen haben dieselben Bedürfnisse“, es ist das, was uns als Menschen ausmacht. Sie sind *allgemein*, also unabhängig von Zeit und Raum, und auch unabhängig von bestimmten Personen. Rosenberg sieht alle Bedürfnisse grundsätzlich als *gleich wichtig* für unser Glück an und ordnet sie im Gegensatz etwa zu Abraham Maslow, der die Bedürfnispyramide entwickelt hat⁵, nicht hierarchisch, sondern bezieht sich auf den jeweiligen Augenblick. „In jedem Moment sind menschliche Bedürfnisse erfüllt bzw. unerfüllt.“⁶ In konkreten Situationen können einzelne Bedürfnisse wichtiger sein als andere. Bedürfnisse, die in einer Auseinandersetzung eine Rolle spielen können, sind zum Beispiel: Anerkennung, Würdigung, Verständnis, Rücksichtnahme, Selbstbestimmung, Zugehörigkeit.

Die Wege, auf denen wir uns unsere Bedürfnisse zu erfüllen suchen, werden in der Gewaltfreien Kommunikation *Strategien* genannt. Sie von den Bedürfnissen zu unterscheiden, ist deswegen hilfreich, weil andere sich leichter mit uns verbinden können, wenn wir uns auf unsere Bedürfnisse beziehen – denn sie sind ihnen ja auch selbst vertraut. Außerdem lässt uns diese Unterscheidung mehr innere Wahlfreiheit in Bezug auf unsere Reaktion. Wenn wir uns auf unsere Bedürfnisse beziehen, anstatt an einer bestimmten Strategie festzuhalten, sind wir flexibler bei unerwarteten Wendungen. Dass Renate Künast sich entschieden hatte, die Absender der Hassposts ausfindig zu machen und ihnen einen Überraschungsbesuch abzustatten, war eine mögliche Strategie. Kommunikationswege sind vielfältig, einen ‚Königsweg‘ gibt es nicht, dafür sind die jeweiligen Rahmenbedingungen und Ausgangslagen zu variabel.

DAS PRINZIP: GEFÜHLE ERNST NEHMEN

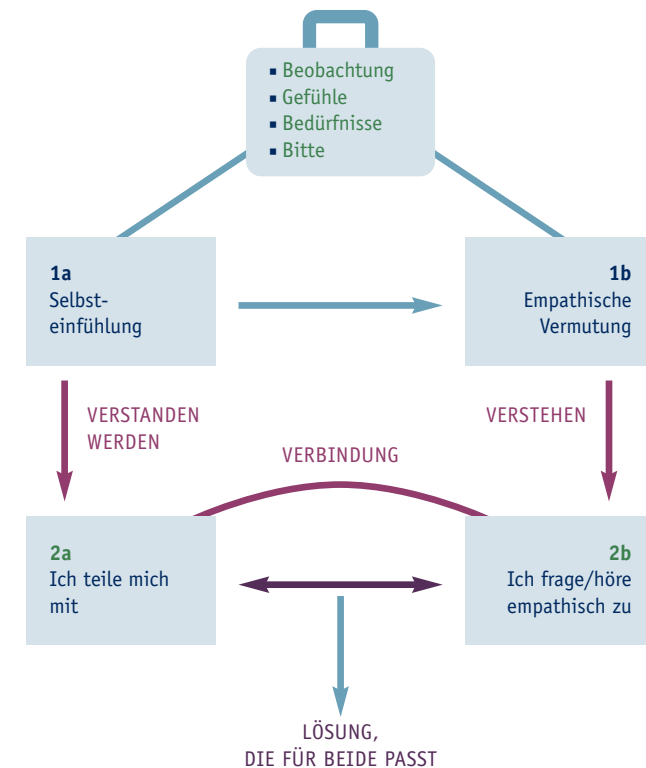
Den Zustand unserer Bedürfnisse erkennen wir an unseren Gefühlen: *unan-genehme* Gefühle deuten auf *unerfüllte* Bedürfnisse hin, *angenehme* Gefühle auf *erfüllte*. Die Kommentare dürften bei Renate Künast zunächst einen Schock ausgelöst haben, dann war sie wahrscheinlich verletzt, enttäuscht und verunsichert, vielleicht auch traurig, zuletzt vermutlich ärgerlich oder sogar wütend.

Formulierungen wie ‚ich fühlte mich nicht wertgeschätzt‘ oder ‚ich hatte das Gefühl, beleidigt zu werden‘, die im modernen Sprachgebrauch üblich geworden sind, bezeichnen tatsächlich nicht Gefühle, sondern sind Vorwürfe an das Gegenüber. Solche Aussagen werden in der Gewaltfreien Kommunikation als *Pseudo-Gefühle* bezeichnet, die es dem beschuldigten Menschen erschweren, mit unseren echten Gefühlen und Bedürfnissen in Resonanz zu gehen. Wenn uns so ein Satz auf der Zunge liegt, können wir uns selbst fragen: Wenn ich glaube, (zum Beispiel) beleidigt zu werden, wie fühle ich mich dann? (Vermutlich traurig oder verletzt.)

Es gilt also, die *echten*, ausgelösten Gefühle wahrzunehmen und anzuerkennen, sie sind uns ein wichtiger Hinweis auf das, was für uns auf dem Spiel steht. Besonders *Wut* ist ein reichhaltiges Gefühl: nach Rosenberg ist sie eine Mischung aus Urteilen, die wir über andere im Kopf haben und der Energie von Gefühlen und Bedürfnissen, zu denen wir in dem Moment keinen Zugang haben.⁷ Daher kommt auch die Einsicht, dass unsere Wut kostbar ist – allerdings nur für uns selbst. Sie kann uns nämlich viel über uns selbst verraten: über die darunterliegenden Gefühle und Bedürfnisse, die wir mit ihrer Hilfe spontan zu schützen versuchen (oder vor denen wir uns selbst zu schützen suchen, vor allem vor unserer Ratlosigkeit und Ohnmacht). Leider haben wir meistens nicht gelernt, unsere Wut als Aussage über uns selbst auszudrücken, sondern nutzen sie für einen Angriff auf das Gegenüber, so dass unsere Chancen auf eine friedliche Einigung erheblich vermindert werden. Es empfiehlt sich also, die eigene Wut intensiv zu ergründen, bevor wir das Gegenüber ansprechen, damit wir nicht im Affekt verletzende Dinge sagen, die wir später bereuen.

Der erste Impuls bei einem Trigger wie diesen Hass-Kommentaren wird vielleicht sein, in den Gegenangriff zu gehen oder das Gegenüber zu beschuldigen, unsere Bedürfnisse nicht berücksichtigt zu haben. Wenn wir diesem Impuls folgen, stellen wir uns selbst als ‚Opfer‘ dar und den anderen als ‚Täter‘ – und verfestigen damit das Feindbild, das wir über Menschen ‚wie diesen‘ haben. Die Wahrscheinlichkeit, dass wir das Gegenüber dann noch in seiner *Menschlichkeit* sehen und uns mit ihm nachhaltig einigen können, verringert sich drastisch. Mit dieser Haltung konfrontiert, würde zudem das Gegenüber es vermutlich als Unterwerfung oder Einknicken sehen, wenn es seine ‚Fehler‘ eingestehen würde. Dies kann keine nachhaltige Basis für eine Verständigung sein.

DAS BAUSTELLENMODELL



Das Baustellenmodell bietet einen Überblick über die verschiedenen Themen der Vorbereitungsebene (1) und der Begegnungsebene (2). (Quelle: Hamburger Institut für Gewaltfreie Kommunikation/Simran K. Wester (Hg.): Gemeinsam für persönlichen und sozialen Wandel Hamburg, 2008, S. 27).

Solange wir uns vorbereiten, sind wir noch nicht im Kontakt mit der Person, deren Verhalten für uns ein Auslöser war. Wir können uns allerdings an jemanden wenden, um Unterstützung bei dieser Arbeit zu bekommen. Erst auf der Begegnungsebene treten wir mit unseren Kontrahent*innen in Kontakt.

SELBST VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Andere für die Erfüllung unserer Bedürfnisse verantwortlich zu sehen, bringt uns zudem in eine Abhängigkeit von ihnen, die dann gewaltvolle Formen der Kommunikation zu rechtfertigen scheint: Forderungen, Druck, Drohungen und so weiter. Die Sichtweise der Gewaltfreien Kommunikation ist eine andere: „Jeder von uns [ist] verantwortlich für seine eigenen Gedanken, Gefühle, [Bedürfnisse] und Handlungen“⁸, auch wenn manche dafür über viel mehr Ressourcen verfügen als andere.

Das gilt übrigens auch für die Bedürfnisse, zu deren Erfüllung wir andere brauchen, wie zum Beispiel Unterstützung, Verbindung, Angenommensein – es liegt an uns, ihre Erfüllung anzugehen beziehungsweise zu ermöglichen. Erfahrungsgemäß ist dabei eine Einladung, eine Bitte an das Gegenüber erfolgversprechender, als zu fordern, anzuordnen oder sonst eine Maßnahme zu ergreifen, die das Gegenüber unter Druck setzt. Denn das ruft mit großer Wahrscheinlichkeit Widerstand und Trotz hervor, weil dadurch beim anderen das Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Respekt brüskiert wird. Noch weniger effektiv sind Kritik, Unterstellungen, Schuldzuweisungen, Drohungen, Strafen und Schmähungen ebenso wie Beschämung, Unterwerfung, Einschüchterung und Erpressung. Laut Rosenberg⁹ sind dies alles gewaltvolle Formen der Kommunikation, weil sie das Gegenüber versuchen zu zwingen, sein Verhalten zu ändern. Rosenberg nennt diese Vorgehensweisen „tragische Ausdrucksformen von unerfüllten Bedürfnissen“¹⁰, weil sie geradezu verhindern, dass unsere Bedürfnisse erfüllt werden oder uns das einen hohen Preis kostet, nämlich das vertrauensvolle, kooperative, friedliche Miteinander.

Wichtig zu wissen ist dabei auch, dass es keinen Sinn ergibt, ein Bedürfnis für ein anderes zu opfern, also zum Beispiel auf unsere Authentizität oder Selbstbestimmung zu verzichten, um angenommen oder in Ruhe gelassen zu werden – das führt mit Sicherheit nicht dazu, dass wir nachher zufriedener sind. Nur wenn wir alle unsere Bedürfnisse ernst nehmen und als souveränes Subjekt in einen Dialog gehen – und es während des Prozesses bleiben –, besteht die Chance, dass eine Lösung gefunden werden kann, mit der alle Beteiligten zufrieden sind.

FEINDBILDER AUFLÖSEN

Äußerungen wie die, mit denen Frau Künast sich konfrontiert sah, würden wahrscheinlich bei vielen Menschen bereits bestehende Feindbilder verstärken, zum Beispiel *Wutbürger*, *Machos*, *Nazis* und so weiter. Normalerweise lösen sich unsere Urteile auf, wenn wir unsere Aufmerksamkeit auf unsere Bedürfnisse richten und uns für sie einsetzen, in diesem Fall zum Beispiel für Respekt, Rücksichtnahme oder Gerechtigkeit. Manchmal geschieht dies allerdings nicht und diese Bilder beherrschen weiter unser Denken.

Empathisch auf das Gegenüber zu schauen ist dann besonders schwer, wenn wir sehr verletzt oder enttäuscht sind, und es kann Jahre dauern, bevor wir in der Lage sind, uns dem Schmerz zu stellen. Es ist wichtig, die eigene Verletztheit vollständig anzuerkennen, bevor wir dem Gegenüber verzeihen, sonst können die Feindbilder sich noch tiefer verankern und dann bei einer anderen Gelegenheit wieder auf den Plan treten. Bis wir in der Lage sind, dem als feindlich empfundenen Gegenüber auf Augenhöhe zu begegnen, kann es daher zum eigenen Schutz notwendig und sinnvoll sein, auf Abstand zu bleiben oder wo möglich, Unterstützung von solidarisch mit uns Verbündeten zu suchen.

Eine andere Frage ist hier auch relevant: Was bringt es uns (welche Bedürfnisse erfüllen wir uns damit), wenn wir andere in solch eine Kategorie zwängen?

Erst, wenn wir bei uns selbst diese in tieferen Schichten verborgenen Bedürfnisse in den Blick nehmen und würdigen, können wir die Feindbilder loslassen. Sie waren nur eine Strategie, um die verborgenen Bedürfnisse zu erfüllen. Wenn es uns also zum Beispiel schwerfällt, jemanden nicht als Nazi einzustufen, kann es sein, dass es uns insgeheim darum geht, unsere Zugehörigkeit zu den Menschen zu schützen oder zu stärken, die sich einem Engagement für Demokratie und somit gegen Nazis verschrieben haben. Diese Zugehörigkeit können wir auch anders sichern als dadurch, dass wir dem Gegenüber den Stempel *Nazi* aufdrücken.

AUS DEM MANGEL IN DIE FÜLLE

Bei dieser Vorbereitungsarbeit mit unseren eigenen Gefühlen und Bedürfnissen – im Kontext der Gewaltfreien Kommunikation wird das *Selbst-Einfühlung* genannt – ist das wesentliche Ziel, die ganze Tiefe unserer Gefühle zuzulassen, um letztlich zu spüren, wie kostbar uns die damit verbundenen Bedürfnisse sind. Dabei können durchaus Tränen fließen und auch alte Verletzungen, die noch nicht integriert wurden, wieder in Erinnerung kommen. Es kann erleichternd wirken, diese schmerzhaften Gefühle einmal wirklich zuzulassen, am besten mit Unterstützung eines befreundeten Menschen, der uns hält und uns vorbehaltlos empathisch zuhört. Wenn wir die dazugehörigen Bedürfnisse dann voll und ganz in den Blick bekommen und als wichtige Qualitäten in unserem Leben anerkennen, können wir spüren, wie sehr wir uns ihre Erfüllung wünschen, weil sie uns glücklicher machen würde. Dann fangen wir an, uns innerlich aufzurichten, uns mit der Tragweite ihrer Erfüllung zu verbinden und schließlich Verantwortung dafür zu übernehmen, dass wir diese bekommen.

An diesem Punkt sind wir nicht mehr im Mangel-Denken, sondern können aus einem Gefühl der Fülle heraus unseren offenen Blick auf das Gegenüber richten.

VERZWEIFLUNGSARBEIT

Die Vorbereitung zu solchen schwierigen Begegnungen hat die Autorin Joanna Macy *Verzweiflungsarbeit* genannt.¹¹ Sie besteht darin, einerseits, wie oben beschrieben, die eigenen Gefühle und Bedürfnisse, die durch den Trigger wachgerufen wurden, in einem geschützten Rahmen vollständig auszudrücken und anzuerkennen. Andererseits, uns den Gefühlen und Bedürfnissen des Absenders zu öffnen, der uns getriggert hat, um ihn nicht als Monster, sondern in seiner *Menschlichkeit* sehen zu können. Ohne den ersten Teil wird uns allerdings dieser zweite nicht gelingen, denn solange wir Urteile oder Feindbilder über den anderen in uns tragen, bleibt unser Herz verschlossen.

Der dritte Teil der Verzweiflungsarbeit ist dann nach Macy das Rollenspiel, bei dem wir versuchen, jemandem empathisch zu begegnen, der oder die uns wie die Person anspricht, welche den Trigger ausgelöst hat.

DIE SPHÄRE DES GEGENÜBERS: EMPATHISCHE VERMUTUNG

Nachdem wir uns ausgiebig der Selbst-Einfühlung zugewandt haben, richten wir jetzt unsere Aufmerksamkeit auf das Gegenüber – allerdings noch nicht im echten Kontakt, sondern erst einmal in Gedanken. Wir versetzen uns in diesen Menschen hinein und versuchen zu verstehen und zu erraten, was in ihm vor sich gegangen sein könnte, als er sich für uns herausfordernd verhalten hat, und wie es ihm vermutlich jetzt geht. Auch hier ist es sehr hilfreich, sich an das von Rosenberg vorgeschlagene Modell der vier Schritte oder Aspekte zu halten: die Beobachtung, die Gefühle, die Bedürfnisse und die Bitte, die wir hinter jeder noch so seltsamen Aussage heraushören können.

Was haben also diejenigen, die Hasskommentare an die Politikerin Renate Künast geschickt haben, möglicherweise beobachtet, was war für sie Auslöser der Reaktion? Vielleicht genügte, dass sie für einige Menschen als Feindbild-Projektionsfläche in den Medien auftauchte.

Eine entlastende Strategie für Betroffene kann es sein, die getätigten Aussagen nicht persönlich zu nehmen. Auch dieser Schritt ist herausfordernd und vielleicht nicht immer möglich. Jedoch sagen die Hasskommentare nichts über einen selbst aus aber einiges über die Absender. Sie sind nach Rosenberg ein *tragischer Ausdruck ihrer unerfüllten Bedürfnisse*. Um wirklich verstehen und mitfühlen zu können, was in jemandem vorgeht, der sich so ganz anders als wir und für uns befremdlich oder sogar verletzend verhält, können wir uns fragen: Wenn wir uns so verhalten würden, wie dieser Mensch, wenn wir zum Beispiel so einen Text verfasst hätten, so voller Beleidigungen und Beschimpfungen – was müsste in uns los sein? Was müssten wir erlebt haben, um uns so hasserfüllt zu äußern? Wie würden wir uns fühlen und was wäre unsere tiefste Sehnsucht?

DER HASS ALS AUSDRUCK NICHT BEFRIEDIGTER BEDÜRFNISSE

Was all diesen Kommentaren gemein ist, sind die Wut und der Hass, die ihn ihnen zum Ausdruck kommen. Wie weiter oben beschrieben, verbergen sich andere Gefühle unter der Wut, die mit nicht geäußerten Gefühlen und Bedürfnissen zusammenhängen. Erfahrungsgemäß handelt es sich um Angst oder eine Form davon, wie Unsicherheit, Ohnmacht oder Hilflosigkeit, die schwerer auszuhalten sind als Wut oder Hass. Außerdem weitere Gefühle wie Enttäuschung, Traurigkeit, Frustration oder Einsamkeit.

Wer sich in seiner Kindheit nicht-liebenden Eltern unterwerfen und dafür in sich alle Bedürfnisse nach Angenommensein, Zuwendung, Verständnis, Nähe, liebevolle Fürsorge und so weiter unterdrücken und verachten lernen musste, wird als erwachsener Mensch eher diejenigen hassen und als Feinde sehen, die in diesem Sinne bedürftig erscheinen oder die sich und anderen diese Bedürfnisse zu erfüllen versuchen, sagt der Schriftsteller und Psychologe Arno Grün. Diesen Hass in sich aufzulösen wird nach Grün nur denjenigen gelingen, die sich ihrem tiefen, verdrängten Schmerz stellen und ihn zulassen – was für manche so beängstigend sein dürfte, dass die Betroffenen lieber den Hass auf das andere, das Fremde, das im Grunde Menschliche festhalten und es bekämpfen. In diesem Fall wird es vermutlich aussichtslos sein, ein Gespräch auf Augenhöhe zu führen – diese Menschen brauchen vor allem therapeutische Hilfe, um die traumatische Verformung in sich auflösen zu können.

Natürlich sind nicht alle Menschen, die sich menschenverachtend äußern, auf die beschriebene Weise traumatisiert. Das Wissen um diese mögliche Traumatisierung bei hasserfüllten Menschen, lässt es uns jedoch leichter akzeptieren, wenn jemand sich nicht auf ein Gespräch einlassen will, bei dem man sich annähern könnte.

IN RESONANZ GEHEN

Wir versetzen uns also in den anderen Menschen hinein und ‚gehen eine Meile in seinen Schuhen‘. Unsere Empathiefähigkeit ist jetzt gefragt. Wir leihen ihm

unser Herz, um zu fühlen, was er fühlt und um in Verbindung mit den Bedürfnissen zu kommen, die in ihm wach sind. Sobald uns dies gelingt, bemerken wir vielleicht eine Erleichterung in uns, vielleicht ein Aufatmen. Plötzlich können wir sagen: Jetzt verstehe ich, was in diesem Menschen vermutlich los ist, worum es ihm wahrscheinlich geht. Wir sind in *Resonanz* gegangen – diese Gefühle und Bedürfnisse kennen wir ja schließlich auch – und können den anderen nun in seiner ganzen Menschlichkeit erkennen. Erst jetzt wird echte Augenhöhe in der Begegnung möglich sein.

Dabei ist wichtig zu beachten, dass Bedürfnisse bei jemand anderem zu *erkennen* und *anzuerkennen* nicht bedeutet, sie *erfüllen* zu müssen. Dafür ist der*die andere selbst verantwortlich. Wir können dazu beitragen, wenn wir das wollen, sind jedoch nicht verpflichtet. Die Gefühle und Bedürfnisse der anderen Person im Blick zu behalten, hilft uns jedoch, empathisch bleiben zu können und nicht in einen Verteidigungs- oder Rechtfertigungsmodus zu verfallen, wenn wir im Gespräch angegriffen werden.

Ob eine Offenheit besteht, ins Gespräch zu kommen und sich versöhnlich zu einigen, lässt sich nur feststellen, wenn wir den ersten Schritt gehen und Menschen zu so einem Gespräch einladen.

DIE BITTE ALS EINE EINLADUNG

Wir begeben uns jetzt auf die tatsächliche *Begegnungsebene*, in der wir das Gegenüber ansprechen. Im Grunde geht es dabei darum, diesen Menschen zu bitten, zu unserem Bedürfnis beizutragen, ihn *zu verstehen* und von ihm *verstanden zu werden*, und dadurch zu unserem Bedürfnis nach einem friedlichen Miteinander. Wir nähern uns unserem Gegenüber dabei mit genau dem Respekt, den wir selbst erfahren möchten.

Die Voraussetzung ist, dass wir wirklich bereit sind, die ‚Waffen‘ niederzulegen, das heißt unsere Vorbehalte, Kritik, Anschuldigungen, Feindbilder und (Totschlag-)Argumente. Diese Bereitschaft, uns unserem Gegenüber ohne ‚Waffen‘ zu nähern, und es zu einem Gespräch einzuladen, bei dem es nicht befürchten

muss, am Ende als Verlierer dazustehen, erfordert, innerlich abgeklärt und frei von Erwartungen zu sein. Unsere Wut sollte zu diesem Zeitpunkt durch die Empathie-Arbeit (siehe Grafik oben Baustelle 1a und 1b) verschwunden sein, denn sie würde uns nur im Weg stehen. Spüren wir erneut Ärger, kann eine Auszeit im Gespräch helfen, in der wir durch Selbst-Einfühlung klären, was triggernd war, welche Gefühle ausgelöst und welche Bedürfnisse alarmiert wurden – und vielleicht auch, welche Bitte wir dazu an das Gegenüber haben.

Die Einladung wird sich in ihrer Wortwahl und Form an die jeweilige Situation anpassen – wichtig ist nur, dass es eine wirkliche Bitte und keine Forderung ist. Dabei ist das Wörtchen *bitte* nicht erforderlich – im Gegenteil, es kann dazu dienen, eine Forderung zu verschleiern. Eine Bitte ist dadurch gekennzeichnet, dass sie dem anderen Menschen die Freiheit lässt, darauf einzugehen oder nicht. Ein Nein muss dabei nicht das Ende unseres Gesprächsanliegens sein – wir können immer fragen, was es unserem Gegenüber erleichtern würde, sich auf unseren Wunsch einzulassen. Drei Bitten beziehungsweise Fragen haben sich bewährt, um zu einem solchen Gespräch einzuladen:

- 1 Gibt es eine grundsätzliche Bereitschaft zu einem Gespräch und welcher Zeitpunkt könnte passen?
- 2 Ist die Person bereit, über das Thema XY zu sprechen, mit dem Ziel, eine für beide Seiten zufriedenstellende Verständigung zu finden?
- 3 Ist die Person bereit, in diesem Gespräch so vorzugehen, dass beide Seiten mit ihren Anliegen vollständig gehört werden?

VERSTEHEN UND VERSTANDEN WERDEN

Wenn die eingeladene Person diesen drei Bitten zustimmt, kann es losgehen. Ein Termin wird vereinbart, das Ziel des Gesprächs noch einmal bekräftigt, und dann entschieden, wer beginnt. Normalerweise empfiehlt es sich, dem oder der Eingeladenen den Vortritt zu lassen und erst einmal zuzuhören oder nach dem Befinden in Bezug auf das Thema zu fragen (Baustelle 2b). Es kann aber auch

sein, dass unser Gegenüber erst einmal zuhören möchte und wir selbst mitteilen können, was in uns vorgeht in Bezug auf das Thema (Baustelle 2a)

Während wir zuhören, kann es sehr hilfreich sein, insbesondere für uns aufschlussreiche Mitteilungen noch einmal zusammenzufassen, um uns zu vergewissern, dass wir sie richtig verstanden haben. Dabei kann sich natürlich herausstellen, dass die Bedürfnislage beim Gegenüber anders ist, als wir vermutet hatten – dass macht aber nichts, solange wir im Blick behalten, dass es uns ja um das *Verstehen* geht.

Wenn unser Gegenüber vom Thema abweicht und zum Beispiel irgendwelche Argumente oder Vorwürfe anbringt, können wir das Gespräch – respektvoll – unterbrechen und entweder daran erinnern, zum vereinbarten Thema zurückzukehren. Wir können aber auch direkt fragen: Ich möchte gerne verstehen, was in Ihnen los war, als Sie das gesagt/geschrieben/getan haben, und worum es Ihnen dabei ging? Oder vielleicht noch besser, die eigene Vermutung als Frage anbieten: Kann es sein, dass Sie damals, als Sie das gesagt/geschrieben/getan haben, (zum Beispiel) aufgewühlt und irritiert waren, weil Ihnen (zum Beispiel) Solidarität mit den Opfern wichtig war?

Erfahrungsgemäß ist eine Frage, die mit *warum* beginnt, nicht gut geeignet, mehr über die Bedürfnisse des anderen zu erfahren. Sie wird leicht als Herausforderung verstanden und zieht dann eine Rechtfertigung nach sich.

Wie auch immer die Antwort ausfällt, wenn wir in einer empathischen Haltung bleiben, können wir unsere Aufmerksamkeit auf die dahinterliegenden Bedürfnisse richten und uns immer wieder mal vergewissern, dass wir sie richtig verstehen. Irgendwann wird das Gegenüber den Eindruck gewinnen, wirklich verstanden worden zu sein. Dann können wir uns für die Bereitschaft bedanken und die andere Person fragen, ob sie Interesse hat zu wissen, wie es uns mit dem Gehörten geht.

Wenn wir – aus dem Bedürfnis heraus, *verstanden zu werden* – über uns sprechen wollen, empfiehlt es sich, auch hier mit einer Frage zu beginnen, wie zum Beispiel: Möchten Sie jetzt hören, was Ihre Aussage/Ihr Verhalten damals

bei mir ausgelöst hat? Und dann berichten wir von unseren Gefühlen und Bedürfnissen (am besten, ohne die Begriffe *Gefühle* und *Bedürfnisse* zu verwenden) – und achten darauf, dass wir darin keinen Vorwurf verstecken, wie er zum Beispiel in Pseudo-Gefühlen enthalten ist (siehe weiter oben). Ebenso wie vorher bei wichtigen Aussagen unseres Gegenübers, können wir jetzt bei Punkten, die uns besonders wichtig sind, unser Gegenüber bitten, uns mitzuteilen, was bei ihm angekommen ist. Wir vergewissern uns damit, dass wir uns verständlich ausdrücken.

Zuletzt fragen wir unser Gegenüber (wenn es das nicht schon von sich aus mitgeteilt hat), wie es ihm mit dem Gehörten geht und ob es etwas damit anfangen kann.

So kann es noch ein paar Mal hin- und hergehen, bis beide Seiten zufrieden sind und das Einverständnis besiegelt werden kann. Wenn dann noch Probleme offen sind, wird es leicht sein, eine Lösung zu finden, mit der beide einverstanden sind.

Dies ist natürlich ein idealer Verlauf eines Konfliktlösungsgesprächs und wird in der Praxis so vermutlich nur selten stattfinden. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass eine feste Verankerung der empathischen Haltung die Wahrscheinlichkeit enorm erhöht, dass beide Parteien sich tatsächlich verständigen und bereichert aus diesem Gespräch hervorgehen.

¹ Stuff, Britta: Die Heimsuchung, in: Der Spiegel 44/2016, S. 24-29.

² Rosenberg, Marshall B./Seils, Gabriele: Konflikte lösen durch Gewaltfreie Kommunikation, Freiburg 2012, S. 69.

³ Rogers, Carl: Entwicklung der Persönlichkeit. Psychotherapie aus der Sicht eines Therapeuten, 13. Auflage, Stuttgart 2000, und Rogers, Carl: Der neue Mensch, 5. Auflage, Stuttgart 1993.

⁴ Rosenberg, Seils, Konflikte lösen, 2012, S. 43.

⁵ Maslow, Abraham H.: Psychologie des Seins, München 1973, S. 10.

⁶ Baumgartner, Sybille/O'Connor, Katharina/Thalheim, Simone: Theorie und Methode der Gewaltfreien Kommunikation, in: Geiger, Sabine/Baumgartner, Sibylle (Hg.): Empathie als Schlüssel. Gewaltfreie Kommunikation in psychologischen Berufen, Weinheim 2015, S. 15-69, hier S. 69.

⁷ Rosenberg, Marshall B.: Gewaltfreie Kommunikation. Eine Sprache des Lebens, Paderborn 2016, S. 140.

⁸ Rosenberg, Sprache des Lebens, 2016, S. 32.

⁹ Rosenberg, Marshall B.: Gewaltfreie Kommunikation und Macht, in: Institutionen, Gesellschaft und Familie, Paderborn 2017, S. 20-23.

¹⁰ Rosenberg, Die Sprache des Friedens, 2006, S. 80.

¹¹ Macy, Joanna/Young Brown, Molly: Die Reise ins lebendige Leben. Strategien zum Aufbau einer zukunftsfähigen Welt, Paderborn 2003.

AMBIGUITÄTSTOLERANZ ALS AUSGANGSPUNKT FÜR DIE PRAXIS DER POLITISCHEN BILDUNG

LARISSA BOTHE

In der Praxis der außerschulischen politischen Bildung ist es durchaus üblich, dass sich Teilnehmende in Workshops mit Fragestellungen beschäftigen müssen, für die es keine eindeutigen und perspektivunabhängigen Antworten gibt.

Solcherlei Arbeitsaufträge werden oft mit einem ermutigenden *macht einfach, traut euch*, oder *es gibt kein Richtig und kein Falsch* eingeführt. Dieses Vorgehen verlangt den Teilnehmenden jedoch häufig ein erhebliches Umdenken ab, besonders wenn es im Rahmen der formalen Bildung umgesetzt wird. Schüler*innen sind es gewohnt, dass die gesammelten Ergebnisse am Ende ausgewertet und bewertet werden. Doch auch Multiplikator*innen drängen regelrecht auf eine ‚richtige Antwort‘. Diese Erwartungshaltung steht aber im Widerspruch dazu, dass es nun einmal Sachverhalte gibt, die eine einfache Antwort nicht zulassen, wie das Recht auf Meinungsfreiheit und das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit, in denen sich einzelne Grundrechte gegenüberstehen können. Um mit den entsprechenden Widersprüchen umgehen zu können, ist es wichtig, sie zu erkennen aber auch sie auszuhalten.

Gerade in leistungsorientierten Gesellschaften ist in Schule, Ausbildung, Arbeitsleben, vielleicht auch in der Erziehung der Rahmen, in dem etwas als ‚richtig oder falsch‘ bewertet wird, meist klar gesteckt. Dieser Rahmen bildet eine Sozialisationsgrundlage. Dass beispielsweise im Kontext Schule ein Bewertungsrahmen wichtig ist, um Benotungen vorzunehmen, ist nachvollziehbar. Im gesellschaftlichen Miteinander ist er jedoch nicht immer passend. Denn im Zusammenleben der pluralistischen Gesellschaft treffen viele verschiedene Perspektiven und Positionen aufeinander, die nicht in richtig vs. falsch einteilbar sind oder eingeteilt werden sollten. Im Gegenteil ist es gerade deren Koexistenz, die einen wichtigen Bestandteil im demokratischen Miteinander bildet. Koexistenz jedoch kann nicht bedeuten, dass die eigenen Positionen und Perspektiven starr sind. Die gesellschaftliche Herausforderung besteht darin, in den Austausch zu gehen, andere Positionen zu hören und die eigenen Perspektiven zu hinterfragen sowie sich vom Denkmuster Richtig-Falsch zu lösen.

Damit dies gelingt, bedarf es zweier Fähigkeiten. Neben der Dissenstoleranz¹, das heißt anzuerkennen, dass Streit und Konflikte Bestandteil des Zusammen-

lebens sind, braucht man auch die Kompetenz, anzuerkennen, dass es nicht immer nur eine Wahrheit geben kann. Durch die pluralen Perspektiven in unserer Gesellschaft wird es fortwährend verschiedene Wahrheiten geben. Die Fähigkeit, andere Meinungen und Sichtweisen zu akzeptieren, aber auch Widersprüche in Situationen und Handlungsweisen auszuhalten, nennt man Ambiguitätstoleranz.² Sie bildet eine wesentliche Grundlage, um konstruktive Kommunikation in der Demokratie zu ermöglichen. Daher stellen sich für die Praxis der politischen Bildung Fragen, etwa ‚Wie kann man Ambiguitätstoleranz erlernen?‘ und ‚Welchen Beitrag kann die politische Bildung leisten?‘ und ‚Gibt es bereits Ansätze, die sich bewährt haben?‘

DAS MODELL DER AMBIGUITÄTSTOLERANZ

Nach der Psychologin Else Frenkel-Brunswik existieren grundsätzlich zwei Wege, um auf Widersprüchlichkeit (zum Beispiel in Handlungsweisen oder Situationen) zu reagieren: entweder mit Ambiguitätsintoleranz oder mit Ambiguitätstoleranz.³ Frenkel-Brunswik bezeichnet mit der Ambiguitätstoleranz einerseits die Persönlichkeitseigenschaft, die dazu dient, widersprüchliche Gefühle gegenüber einer Person oder einem Objekt abzuwehren.⁴ Ambiguitätstoleranz beschreibt hingegen die messbare Fähigkeit eines Individuums, die Koexistenz von positiven und negativen Eigenschaften in ein und demselben Objekt erkennen zu können.

Für viele Menschen ist Ambiguität schwer mit den eigenen Bedürfnissen nach Sicherheit, Ordnung und Klarheit zu vereinbaren. Zu berücksichtigen ist auch, dass Eindeutigkeit für viele Menschen psychisch sehr entlastend wirken kann und somit durchaus auch als Schutzmechanismus dient.

Dementsprechend produziert Ambiguitätsintoleranz einfache Zuschreibungen, häufig auch in klassischen Gut-Böse-Schemata. Dies geht einher mit dem Bedürfnis nach Kategorisierung. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass Ungewissheit und Mehrdeutigkeit in erster Linie als Verunsicherung oder häufig auch als Bedrohung empfunden werden und sich in Angst, Verleugnung oder

Eine ambiguitätsintolerante Haltung macht es schwierig, sich in einer pluralistischen Gesellschaft zurecht zu finden.⁵

Setzt man sich mit Diskriminierungs- und Vorurteilsmechanismen auseinander, wird zudem deutlich, dass die Ambiguitätsintoleranz dazu beiträgt, diese Mechanismen aufrechtzuerhalten. Wenn man nicht ertragen kann, dass Mitmenschen anders ist, so liegt das auch an einer fehlenden Ambiguitätstoleranz und je intoleranter man ist, desto stärker wird man menschenfeindliche Einstellungen vertreten.⁶

Populismus in all seinen Facetten ist eine „geniale Strategie“⁷, um sich nicht mit Mehrdeutigkeit auseinanderzusetzen. Dementsprechend fallen populistische Einstellungen und Ideologien auf fruchtbaren Boden bei ambiguitätsintoleranten Menschen. Auch dort, wo Menschen besonders empfänglich sind für verschwörungsideologische Welterklärungen werden Korrelationen beobachtet. So stellt der Amerikanist Michael Butter, Leiter eines EU-Forschungsprojekts zur Analyse von Verschwörungstheorien, fest: „Verschwörungstheorien sprechen insbesondere diejenigen Menschen an, die schlecht mit Unsicherheit und Ambivalenz umgehen können.“⁸ Nach Thomas Bauer gibt es zwei Kategorien der Ambiguitätsverweigerung, also zwei Wege, sich möglichst nicht mit Widersprüchlichkeiten auseinandersetzen zu müssen und ihnen so aus dem Weg zugehen. Diese beiden Kategorien werden auch als Pole bezeichnet. Dem ich-bezogenen und autoritären Pol der Eindeutigkeit steht der Pol der Bedeutungslosigkeit gegenüber. Der Pol der Eindeutigkeit wird in der Theorie häufig in Kombination mit einer allumfassenden Welterklärung verknüpft. Allerdings bedarf es, um der Ambiguität zu entgehen, nicht unbedingt der Loyalität zu einer erklärungsstiftenden ‚Führerfigur‘ – also jemanden, die oder der das Denken für einen übernimmt und einem vorgibt, was richtig und falsch ist. Eine Strategie, sich der ichbezogenen Ambiguitätsintoleranz zu bedienen, ist auch, einfach niemandem mehr Vertrauen zu schenken und generell Autoritäten abzulehnen. Somit gilt nur die eigene Wahrheit, was sich bis zum Wahrheitswahn steigern kann.⁹ Die Vermutung, dass die Ambiguitätstoleranz eines Menschen mit seinem Hang zum stereotypen Denken und damit der Wahrscheinlichkeit zusammenhängt, andere zu diskriminieren, lag schon nahe,

als das Konstrukt entwickelt wurde. Weitere wichtige Einflussfaktoren auf die Ambiguitätstoleranz beleuchten Studien zum Lernverhalten von Studierenden, unter anderem vom Psychologen Georg Lind.¹⁰ Er kommt zu dem Ergebnis, dass Abiturient*innen und Studienanfänger*innen oft sehr ambiguitätstolerant sind und es eine Korrelation zwischen der Studienfachwahl und der gemessenen Ambiguitätstoleranz vorhanden ist.

Lind zeigt jedoch auch auf, dass die schulische Leistung an sich keinen Einfluss auf den Umgang mit Ambiguität hat, da sich kein Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Abiturnote und der messbaren Toleranz offenbart.¹¹ Deutlich wird jedoch, dass eine Abhängigkeit zwischen chronischen Überforderungen (beispielsweise durch Krankheit, Langzeitarbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse) und einer erhöhten Ambiguitätsintoleranz festzustellen ist.¹² Somit ist Bildung – in Bezug auf messbare Leistungen – weniger einflussreich. Vielmehr sind es die Lebensumstände, die darüber bestimmen, wer besser mit Widersprüchlichkeiten umgehen kann. Lind zufolge ist es deshalb wichtig, die Sozialkompetenz zu fördern, das heißt insbesondere Kritikfähigkeit, Einfühlungsvermögen, Kontaktfreudigkeit und Aufgeschlossenheit.¹³

Nach Ansicht der Psychologin Oriel Feldmann-Hall sind Menschen, die eher bereit sind, Ambiguität zu tolerieren, im Umkehrschluss auch eher bereit, anderen ihr Vertrauen zu schenken und kooperativ zu sein.¹⁴ Sie können in schwierigen moralischen Situationen ihre Integrität und Identität bewahren und soziale oder auch politische Konflikte auf eine konstruktive und gewaltfreie Weise lösen.¹⁵

Ambiguitätstoleranz ist, so Bauer, eine zentrale Fähigkeit im Bereich der Demokratiekompetenz und bildet eine wichtige Grundlage für einen auf demokratischen Werten basierenden Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt. Der Politikwissenschaftler Adam Przeworski geht noch weiter, indem er sagt, dass „demokratisches Handeln immer ein Handeln unter dem Zwang des Nichtwissens“¹⁶ sei und dass das demokratische System im Grunde die Institutionalisierung von Ungewissheit ist, da es insgesamt auf Ambiguität aufbaue. Sichtbar wird dies beispielsweise anhand der unterschiedlichen Positionen, wie sie

in der Politik bzw. im öffentlichen Auftreten von Politiker*innen aufscheinen, oder auch in der Ungewissheit, wie möglicherweise das nächste Wahlergebnis aussehen wird. Doch was bedeutet das nun für die politische Bildung?

Ziel der politischen Bildung ist, den Menschen in unserer Gesellschaft zu ermöglichen, sich in der Demokratie zurechtzufinden und sie dazu zu befähigen, Antworten auf generelle Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu finden. Was sie hingegen nicht leistet, ist die Vermittlung von „einem klar konstituierten und durch andere bereits richtig und vollständig verstandenen Gegenstand.“¹⁷ Insofern bildet die Förderung der Ambiguitätstoleranz eine wesentliche Leitaufgabe der politischen Bildung. Sie ist für die Bewältigung verschiedenster sozialer, politischer aber auch moralischer Probleme und Herausforderungen maßgeblich.

FÖRDERUNG VON AMBIGUITÄTSTOLERANZ

Konkret können zwei Stufen unterschieden werden, in denen die Fähigkeit zu Ambiguitätstoleranz gestärkt und weiterentwickelt wird. Die erste Stufe beinhaltet, Widersprüchlichkeiten und Unterschiede wahrzunehmen. Die zweite konzentriert sich auf den Umgang mit den jeweiligen Ambivalenzen. Beide Stufen bauen aufeinander auf. Zunächst geht es darum, sich selbst zu reflektieren und sich Vieldeutigkeit und Widerspruch bewusst zu werden. Ausgehend von der Beschäftigung mit dem Selbst werden im zweiten Schritt die eigenen Sichtweisen, Interpretationen und Auslegungen eruiert. Zu beachten ist hierbei, dass nicht für jeden einzelnen Menschen eine bestimmte Situation zu jedem Zeitpunkt gleich ambivalent ist und jede*r Einzelne in ähnlichen Situationen Widersprüchlichkeit unterschiedlich für sich bewertet. Im Grunde gilt auch hier das Prinzip, dass die Wahrnehmung der Situationen im Ermessen der einzelnen Individuen liegt.

In der interkulturellen, antirassistischen oder auch diversitätsorientierten Bildungsarbeit ist der Ansatz der Selbstreflexion bereits seit vielen Jahren ein wirksamer Zugang zu den jeweiligen Themenfeldern. Er ist zudem meist stark

an das erfahrungsorientierte Lernen geknüpft. Beispielsweise werden anhand der Auseinandersetzung mit der eigenen Identität und der Reflexion der eigenen Zugehörigkeit zielorientiert Kategorisierungen dekonstruiert und es wird dazu motiviert, sich mit pluralen Identitäten zu beschäftigen. Diese Ansätze der Selbstreflexion und Dekonstruktion bieten auch erhebliches Potential, um Ambiguitätstoleranz zu fördern, da so die wahrgenommenen Widersprüchlichkeiten direkt mit der eigenen Person und Biografie verknüpft werden. Beispielsweise kann festgestellt werden, dass man sich ganz klar als Europäerin versteht, wodurch das Selbstverständnis als BerlinerIn jedoch in keiner Weise geschmälert wird.

Wenn Teilnehmende an Bildungsangeboten in der Auseinandersetzung mit sich selbst feststellen, dass ein Schwarz-Weiß-Denken nicht möglich ist oder sie sich nicht in klare Kategorien einordnen können, weil damit bestimmte Aspekte ihrer eigenen Identität außen vor gelassen werden müssten, kann dies dazu beitragen, das realitätsferne Konstrukt der Eindeutigkeit zu hinterfragen.

Ein wesentlicher Punkt im Zusammenhang mit Ambiguität ist auch, neue, andere und unterschiedliche Perspektiven aufzuzeigen und zugänglich zu machen. Diese gelten als wertvoll anzuerkennen. Hierfür sind in der Antidiskriminierungsarbeit und angrenzenden Disziplinen bereits erprobte und geeignete Ansätze zu finden. Da Ambiguitätsintoleranz stark mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit korrelieren kann, ist es zudem wichtig, die beiden Themenfelder gezielt zu verknüpfen.

Auch in anderen Bereichen der politischen Bildung, beispielsweise in der historisch-politischen Arbeit, finden sich Ansätze, die mit dem Stärken von Ambiguitätstoleranz bewusst verknüpft werden können. Insbesondere die Beschäftigung mit Biografien soll an dieser Stelle erwähnt werden. Dabei finden sich in der Regel einige ambivalente Handlungen. Indem man sie sich bewusst macht wird deutlich, dass Mehrdeutigkeiten, Widersprüchlichkeiten oder auch Ungereimtheiten alltäglich sind. Verknüpft man die biografische Arbeit mit einem biografischen Lernen im Sinne einer Auseinandersetzung mit der eigenen (Familien-)Geschichte, können scheinbare Eindeutigkeiten dekonstruiert werden.

Im pädagogischen Kontext gilt es, Ambiguitätstoleranz auch praktisch im eigenen Handeln umzusetzen. Vor allem Multiplikator*innen sollten sie „nicht lediglich als Fähigkeit verstehen, die es anderen [ihren Zuhörer*innen] zu vermitteln gilt.“ Vielmehr sollten sie sich diese Kompetenz selbst zu eigen machen und sich darin „kontinuierlich trainieren“. Dazu gehört, sich sowie die eigenen Positionen und Handlungen fortwährend kritisch zu reflektieren.¹⁸

Zur Annäherung an die (zweite) Stufe des Umgangs mit Mehrdeutigkeit bietet sich an, politische mit kulturellen Bildungsangeboten zu verzahnen. Nach Ansicht von Thomas Bauer bieten insbesondere die Mehrdeutigkeit und die unterschiedlichen Interpretationsmöglichkeiten der Kunst, Musik und Literatur gute Anknüpfungspunkte, um Ambiguitätstoleranz zu stärken: „Kunst kann nicht exakt definiert werden. Niemand kann und soll angeben können, wo Kunst anfängt und wo sie aufhört.“¹⁹ So gelingt es, verschiedene Interpretationen gleichberechtigt nebeneinander stehenzulassen.

Die Ansätze der kulturellen Bildung bieten somit weitere Möglichkeiten, nicht nur ein *anderes Lernen* und damit auch alternative Zugänge zu schaffen, sondern explizit Ambiguitätstoleranz zu fördern.²⁰ Diese Perspektive verdeutlicht, wie relevant es ist, politische und kulturelle Bildung zu verzahnen.

FAZIT

Um konstruktiv kommunizieren zu können, müssen Menschen positiv und wertschätzend mit Ambiguität umgehen. Dies kann erlernt und gefördert werden. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist, sie erfahrbar zu machen und unterschiedliche Positionen anzuerkennen, die mit der eigenen in Konflikt stehen. Vielfältige Methoden der politischen Bildung, wie das Lernen anhand von Biografien oder auch Selbstreflexion der eigenen (pluralen Identität) aber auch Ansätze aus der Kunst- und Literaturvermittlung, gewinnen in diesem Zusammenhang an Bedeutung. Ambiguitätstoleranz nimmt zudem auch eine zentrale Rolle in der fächerübergreifenden Kompetenzförderung in der schulischen Bildung ein, wird jedoch nicht immer explizit

hervorgehoben. Sie ist jedoch ein relevanter Faktor im Bereich der Sozial- und Selbstkompetenz.

Im Wesentlichen kann beobachtet werden, dass die Stärkung von Ambiguitätstoleranz bisher eher als *kollaterales Lernen* im Sinne John Deweys²¹ geschieht und weniger explizit Ziel bestimmter Lernsettings, wie Schule oder Ausbildung ist. Im Rahmen des Kompetenzdiskurses ist dies nachvollziehbar. Die politische Bildung könnte die Förderung jedoch stärker in den Fokus stellen.

Dementsprechend würde die Vermittlung von Sachinhalten etwas in den Hintergrund rücken. Bei der Auseinandersetzung mit Biografien stünde weniger das Erlernen von Lebensdaten und die Beschäftigung mit dem historischen Kontext im Zentrum; stattdessen würde es eher um die Frage gehen, aus welchen Perspektiven heraus eine Person gehandelt hat und ob sich diese im Laufe des Lebens verändert haben. Ähnlich sinnvoll wäre es, nicht nur Grund- und Menschenrechte zu vermitteln, sondern sich mit ihnen aktiv auseinanderzusetzen, um die Dilemmata aufzeigen, die entstehen können, wenn sich einzelne Grundrechte gegenüberstehen. Durch eine Verzahnung mit der kulturellen Bildung ist denkbar, dass die Interpretationsvielfalt und Mehrdeutigkeit, die Kunst, Musik und Literatur erzeugen, explizit benannt werden. Beispielsweise bei der Auseinandersetzung und Thematisierung eines Erinnerungsortes oder Denkmals. Welche unterschiedlichen Lesarten gab es bei der Entstehung und gibt es heute? Was hat sich in der Zwischenzeit verändert? Auf diesem Weg lässt sich Mehrdeutigkeit noch expliziter benennen und die Notwendigkeit thematisieren, widersprüchliche Sachverhalte auszuhalten.

¹ Siehe Beitrag von Manon Westphal in diesem Band.

² Ambiguitätstoleranz, in: Online Lexikon für Psychologie und Pädagogik. Online unter: <https://lexikon.stangl.eu/12220/ambiguitaetstoleranz/> [11.11.2020].

³ Frenkel-Brunswik, Else: Intolerance of Ambiguity as an Emotional and Perceptual Personality Variable. In: Journal of Personality, Nr. 18, 1949, S. 108-143.

⁴ Frenkel-Brunswik, Intolerance of Ambiguity, 1949.

⁵ Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (Hg.): Widerspruchstoleranz. Ein Theorie-Praxis-Handbuch zu Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit, Berlin 2013, S. 6.

⁶ Sidanius, Jim: Intolerance of ambiguity and socio-political ideology: a multidimensional analysis, in: European Journal of Social Psychology 8/2, 1978, S. 215-235.

⁷ Christopher Baethge zitiert in einem Podcast-Beitrag von Wolfgang Streitböcker in: Deutschlandfunk Kultur: Ambiguitätstoleranz – Lernen mit Mehrdeutigkeit zu leben, Beitrag vom 30.12.2019. Online unter: www.deutschlandfunkkultur.de/ambiguitaetstoleranz-lernen-mit-mehrdeutigkeit-zu-leben.976.de.html?dram:article_id=466828 [11.11.2020].

⁸ Michael Butter im Gespräch mit Stephan Karkowsky in: Deutschlandfunk Kultur: Verschwörungstheoretiker „Diese Leute suchen Erklärungen“, Beitrag vom 02.03.2020. Online unter: www.deutschlandfunkkultur.de/verschoerungstheoretiker-diese-leute-suchen-erklaerungen.1008.de.html?dram:article_id=471454 [11.11.2020].

⁹ Schenk, Marion: Ambiguitätstoleranz. Was Führung braucht. Online unter: www.sifb.de/2020/07/07/ambiguitaetstoleranz-2/ [11.11.2020].

¹⁰ https://www.deutschlandfunkkultur.de/verschoerungstheoretiker-diese-leute-suchen-erklaerungen.1008.de.html?dram:article_id=471454

¹¹ Lind, Georg: Soziale Aspekte des Lernens: Ambiguitätstoleranz, in: Dippelhofer-Stiem, Barbara/Lind, Georg (Hg.): Studentisches Lernen im Kulturvergleich. Ergebnisse einer international vergleichenden Längsschnittstudie zur Hochschulsozialisation, Konstanz 1987, S. 71-87.

¹² Lind, Soziale Aspekte des Lernens, 1987, S. 21.

¹³ Lind, Soziale Aspekte des Lernens, 1987, S. 30.

¹⁴ Oriel Feldman-Hall zitiert im Podcast-Beitrag von Streitböcker, Ambiguitätstoleranz, 30.12.2019.

¹⁵ Lind, Soziale Aspekte des Lernens, 1987, S. 29.

¹⁶ Przeworski, Adam: Democracy as a contingent outcome of conflicts, in: Elster, Jon/Slagstad, Rune (Hg.): Constitutionalism and Democracy, Cambridge 1988, S. 59-88. Und Besand, Anja: Die Krise als Lerngelegenheit. Oder: Kollaterales politisches Lernen im Kontext der Covid-19-Pandemie. Online unter: <https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/dpb/studium/lehveranstaltungen/die-krise-als-lerngelegenheit> [11.11.2020].

¹⁷ Besand, Krise als Lerngelegenheit.

¹⁸ Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, Widerspruchstoleranz, 2013, S. 6.

¹⁹ Bauer, Thomas: Die Vereindeutigung der Welt. Über den Verlust an Mehrdeutigkeit und Vielfalt, Stuttgart 2019, S. 41.

²⁰ Stute, Dirk/Wibbing, Gisela: Kulturelle Bildung als Baustein der Unterrichtsentwicklung, 2014. Online unter: www.kubi-online.de/artikel/kulturelle-bildung-baustein-unterrichtsentwicklung [10.11.2020].

²¹ Dewey, John: Experience & Education, New York 1938.

MIT RECHTEN REDEN? EINE STANDORTBESTIMMUNG¹

DIERK BORSTEL

Mit dem Erstarken der AfD nahm auch der Diskurs in Wissenschaft und Praxis zu, wie man sich mit deren Vertreter*innen und anderen Rechtsextremist*innen sowie autoritär Rechten auseinandersetzen kann: Soll man mit ihnen reden? Ist das überhaupt möglich? Oder ist das nur naiv, wenn nicht sogar gefährlich? Droht man sonst zum Handlanger der falschen Seite zu werden und ungewollt deren Ansinnen zu unterstützen, als normaler Faktor in der Mitte der Gesellschaft zu gelten?

Der Erfolg der AfD in vergangenen Wahlen und ihre überproportionale Präsenz in TV-Debatten hat dazu geführt, dass der Trend zunehmend dahin geht, dass es als grundsätzlicher Fehler gilt, mit Rechten zu reden. Gefordert wird ein klares Nein! Ächtung und Ausschluss seien die alleinigen Mittel der Wahl. Was folgt jedoch aus dieser Strategie?

Im vorliegenden Beitrag beschreibe ich eine persönliche Standortbestimmung in dieser Debatte. Persönlich deshalb, weil ich in der Vergangenheit und Gegenwart in verschiedenen Rollen und mit unterschiedlichen Aufträgen mit Rechten diverser Richtungen zu tun und (natürlich) mit ihnen geredet habe. Heute arbeite ich als Wissenschaftler und Hochschullehrer. Vorher habe ich unter anderem Aussteiger, aber auch Opfer rechtsextremer Gewalt unterstützt, habe Kommunen in Ost und West beraten, in Regionen mit rechtsextremen Hege-monien Feldforschung betrieben und in unterschiedlichen Formaten versucht, wissenschaftliche Erkenntnisse für die Öffentlichkeit allgemeinverständlich auf-zuarbeiten und zu präsentieren. Immer wieder stand ich dabei auch in direktem Kontakt zu Rechtsextremist*innen und rechtspopulistischen Akteur*innen. So habe ich mich 2018 beispielsweise entschieden, im Rahmen einer Bürgerver-sammlung in Cottbus mit einer Vertreterin und einem Vertreter der AfD zu streiten, was live im RBB-Fernsehen übertragen wurde. In all diesen Kontexten tauchten immer wieder Kontroversen darüber auf, ob es richtig sei, mit Rechten zu diskutieren. Ist Kommunikation mit ihnen überhaupt wünschenswert? Falls ja: Wie sieht eine gute Praxis aus? Aber auch: Welche Grenzen gibt es?

Der Beitrag geht diesen Fragen nach und beginnt mit einer eigenen, normativen Verortung als Grundlage jeder Debatte und fragt dann nach möglichen Aus-

gangskontexten, Zielen und Settings eines denkbaren Gesprächs. Sowohl Chancen als auch Grenzen möglicher und realer Praktiken werden benannt, sowie Alternativen in Bezug auf ihre Sinnhaftigkeit geprüft.

MENSCHENRECHTLICHE VERORTUNG

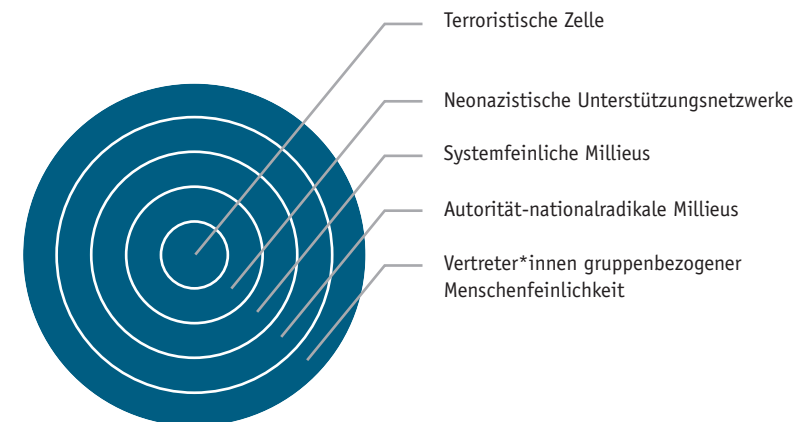
Um eine eigene Position gegen Rechtsextremismus zu formulieren, ist es sinnvoll, den Kern rechtsextremen Denkens herauszufiltern – ohne sich in den Scharmützeln der Forschung zu dieser Frage zu verfangen. Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer definiert Rechtsextremismus als Gewaltakzeptanz plus Ideologie der Ungleichwertigkeit, die er als gemeinsame Grundidee unterschiedlicher Phänomentypen von der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft bis zum Rechtsterrorismus begreift.² Folgt man dieser Idee, muss der normative Kern einer Antwort darauf einem Prinzip der Gleichwertigkeit der Menschen folgen. Eine theoriegeleitete normative eigene Verortung würde demnach nicht ‚links‘, ‚antifaschistisch‘ oder ‚demokratisch‘ lauten, um gängige Begriffe in solchen Debatten aufzuzählen. Als Gegenstück böte sich vielmehr eine menschenrechtliche Verortung an, da in ihr das Prinzip der Gleichwertigkeit aller Menschen grundlegend ist, definiert über die Würde jedes und jeder Einzelnen. Das schließt ergänzende politische Selbstverständnisse natürlich nicht aus.

Ähnlich wie die Demokratie hat die Idee der Menschenrechte eine innere, unauflösbare Paradoxie auszuhalten. Menschenrechte gelten für alle und damit auch für diejenigen, die sie mit Füßen treten, ihre Ideen negieren und sie abschaffen und überwinden wollen. Sie gelten somit auch für Rechtsextremist*innen. Jede Handlung muss sich an diesem Maßstab messen lassen, so die Idee gutgeheißen wird. Konkret ist das nicht immer einfach umzusetzen. Beispielhaft steht im Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dass sich die Menschen „im Geist der Solidarität begegnen“ sollen. Gelingt dies jedoch auch dann, wenn dieser Geist nicht von allen Seiten getragen wird? Die ‚Soll‘-Bestimmung gibt hier immerhin eine Richtung vor: Es soll zumindest versucht werden, auch wenn die Aussichten auf ein

Gelingen nicht immer gut erscheinen. Eine vorherige Auslese von Personen, denen gar nicht erst eine Chance gegeben wird, ist nicht vorgesehen.

AUSGANGSPOSITIONEN

Um die Ausgangsfragen zu beantworten, sind mehrere Differenzierungen nötig. Eine betrifft die Verortung des Gegenübers in den rechtsextremen Szenen. Als hilfreich erweist sich hier die sogenannte Eskalationstheorie von Dierk Borstel und Wilhelm Heitmeyer.³ Sie definiert ein Stufenmodell mehrerer miteinander zusammenhängender Phänomenbereiche:



ESKALATIONSMODELL

Alle Stufen eint die Ideologie der Ungleichwertigkeit. Mit jeder Stufe nimmt die Gewaltbereitschaft zu. Je weiter außen die Person sich bewegt, desto ‚demokratiekompatibler‘ ist sie. Den innersten Kern bilden Terrorgruppen wie der NSU oder Täter wie in Halle, Kassel und Hanau. Sie fühlen sich zum bewaffneten Befreiungskampf berufen und greifen zu Mitteln bis hin zum Mord als Symboltat. Vor allem der NSU fand dabei Unterstützung aus neonazistischen

Netzwerken, zu denen zum Beispiel Netzwerke wie Blood and Honour oder diverse Kameradschaften zählen. Sie eint eine klare rechtsextreme Ideologie bei gleichzeitig deutlicher Systemferne. Systemfeindliche Milieus sind zum Beispiel Kleinstparteien wie ‚Die Rechte‘ – auch sie bekämpfen den liberalen Rechtsstaat und die offene Gesellschaftsidee, sind aber häufiger bereit, sich an Systembedingungen zu orientieren, so ihnen dies Vorteile zu versprechen scheint. Typisch ist hier unter anderem die Beteiligung an Wahlen, um Parlamente als Bühne für ihre Ideen, aber auch als Finanzierungsmittel zu nutzen. Autoritär nationalradikale Milieus legen wiederum Wert darauf, zumindest scheinbar grundgesetzkompatibel zu sein. Oft reklamieren sie auch für sich, ‚die wahren Demokraten‘ zu sein. Heitmeyer ordnete zunächst weite Teile der AfD und auch die PEGIDA-Bewegungen diesem Milieu zu. Den gesellschaftlichen Resonanzraum bilden die menschenfeindlichen Ideologien im Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Deren Vertreter*innen sehen sich selbst in der Mitte der Gesellschaft verankert und sind es nach vielen sozio-ökonomischen Kriterien auch. Sie lehnen Gewalt in der Regel ab und sehen sich auch nicht als Teil eines rechtsextremen Bewegungszusammenhangs.

Wozu dient nun diese Differenzierung? Sie zeigt, dass die Frage, ob man mit ‚Rechten‘ reden solle, in dieser pauschalen Form gar nicht zu beantworten ist. Trotz der Gemeinsamkeiten in der Ideologie hat man es mit völlig unterschiedlichen Typen, Positionen und damit Ausgangslagen für einen möglichen Austausch zu tun. Mit jedem Schritt, der das Gegenüber weiter ins Innere führt, wird ein Gespräch mit ihm schwieriger. Zumindest bei den autoritär-nationalradikalen Milieus und bei Vertreter*innen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit kann noch mit einer zumindest formellen Bereitschaft gerechnet werden, sich an demokratischen Dialogformen zu orientieren, was ein ‚Miteinanderreden‘ erleichtern dürfte. Schon aufgrund der zunehmenden Gewaltbereitschaften hin zur Mitte schwinden die Chancen auf einen Austausch und nehmen im Zweifel auch Gefährdungslagen zu, die unbedingt prioritär zu betrachten sind.

Bei allen Ebenen stellt sich aber eine gemeinsame Sinnfrage: Was soll überhaupt erreicht werden? Und in welcher Rolle wird welches Ziel verfolgt?

KONTEXTE UND ZIELDEFINITIONEN

Unterschiedliche gesellschaftliche Ausgangslagen und Kontexte erfordern jeweils eigene Antworten auf die ursprüngliche Frage: Mit Rechten reden?

Wer zum Beispiel mit entsprechenden Personen im privaten Umfeld zu tun hat, wird an Alltagsgesprächen kaum vorbeikommen. Natürlich lassen sich solche Gespräche auf das Nötigste beschränken. Zu bedenken sind dabei jedoch auch Regionen und Orte mit fortgeschrittener Normalisierung rechtsextremer Strukturen und Szenen, auch in der örtlichen Zivilgesellschaft und/oder Wirtschaft.⁴ Hier lassen sich Gespräche de facto gar nicht verhindern, ohne die eigene Integration ins örtliche Gemeinwesen in Frage zu stellen. Spielen im örtlichen Sportverein auch Rechtsextremist*innen mit und ist ein Verein ohne solche Mitglieder in der Nachbarschaft nicht zu finden, bleibt nur die Wahl, Kontakt aufzunehmen zum gemeinsamen Sport oder sich aus dem Gemeinwesen zurückzuziehen. Diese Gespräche sind in den seltensten Fällen primär politischer Natur, sondern kreisen um Themen des gemeinsamen Berührungspunktes (hier der Sport).

Etwas anders verhält es sich im Kontext der Wissenschaft: Die Forschungen zum Rechtsextremismus und -populismus sind in Deutschland äußerst umfangreich und zum Teil auch unübersichtlich.⁵ Mehrere Denkschulen konkurrieren um Deutungshoheit. Immer wieder erstaunlich ist jedoch der Mangel an empirischen Analysen jenseits quantitativer Einstellungsforschungen und Textanalysen, die auch mit Daten zur rechtsextremen Seite arbeiten würden, die sich nicht googeln lassen, sondern mit den klassischen Methoden der qualitativen Sozialforschung (Interviews, Beobachtungen) zu erheben wären.

Betrachtet man Rechtsextremismus als Teil einer Konfliktanalyse, ist es unumgänglich, alle Konfliktpartner*innen mit ihren Werten, Zielen und Interessen zu erfassen – und nicht nur die, die möglicherweise sympathischer oder forschungsaffiner erscheinen. Ein Beispiel aus einem anderen Themenbereich kann diesen Gedanken verdeutlichen:

In einer großen Stadt hat sich ein illegaler Straßenstrich mit jungen Frauen aus Osteuropa etabliert. Die Stadtverwaltung will den Umtrieben begegnen und bittet daher die örtlichen Wissenschaftler*innen um ein Gutachten. Wollte man die damit verbundenen Konflikte umfassend begreifen, müssten alle wesentlichen Akteur*innen, die daran beteiligt sind, ins Blickfeld genommen werden. Das wären dann zum Beispiel die Frauen selbst, deren Kunden, Anwohner*innen, Polizei, Ordnungsamt, aber auch die Zuhälter.

Natürlich ist es denkbar, dass die Zuhälter (egal in welcher Tarnung sie auch auftreten) kein Interesse an einem Interview haben. Gleiches könnte man sich auch für viele Freier vorstellen. Ein kategorischer Ausschluss aus dem Forschungsdesign wäre jedoch fahrlässig.

Übertragen auf den Bereich der Rechtsextremismusforschung bedeutet dies, dass Konflikte ohne Kenntnis der Täter*innenseite niemals vollständig beschrieben und analysiert werden können. Ein Mittel der Wahl wäre das Interview, das dem Verstehen wollen dient – wahlweise in narrativer oder leitfadengestützter Form. Das Ziel der Forschung und damit des Gesprächs wäre hier also, das Gegenüber verstehen und nicht es bekehren zu wollen. Das angemessene Format wären in der Regel Gespräche in geschützten Räumen ohne weitere Öffentlichkeit.

Typische Einwände gegen ein solches Vorgehen lauten, dass man Rechtsextremen damit eine Möglichkeit gebe, ihre Ideologien zu verbreiten, oder dass man doch sowieso wüsste, was *die* so von sich geben. Letzteres ist ein Gedanke fernab jeder wissenschaftlichen Qualität. Der Verbreitungsvorwurf verkennt, dass zwischen Datenerhebung und Veröffentlichung noch die Analyse und damit die analytische Einordnung der Daten liegt und vermeintliche Werbeplattformen so vermieden werden können.

Umstrittener sind vermutlich gemeinsame Auftritte, zum Beispiel als sogenannte Expert*innen, mit rechtsextremen Personen in öffentlichen Veranstaltungen oder Medienproduktionen wie Talkshows. Zentral ist hier die Frage:

Was soll und was kann damit bewirkt werden? Welche Chancen gibt es möglicherweise? Wo sind Grenzen zu ziehen? Eine Analyse von Fall zu Fall dürfte dabei unerlässlich sein. Folgende Kriterien könnten bei der Bewertung des konkreten Formats hilfreich sein:

- Opferschutz geht vor Täterschutz: Stehen Opfer rechtsextremer Gewalt im Mittelpunkt, sollte sich eine Beteiligung der Täter zumeist ausschließen. Anders kann dies vielleicht schon aussehen, wenn es sich um glaubwürdige Aussteiger handelt, wenn alle Opfer zustimmen und ein dazu passendes Setting gefunden wird.
- Veranstaltungen, die in ihrer Wirkung freiwillig oder unfreiwillig für bisher unbekannte rechtsextreme Politiker*innen werben, sollten natürlich vermieden werden. Selbstkritisch diskutieren Teile der öffentlichen Medien diesen Aspekt in Bezug auf ihren anfänglichen Umgang mit AfD-Vertreter*innen. Damalige Talkshows mit AfD Vertreter*innen versprachen zum Beispiel eine hohe Aufmerksamkeit und damit hohe Zuschauerzahlen. Dabei passierte es mehrfach, dass die AfD durch Provokationen die Diskursthemen bestimmte, womit auch rechtsextreme Argumente enttabuisiert wurden. Mehrfach zeigten sich die nicht-rechtsextremen Gesprächspartner*innen hier auch wenig souverän, überrascht, wenn nicht sogar überfordert. Für die AfD waren diese Sendungen ein großer Gewinn: Ihre führenden Köpfe gewannen an Bekanntheit. Bisher zu Recht als menschenfeindlich deklariertes Denken wurde enttabuisiert und erreichte auch Zuschauer*innen jenseits der bisherigen AfD-Sympathisant*innenszene. Vor allem die Bevölkerungsgruppen, in denen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verbreitet ist, konnten so über das Fernsehen direkt adressiert werden.
- In Orten, wo Rechtsextremist*innen diskurs- und strukturmächtig sind, lassen sie sich in lokalen und regionalen Diskursen nicht mehr vollständig ignorieren, da sie bereits enttabuisiert und öffentlich sind. Hier gilt es vielmehr, Grenzüberschreitungen der Menschenfeindlichkeit deutlich zu markieren, robust demokratische Positionen zu besetzen und auf Widersprüche hinzuweisen sowie auf die Folgen rechtsextremer Ideen für den gesellschaftlichen

Zusammenhalt. Diese Positionierung zielt weniger darauf, rechtsextreme Führungsfiguren direkt zu überzeugen, sondern mehr auf deren Anhänger- und Wählerschaft. Bezogen auf die oben genannte Eskalationstheorie hieße das, dass in dieser (Sonder-)Situation der öffentliche Streit mit einer Person aus einem inneren Kreis dazu dienen kann, Personen aus den äußeren Kreisen für humanitäre Lösungen und Positionen zu gewinnen.

- Ernsthafte Gespräche im Sinne einer Deradikalisierungsstrategie, die auf das direkte Gegenüber zielen, lassen sich nicht öffentlich führen. Sie können aber öffentlichen Gesprächen folgen.
- Eigene moralische Überhöhungen sind kontraproduktiv, selten glaubwürdig und im konkreten Diskurs kaum hilfreich, weil sie die dialogischen Gräben nur vertiefen, Radikalisierung oft verstärken und nicht selten eher zu Sympathiebekundungen unentschlossener Dritter führen.
- Nichts geht ohne professionelle Settings, geübte Moderationen, vorab fest gelegte Regeln und die Freiwilligkeit aller Beteiligten.
- Inhaltliche Grenzziehungen sind erlaubt, um demokratische Diskurse zu schützen. Nicht jede Position ist hörensenswert in einer Demokratie, selbst dann nicht, wenn viele sie unterstützen. Dies betrifft insbesondere die wiederholten Versuche von rechtsextremer und -populistischer Seite, normative Grundlagen des liberalen Rechtsstaates aufzuweichen. Ein typisches Beispiel wäre dafür der AfD-Politiker Alexander Gauland, der die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur als ‚Vogelschiss‘ in einer vermeintlich glorreichen deutschen Geschichte bewertete. Wer Opfer in einem solchen Maße verhöhnt und sich soweit vom normativen Grundkonsens einer demokratischen Gesellschaft entfernt, muss für diese Aussage auch dann kein öffentliches Forum bekommen, wenn die eigenen Anhänger*innen ihm dafür begeistert zujubeln.
- Grundsätzliches Ziel der nicht-rechtsextremen Seite muss es sein, diskursbestimmend zu bleiben oder diese Position zu erobern, wenn sie verloren oder de facto noch nie erreicht wurde.

Ein wiederum anderes Setting sind Gespräche im Rahmen persönlicher Auseinandersetzungen. Diese können in der Familie, im Verein, in der Schule, Hochschule, im Betrieb, in der Nachbarschaft, im Netz oder in vielen anderen Kontexten geführt werden. Oft sind sie von nicht-rechtsextremer Seite mit vielfältigen Hoffnungen verbunden: Rechtsextremist*innen zu überzeugen, zu deradikalisieren, Empathie mit Opfern zu entwickeln, die Ideologie infrage stellen und ähnliches. Nicht selten münden diese Versuche jedoch in schneller Resignation und dem Glauben: Das bringt gar nichts. Warum ist das so? Eine der Hauptursachen dürften überzogene Erwartungen sein. Politische Sozialisationen, Glaubenssätze und Ideologien lassen sich in der Regel nicht durch ein Gespräch ‚wegzaubern‘. Dafür braucht man einen längeren Atem und vor allem Wissen über Prozesse der Deradikalisierung.

Deradikalisierung beginnt in der Regel damit, dass Radikalisierte anfangen zu zweifeln.⁶ Dies kann auch ein verdrängtes Gefühl, eine abgewehrte Erfahrung oder verschollene Erinnerung betreffen. Interessant ist der Hinweis der Aussteigerorganisation EXIT Deutschland, dass die Deradikalisierung bei fast allen der von ihnen betreuten Aussteiger*innen mit der respektvollen Kommunikation mit einem Nicht-Rechtsextremen anfang.⁷ Konkret bedeutet dies, dass diese Aussteiger*innen Gespräche, Kontakte und Diskussionen mit Szenefernen führten und zwar zu einem Zeitpunkt, als sie sich selbst noch als szenezugehörig bezeichneten. Diese Gespräche bedürfen einiger Voraussetzungen. Dazu zählen:

- Sicherheit ist immer oberstes Gebot. Wer große Angst hat, wer zu einer typischen Opfergruppe gehört oder bereits Opfer rechtsextremer Gewalt geworden ist, sollte sich wenn möglich vorab überlegen, ob er*sie entsprechende Gespräche führen möchte, die ihn oder sie körperlich oder psychisch im Sinne einer Retraumatisierung gefährden könnten. Eine Verweigerung ist dabei auch legitim, ohne sie öffentlich zu begründen, da Freiwilligkeit vorausgesetzt ist.
- Wichtig ist Ehrlichkeit. Dazu gehört es, eigene Standpunkte deutlich und begründet zu vertreten. Fast zwangsläufig grenzt man sich dann von rechtsextremer Ideologie ab und sollte es auch.

- Moralische Überhöhungen („wir sind die Guten“) enthalten selbst Ungleichwertigkeitsvorstellungen, die im Zweifel Abwehr hervorrufen und Grenzen ziehen, die sich schwer begründen lassen.
- Die eigene Haltung zu gesellschaftlichen Fragen und deren normatives Fundament müssen deutlich werden. Das ist im Zweifel sogar wichtiger als Detailwissen etwa zu historischen Ereignissen, weil es nicht um einen intellektuellen Streit oder Faktenwissen geht, sondern um Grundsätze des Zusammenlebens und der gesellschaftlichen Vorstellungen.
- In den Gesprächen gilt es deshalb, die Aussagen der rechtsextremen Seite zu analysieren und zu sortieren: Was ist zum Beispiel an geäußelter Kritik durchaus berechtigt oder zumindest im Rahmen einer Demokratie noch tolerabel? Was sind die gesellschaftlichen Folgen der Ideologie? Was ist an ihr menschenfeindlich, welche Aussagen sind es eventuell auch nicht? Wofür gibt es keine guten Lösungen? Wichtig sind dabei nicht immer detaillierte Kenntnisse, sondern der ehrliche Versuch, eigene Positionen zu formulieren und Widersprüche in den Gedanken des Gegenübers zu offenbaren.
- Viele Rechtsextremist*innen sind nicht primär wegen einer Vorliebe für diese Ideologie zu dieser Szene gekommen. Oft kommt die Ideologisierung erst später. Daher sind manchmal auch Gespräche über Themen wichtig, die nicht primär politisch sind, um die Beweggründe der rechtsextremen Seite und deren Integrationsmechanismen in die Szenen besser zu verstehen. Mit diesem Wissen lassen sich dann passgenauere Angebote für ein anderes Leben mit anderen Ideen, Vorstellungen, Kulturen und Gedanken formulieren.

Oft enden solche Diskussionen vermeintlich wirkungslos. Ob das aber tatsächlich so ist, lässt sich in der Regel gar nicht unmittelbar erkennen. Niemand gibt in Diskussionen gerne zu, dass eigene Grundüberzeugungen möglicherweise zu überdenken sind. Das gilt auch für Rechtsextremist*innen – noch dazu, wenn diese sogenannten *Werte* und Parolen wie Treue, Stolz, Ehre und Kameradschaft postulieren. Zweifel entwickeln sich manchmal auch erst langsam, im Nachhinein.

Ein typischer Irrtum ist dabei, Gespräche nur als eine Suche nach Konsens zu begreifen und diskursivem Streit und dem Äußern eigener Positionen keinen Eigenwert zuzuschreiben. Ein Gespräch, das Streitpunkte und Differenzen austrägt, sollte jedoch immer im Sinne der eigenen Werte auf der Grundidee des Respektes vor anderen Menschen fußen. Manche Rechtsextremist*innen zeigen sich alleine schon verwundert und irritiert, wenn sie einmal nicht von der Gegenseite beschimpft, moralisch abgewertet oder mit Forderungen überwältigt werden, sondern wenn ihren Positionen fundiert und authentisch widersprochen wird. Bereits das weicht manchmal verhärtete Fronten auf und führt zu weiteren Gesprächsoptionen.

Bereits diese Ausführungen zeigen die begrenzte Geltung einer Aussage, dass man mit Rechten nicht reden dürfe oder könne. Sie zeigen aber auch, dass es einer vorherigen Analyse des Settings, des Kontextes und der eigenen Ziele braucht, um sich wahlweise für oder gegen ein solches Gespräch zu entscheiden. Schlussendlich wird aber auch deutlich, wo die Grenzen zu ziehen sind: bei Fragen der Sicherheit, des Opferschutzes und bei einigen rechtsextremen Diskursstrategien, insbesondere bei ihren Versuchen, weitere Enttabuisierungen voranzutreiben und die nicht-rechtsextremen Akteur*innen dazu zu zwingen, sich an ihren Provokationen und Entgrenzungen abzuarbeiten.

MÖGLICHE ALTERNATIVEN UND FAZIT

Was wären nun mögliche Alternativstrategien?

Einige linksautonome Gruppen und deren Bündnispartner*innen bestreiten schlicht Menschenrechte für Rechtsextremist*innen und befürworten zum Teil sogar offene Gewalt gegen sie. Sie begründen das mit einem vermeintlichen Notwehrrecht und/oder einem Selbstbild als antifaschistischer Widerstand. Besonders die begriffliche Anleihe beim Widerstand gegen den historischen Nationalsozialismus zeugt von Selbstüberhöhung. Die Ausgangslagen für Engagement in einem liberal-demokratischen Staat sind nicht mit den

Bedingungen in einer brutalen Diktatur vergleichbar. Das behauptete Notwehrrecht ist ebenfalls nicht generalisierbar, juristisch recht klar begrenzt und negiert das staatliche Gewaltmonopol, wenn es zu einer allgemeinen Dauerlegitimation von eigenem Gewalthandeln führt.

Üblicher sind Ächtungsideen. Gemeint ist die Vorstellung, dass rechtsextremen Akteuren kein öffentliches Forum gegeben wird, ihr Vorstellungen zu verbreiten, ihre Ideologien als klar menschenfeindlich und damit zu ächtende und nicht gleichwertige Positionen zu betrachten. Wie oben gezeigt, kann es durchaus sinnvoll sein, manche Diskussionen schlicht nicht zu führen. Diese Strategie ist aber problematisch, wenn man sie verabsolutiert. Mancherorts sind entsprechende Ideologien bereits so ausgeprägt, dass eine Ächtung kaum mehr möglich erscheint. Dies gilt vor allem dann, wenn alternative, nicht-rechtsextreme Positionen vor Ort meinungsschwach erscheinen. Manche Berufsgruppen wie zum Beispiel Polizisten, Justizvollzugsbeamte, Verwaltungsangestellte, Sozialarbeiter sind schon aufgrund ihrer beruflichen Rollen und Aufgaben gezwungen, mit Rechten zu reden. Hier kann es nur darum gehen, die Gespräche professionell zu gestalten.

Weit verbreitet sind auch Verbotsvorstellungen. Allerdings gibt das Strafrecht hier nur begrenzte Möglichkeiten. Strafrechtlich verfolgt wird unter anderem die offene Holocaustleugnung. Historische Umdeutungen des Holocausts, die nicht selten im Versuch münden, seine Bedeutung zu schmälern, sind zumeist zulässig. Viele der in den Untersuchungen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit abgefragten Einstellungen sind ebenfalls durch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit auch dann noch geschützt, wenn sie einen menschenfeindlichen Kern haben.

Noch schwieriger ist das Verbot von Organisationen. Bisherige Erfahrungen mit diesem Instrument sind ambivalent. Grundsätzlich will die liberale Demokratie wehrhaft sein: Verbote zum Beispiel von Netzwerken wie Blood and Honour oder dessen militärischem Arm Combat 18 sind demnach folgerichtig. Allerdings verschwinden deren Mitglieder danach nicht. In der Regel folgt aus Repression vor allem organisatorische Innovation. Trotzdem können Verbote

den rechtsextremen Strukturaufbau erschweren und stören, wenn auch zumeist nicht verhindern.

Besonders hoch liegt die Hürde für Parteienverbote, so misslang 2017 der Versuch des Bundesrates, ein Verbot der rechtsextremen Partei NPD beim Bundesverfassungsgericht durchzusetzen. Bereits diese wenigen Andeutungen zeigen ein recht stumpfes Schwert im Kampf gegen rechtsextreme Äußerungen. Die Sphäre des Verbotenen ist überraschend klein.

Seltener sind Versuche, rechtsextremistisches Denken dadurch abzuwehren, dass man es menschenfeindlich psychologisiert. Viele autoritäre Staaten neigen dazu, abweichende Meinungen zur psychischen Erkrankung zu erklären und deren Träger*innen zwangsweise in geschlossene Psychiatrien einzuweisen. Auch in Gesprächen über Rechtsextremist*innen finden sich gelegentlich solche Phantasien, die selbst nur als menschenverachtend bezeichnet werden können.

Sehr viel häufiger tritt schlichte Ignoranz als Strategie auf. Da, wo Rechtsextremismus und Rechtspopulismus keine gesellschaftliche Verankerung erfahren, ist es durchaus sinnvoll, ihnen keine künstliche Aufmerksamkeit zu schenken. Erfahrungen mit kommunistisch-stalinistischen Parteien haben beispielsweise gezeigt, dass diese dann bis auf kleinste Sektensegmente bedeutungslos geblieben sind.

Unabhängig davon setzt sich der vor allem online dominante und durch die Algorithmen in den sozialen Medien noch unterstützte Trend fort, sich lieber wohligh und meinungsflauschig in der eigenen ‚Blase‘ einzurichten, in der Konträres und Verstörendes gar nicht erst vorkommen und nur noch die Meinungen zu konsumieren, die sich dadurch gut anfühlen, dass man sie selbst denkt. Durch diese kollektive Einigelung in eigene Wohlfühlgruppen, in denen dann nicht selten über die Dummheit und Beschränktheit anderer isolierter Wohlfühlgruppen hergezogen wird, stirbt jeder Austausch. Eines der bekanntesten Zitate des Kommunikationswissenschaftlers Paul Watzlawick lautet jedoch: „Man kann nicht nicht kommunizieren.“⁸ Folgt man diesem Gedanken, kann es auch in der Auseinandersetzung mit Rechten nur darum gehen, die

Kommunikation basierend auf den eigenen Werten und normativen Grundlagen zu gestalten. Ein generelles *Ja* oder *Nein* zum Reden mit Rechten gibt es nicht.

¹ Der Text basiert auf einem Beitrag des Autors in dem Sammelband: Gerrit Weitzel u.a. (Hg.): Hate Speech – sozialwissenschaftliche Zugänge und journalistische Perspektiven, Wiesbaden 2021 (in Vorbereitung).

² Heitmeyer, Wilhelm: Die Ideologie der Ungleichwertigkeit. Der Kern der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, in: Ders. (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 6, Frankfurt 2008, S. 36-44.

³ Borstel, Dierk/Heitmeyer, Wilhelm (2012): Menschenfeindliche Mentalitäten, radikalisierte Milieus und Rechtsextremismus. In: Malthaner, Stefan/Waldmann, Peter (Hg.): Radikale Milieus. Das soziale Umfeld terroristischer Gruppen, Frankfurt am Main/New York 2012, S. 339-368 und Heitmeyer, Wilhelm: Autoritäre Versuchungen, Berlin 2018, S. 356.

⁴ Borstel, Dierk: „Braun gehört zu bunt dazu!“ Rechtsextremismus und Demokratie am Beispiel Ostvorpommern, Münster 2011 und Borstel, Dierk/Teune, Simon (Hg.): Rechtsradikale Zivilgesellschaft? Neonazis besetzen das Ehrenamt, erschienen als: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Nr. 4/2008.

⁵ Jesse, Eckhard/Mannewitz, Tom (Hg.): Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Bonn 2018, und Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016.

⁶ Wagner, Bernd: EXIT-Deutschland. Historie, Ansätze und Praxis, in: Bozay, Kemal/Borstel, Dierk (Hg.): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden 2017, S. 413-444.

⁷ Wagner, EXIT-Deutschland, 2017.

⁸ Watzlawick, Paul: Man kann nicht nicht kommunizieren, Bern 2011.

DIE ROLLE DER MEDIEN IN DEMOKRATISCHEN DEBATTEN

STEFANIE MOLTHAGEN-SCHNÖRING

Seit über 50 Jahren untersucht die ‚ARD/ZDF-Massenkommunikation Langzeitstudie‘ im Fünfjahresrhythmus die Mediennutzung in Deutschland. Die aktuelle Studie bestätigt einmal mehr die Aussage des Soziologen Niklas Luhmann: „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Medien.“¹ Fast alle über 14-Jährigen in Deutschland (99 Prozent) nutzen täglich Medien, und zwar im Durchschnitt mehr als sieben Stunden pro Tag.²

Medien beeinflussen damit in einem hohen Maße unsere Wahrnehmung von der Welt und den Geschehnissen außerhalb unseres eigenen Erfahrungshorizonts. Dies gilt sowohl für das individuelle Informationsverhalten als auch für die Meinungsbildung. Neben dieser Wirkung auf das Individuum prägen sie aber auch öffentliche Debatten, indem sie Themen auf die Agenda setzen oder von ihr herunternehmen, indem sie Ereignisse in Sinnzusammenhänge einordnen und damit ein Deutungsangebot machen, das – in der Summe aller Medien – nahezu alle Menschen wahrnehmen.

Im folgenden Beitrag wird diese diskurssteuernde Funktion von Medien genauer analysiert. Medien werden im Hinblick auf verschiedene Rollen betrachtet: Als Aufklärer, als Debattenverstärker und als Orte des öffentlichen Streits. Dabei werden ihre Funktionsweisen, die Handlungslogiken von Medienproduzent*innen und -konsument*innen, aber auch Dysfunktionalitäten aufgezeigt, die unter anderem durch die ökonomische Lage der Medien im digitalen Zeitalter entstehen. Der Artikel schließt mit Hinweisen und Anregungen für die politische Bildungsarbeit zu Medien in Deutschland.

Anzumerken ist an dieser Stelle noch, dass der Fokus auf Debatten in den traditionellen Massenmedien liegt und die sozialen Medien lediglich in ihrem Verhältnis zu ihnen betrachtet werden. Zur eigenen Bedeutung sozialer Medien und der in ihnen stattfindenden Diskurse findet sich ein eigener Artikel innerhalb dieser Publikation.

DIE DISKURSTSTEUERENDE FUNKTION VON MEDIEN

Dass Medien Themen setzen und somit öffentliche Debatten prägen, ist von der Medien- und Kommunikationswissenschaft gut untersucht und vielfach belegt. Bereits Ende der 1960er Jahre haben die Amerikaner Maxwell McCombs und Donald Shaw in diesem Zusammenhang die Agenda-Setting-Hypothese entwickelt, nach der Medien Themen für die öffentliche und nicht-öffentliche Kommunikation bereitstellen. Die Medien-Agenda nimmt somit Einfluss auf die Publikums-Agenda.³ Nach dem so genannten Awareness-Modell gilt: „Aus den Medien erfahren wir, *worüber* wir uns Gedanken machen, kommunizieren und uns eine Meinung bilden sollen (...) – ohne dass die Medien uns vorschreiben, *welche* Meinung wir zu diesem Thema entwickeln und vertreten sollen.“⁴

Gleichwohl ist der Medienkonsum kein einfacher, linearer Prozess, und so wird in erweiterten Modellen des Agenda-Setting-Ansatzes den Rahmenbedingungen von Kommunikation Rechnung getragen. Dazu gehören unter anderem persönliche Erfahrungen sowie die interpersonale Kommunikation. Eine weitere berechtigte Erweiterung ist, dass sie reale Ereignisse und die Agenda der Politik berücksichtigen.⁵ Unbestritten ist jedoch, dass Medien Einfluss nehmen auf individuelles Wissen ebenso wie auf soziale Interaktionen:

Über Fernsehereignisse wie die Samstagabend-Unterhaltungssendung oder die sonntägliche ‚Traumschiff‘-Reise wurde früher genauso geredet wie heute über Twitter- oder Youtube-Beiträge. An dieser Stelle zeigt sich aber auch ein entscheidender Unterschied: Die medialen Agenden und Nutzerkreise sind heute viel ausdifferenzierter und heterogener als dies in Zeiten einer überschaubaren Anzahl von Fernsehsendern und Tages- bzw. Wochenzeitungen der Fall war. Entsprechend geringer ist die Reichweite von Mediendebatten. Wer beispielsweise in Deutschland auf Twitter erfolgreich eine Debatte anregt, erreicht maximal die geschätzten ein- bis anderthalb Millionen täglichen Twitter-Nutzer*innen. Und auch heute noch wird montags medial über das Fernsehen vom Wochenende reflektiert. Doch mehrere Artikel widmen sich verschiedenen Sendungen – und kaum ein*e Mediennutzer*in wird alle lesen, sondern nur den zur eigenen Lieblingssendung.

Doch kehren wir noch einmal zurück zum vielzitierten Medium Twitter. Zwar erreichen Debatten hier in der Regel viel weniger Menschen als TV-Sendungen oder auflagenstarke Zeitungen, aber unter Umständen genau die richtigen. Unter den Twitter-Nutzer*innen sind viele Journalist*innen und andere Meinungs-Multiplikator*innen, die eine Diskussion wiederum in andere Medien tragen können. Denn Medien orientieren sich aneinander und reagieren aufeinander. So kann man mittels ‚Agenda-Surfing‘ auf bereits bekannte Themen ‚aufspringen‘ und gleichsam die Gunst der diskursiven Stunde nutzen, was sich vielfach beobachten lässt: Hat ein großes überregionales Medium ein Thema gesetzt, folgen andere und auch an den sozialen Medien kann man sehen, was gerade ‚trendet‘ und dies für die eigene Kommunikation nutzen, weil die Aufmerksamkeitsschwelle für ein Thema bereits überschritten ist.

Auf diese Weise tragen Medien zur Bildung von Öffentlichkeit bei, die mit dem Philosophen Jürgen Habermas als ein „Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen“ verstanden werden kann.⁶ Und in diesem Netzwerk, das heute viele Knotenpunkte und Verbindungslinien hat, bildet sich eine öffentliche Meinung, der verschiedene Funktionen zugeschrieben werden: von der Themenwahl über die Beobachtungsfunktion (die vor allem für die Politik wichtig ist) bis hin zur sozialen Kontrolle. Letztere ist Grundgedanke der Theorie der Schweigespirale, entwickelt von der Demoskopin Elisabeth Noelle-Neumann.⁷ Demnach äußern Menschen aus Furcht vor sozialer Isolation ihre eigene Meinung nicht mehr, wenn sie meinen, in Bezug auf das jeweilige Thema in der Minderheit zu sein, wodurch sich die vermeintliche Mehrheitsmeinung immer mehr verstärkt. Medien tragen zur Schweigespirale insofern bei, als sie ihre eigene Meinung, wenngleich sie demoskopisch betrachtet in der Minderheit sind, durch Lautstärke und Wiederholung als Mehrheitsmeinung inszenieren. Wenn auch empirisch, theoretisch und politisch umstritten, zeigt die Theorie der Schweigespirale zumindest eine Herausforderung für die Medien als Orte öffentlicher Debatten auf: Sie müssen ihre eigene Rolle, das heißt auch eigene Vorurteile und -annahmen stets kritisch mitdenken, um kein verzerrtes Bild vermeintlicher Mehrheitsmeinungen zu zeichnen. Sie müssen sich

ihrer diskurssteuernden Funktion bewusst sein und diese kritisch reflektieren – was wiederum eine Dialogaufgabe bedeutet.

Dies gilt jedoch auch in umgekehrter Richtung: Mittlerweile spricht man nicht mehr nur von einer Schweigespirale, sondern auch von einer Erregungsspirale. Gemeint ist ein Effekt, der sich erneut gut anhand der sozialen Medien darstellen lässt, allerdings ebenso auf die öffentliche und die politische Kommunikation zutrifft. Hier wie dort finden Debatten mit hoher emotionaler Beteiligung statt; wie der Autor Christian Schüle zutreffend bemerkt: „In der Epoche der Erregung geht es oft nicht mehr um die Ursache der Erregung, sondern um die Erregung selbst.“⁸ Statt Standpunkte auszutauschen, verengt sich ein Dialog dichotomisch auf Zustimmung oder Ablehnung. Die berühmten ‚Daumen hoch‘- und ‚Daumen runter‘-Icons in der Facebook-Frühphase stehen sinnbildlich für diese Entwicklung.

An die Stelle von Argumenten, die man abwägen kann, treten Stereotype und Behauptungen (häufig auch so genannte ‚Fake News‘) mit dem Ziel, bestimmte und zumeist negative Emotionen wie Ärger oder Wut zu schüren. Von Donald Trump über populistische Parteien bis hin zu zweifelhaften Meinungsmachern im Netz gibt es dafür genügend Beispiele und es stellt sich die Frage, welchen Einfluss diese Stimmen auf die öffentliche Meinungsbildung haben. Werden sie im Sinne der Schweige- oder Erregungsspirale überschätzt oder unterschätzt? Ignoriert man sie oder schenkt man ihnen zu viel Gehör? Es gibt kein Patentrezept, wie damit umzugehen ist, wenn Verschwörungsideolog*innen oder Rechtspopulist*innen versuchen, Diskurse zu steuern. Dennoch müssen sich Medienmacher*innen immer wieder der Herausforderung stellen, sich dazu zu verhalten. Medien sind immer in der Doppelrolle sowohl als Plattform für Debatten als auch als Akteure der Meinungsbildung. Dies ist kommunikationstheoretisch unvermeidbar und muss insofern dahingehend gelöst werden, dass Journalist*innen sich der Standards und Qualitätskriterien ihrer Profession bedienen, um möglichst wertneutral und gut belegt zu informieren. Das Handwerk des Journalismus wird somit in Zeiten einer pluralisierten Öffentlichkeit wichtiger denn je.

Deutlich wird an dieser Stelle zugleich, dass nicht nur die Medien selbst, sondern auch andere Akteur*innen Verantwortung für medial ausgetragene Debatten tragen. Da ist zum einen die Politik, die beispielsweise aktuell einen neuen Medienstaatsvertrag verhandelt, der den alten Rundfunkstaatsvertrag ablösen soll, um einen verlässlichen Rechtsrahmen für die veränderte Medienlandschaft zu schaffen. Da ist zum anderen aber auch jede*r einzelne Bürger*in angesprochen, der*die mit seinem*ihrem Mediennutzungsverhalten mit darüber bestimmt, welche Inhalte (zukünftig) angeboten, welche Debatten öffentlich geführt werden. Der Rückzug in die eigene Filterblase im Sinne einer Abschottung von anderen Meinungen und Positionen ist dabei ebenso problematisch wie die Tatsache, dass die politische Auseinandersetzung, gar demokratischer Streit, nicht immer goutiert werden und Parteien, Koalitionsregierungen oder einzelne Politiker*innen für streitbare Positionen vom Wähler häufig abgestraft werden, da sie als uneinig wahrgenommen werden oder beklagt wird, ihre Positionen seien nicht klar genug erkennbar.

ROLLEN VON MEDIEN

Bei der Betrachtung der diskurssteuernden Funktion von Medien in öffentlichen Debatten sind bereits verschiedene Rollen erwähnt worden, die Medien innehaben – manchmal auch gleichzeitig. Im folgenden Abschnitt werden die verschiedenen Rollen von Medien noch einmal aufgezeigt, wobei die Trennschärfe, die diese Aufzählung bedeutet, in der Praxis verschwimmt.

Der Anspruch insbesondere von Qualitätsmedien ist es, Aufklärungsarbeit zu leisten, im besten Fall investigativ Missstände in Politik und Gesellschaft aufzuspüren und diese in die Öffentlichkeit zu bringen. Netzwerke wie das Netzwerk Recherche oder Correctiv setzen sich dafür ein, die journalistische Recherche in Deutschland zu stärken und hohe journalistische Qualitätsstandards zu wahren. In öffentlichen Debatten werden die Medien so gleichsam zu einem unparteiischen Schiedsrichter, der insbesondere das politische Spiel genau im Blick hat und Regelverstöße ahndet. Mit Blick auf diese in einer Demokratie unverzichtbare Funktion freier Medien werden diese als ‚vierte

Gewalt‘ neben den verfassungsmäßig garantierten Gewalten der Legislative, Exekutive und Judikative genannt. In diesem Sinne schafft die Pluralisierung der Medienlandschaft bessere Informationsmöglichkeiten für die Bürger*innen.

Auf der anderen Seite sind Medien gleichzeitig – wie oben kurz angesprochen – wesentliche Akteure. Denn selbst wenn sie sich nicht klar positionieren, gibt es keine komplett neutrale, wertfreie Kommunikation, auch nicht im Journalismus. Schon die Auswahl von Informationen bedeutet eine Positionierung im Diskurs. Jede Zusammenstellung einer Nachrichtensendung, einer Zeitungsausgabe oder ähnlichem bedeutet eine intentionale Kuratierung von Informationen. In der Summe einer Zeitung oder einer wiederkehrenden Nachrichtensendung wird damit eine bestimmte politische Orientierung gesetzt.

Das Gute daran ist, dass diese politische Grundorientierung von Medienhäusern oder Redaktionen dem Publikum durchaus bekannt ist. So gilt die Tageszeitung Taz als politisch links und die Welt als rechts der Mitte. Und trotzdem oder gerade deswegen ist es für die zentrale Rolle des Journalismus in der Demokratie so wichtig, dass es Mechanismen und Kontrollinstanzen gibt, angefangen von der Unterscheidung journalistischer Darstellungsformen in neutrale Formen auf der einen und meinungsbetonte auf der anderen Seite bis hin zum Deutschen Presserat als Organ der freiwilligen Selbstkontrolle der Branche.

Doch zurück zu den unterschiedlichen Rollen, die Medien in öffentlichen Debatten einnehmen. Neben der eher defensiven Rolle des Aufklärers („sagen, was ist“, lautete das Motto des Spiegel-Gründers Rudolf Augstein, das bis heute unübersehbar im Foyer des Spiegel-Hauses in Hamburg zu lesen steht) sind Medien auch Debattenverstärker, insbesondere durch die meinungsbetonten Textsorten des Kommentars, der Kolumne oder der Glosse. Sie sind bei Leser*innen und Zuschauer*innen beliebt, wie beispielsweise die Klickzahlen der Kolumnen auf Spiegel Online belegen, ebenso wie Pro-Contra-Darstellungen oder Sondersendungen, durch die Debatten verstärkt werden.

Gleiches gilt für die nach wie vor beliebten TV-Talkshows, auf die zwar schon viele Abgesänge angestimmt wurden, die sich aber nach wie vor eines stabilen Publikums erfreuen, das neben der Information auch den unterhaltenden

Charakter der Sendungen schätzt. Denn in Talkshows wird nicht nur eingeladen, wer etwas zu sagen hat, sondern wer eine klare Position vertritt und auch Widerspruch erzeugt. Trotz des Inszenierungscharakters können diese Formate Orte echter Debatten sein, wenn einige Hinweise beachtet werden. Dazu zählt unter anderem inhaltliche Expertise und Varianz bei den eingeladenen Gästen sowie eine Moderation, die steuert, aber kein eigenes Ziel verfolgt.⁹ Medien werden so zu Orten des Streits und der demokratischen Debatte, die viele Menschen erreichen können.

Gleichzeitig hat die Macht, die Medien in Bezug auf Information und Meinungsbildung haben, auch ihre Schattenseiten. So sind Medienhäuser einem hohen ökonomischen Druck ausgesetzt: Sinkende Auflagen und abnehmende Werbeeinnahmen haben schon so manches Qualitätsmedium in die Insolvenz getrieben. Aber auch diejenigen, die dem Konkurrenzkampf standhalten, passen sich vielfach der oben erwähnten Erregungskultur an: schnelle, emotionsbasierte Berichterstattung, insbesondere in den zugehörigen Online-Medien, die häufig nach dem Prinzip des sogenannten ‚Clickbaitings‘ arbeiten. Mit einer reißerischen Überschrift und lückenhaften Anfangsinformationen wird Neugier geschürt, die die Leser*innen nur befriedigen können, wenn sie durch einen Click auf die Überschrift den dahinterstehenden Artikel aufrufen. Das Medium erzielt dabei höhere Zugriffszahlen, was wiederum höhere Preise für Werbeanzeigen bedeutet.

Die Schnelligkeit des Online-Journalismus macht darüber hinaus fehleranfällig und führt dazu, dass eine differenzierte (und zeitaufwändige) Berichterstattung den offenkundigen Extrempositionen des jeweiligen Themas zum Opfer fällt. Pro und contra, Daumen rauf oder runter – für Grautöne und das Dazwischen ist dann nicht mehr viel Platz. In der Analyse der politischen Berichterstattung wurde dafür der Begriff des ‚Horse-Race-Journalismus‘ geprägt.¹⁰ Journalist*innen berichten zum Beispiel über Wahlkämpfe wie über Pferderennen, bis hin zu einer Entlehnung entsprechender Begrifflichkeiten (‚Kopf-an-Kopf-Rennen‘) und der Einteilung von Politiker*innen in Beliebtheitstabellen.

Durch den Rekurs auf Umfrageergebnisse wird Spannung aufgebaut und es werden Nachrichtenfaktoren wie Prominenz oder Überraschung bedient. Wie die Ergebnisse einer Umfrage zustande gekommen sind oder wie belastbar die berichteten Zahlen sind, wird aber nur in den wenigsten Fällen erklärt und reflektiert. Im Ergebnis stehen Zahlen mit einem häufig zweifelhaften Aussagewert im Raum. Zugleich nimmt die Auseinandersetzung mit Umfrageergebnissen Raum für die Berichterstattung über realpolitische Themen weg, wie beispielsweise aktuelle Gesetzesinitiativen oder laufende Verhandlungen in internationalen Organisationen.

Die genannten Dysfunktionalitäten können aber nicht allein den Medien angelastet werden. Auch hier sei wieder an die individuelle Verantwortung jedes einzelnen Mediennutzers erinnert. Der Rückzug in die Filterblase der eigenen politischen Weltanschauung mag bequem und im algorithmusgesteuerten Netz leicht möglich sein. Dem demokratischen Diskurs dient er aber nicht. Und unser aller Gewöhnung an die Umsonstkultur des Internets bedroht den Qualitätsjournalismus, der seinen Preis hat, den auch jemand bezahlen muss.

SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE POLITISCHE BILDUNGSARBEIT

Nach der Analyse der verschiedenen Rollen von Medien sowie ihrer diskurssteuernden Funktion in der demokratischen Öffentlichkeit, ist abschließend die Frage zu beantworten, welche Schlussfolgerungen sich daraus für die politische Bildungsarbeit ergeben. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien vier Punkte genannt:

1 Medienpädagogik tut not

Die erste und naheliegende Folgerung ist, dass Medienpädagogik wichtiger denn je ist. Einerseits bedeutet dies, dass politische Bildungseinrichtungen selbst medienpädagogische Angebote machen können. Dieser Bereich ist beispielsweise bei der Bundeszentrale für politische Bildung in den vergangenen Jahren deutlich vergrößert worden (einen Überblick gibt die Seite

www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/medienpaedagogik). Zur stärkeren Beachtung der Medienpädagogik gehört aber auch, in allen Angeboten diese Dimension mitzudenken. Wohl jede*r Besucher*in einer politischen Diskussion hat schon einmal erlebt, dass eine Person eine krude Theorie äußert und sich dabei auf einen Blogbeitrag, einen Social-Media-Post oder ähnliches bezieht. Für solche Situationen ist ein eigenes Argumentationsgerüst notwendig, das sich politische Bildungseinrichtungen erarbeiten müssen.

Die starke Verlagerung der Angebote ins Netz insbesondere infolge der Corona-Pandemie macht diesen Arbeitsschritt umso dringender. Denn gerade im Netz tummeln sich Verschwörungsideolog*innen und Verbreiter*innen von Fake News. Die eigenen Mitarbeiter*innen für entsprechende Dialoge weiterzubilden, gehört ebenso zu der notwendigen medienpädagogischen Grundkompetenz einer politischen Bildungseinrichtung wie die Bereitschaft, eigene Informationen klar und verständlich zu begründen sowie deren Quellen benennen zu können.

2 Die eigene Diskursfähigkeit realistisch einschätzen

Gerade seit dem Aufstieg der rechtspopulistischen Bewegung sind die Erwartungen an politische Bildung enorm: Sie soll Menschen mit unterschiedlichen Meinungen versammeln und dann im Dialog dafür sorgen, dass antidemokratische Haltungen zurückgehen beziehungsweise ganz verschwinden. Dies ist jedoch eine Illusion und stellt eine Überforderung politischer Bildungsarbeit dar, die zudem nicht geeignet ist, als Dialog-Feuerwehr grundsätzlich gesellschaftliche Polarisierungstendenzen umzukehren.¹¹ Keine politische Bildungseinrichtung wird eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung erreichen – dies gelingt wie oben ausgeführt eher den Medien.

Gerade deshalb sollten sich politische Bildner*innen darüber klar werden, wer die eigenen Zielgruppen sind und wie mediale Dialoge mit diesen gelingen können. Auch für politische Bildungseinrichtungen ist mediale Präsenz eine wichtige Währung, in der ihre Relevanz gemessen wird und die

dazu beiträgt, ihre Zielgruppen auch zu erreichen. Dennoch sollten politische Bildungseinrichtungen ihre mediale Resonanzfähigkeit nicht überschätzen. Sie sind aus sehr guten Gründen medial eher langweilige Institutionen, da sie nicht als gesellschaftlicher oder politischer Akteur Themen setzen oder Positionen vertreten. Entsprechend niedrig ist ihr institutioneller Nachrichtenwert. In Mediendebatten aufzutreten, würde aber auch ihrer Kernkompetenz widersprechen: als ergebnisoffener Anbieter von Dialogen verschiedene Positionen zu einem Austausch versammeln zu können. Ihre Diskursfähigkeit ist diesbezüglich hoch. Mit Blick auf die Nutzer*innen politischer Bildungsangebote, ist aber die Einschränkung zu machen, dass politische Bildung als freiwilliges Angebot der Erwachsenenbildung nur einen kleinen Teil der Menschen erreicht. Zudem sind es zumindest tendenziell eher höher gebildete und bereits politisch interessierte Bürger*innen, die diese Angebote wahrnehmen. Insofern sind politische Bildungseinrichtungen im Vergleich zur Gesamtheit der Bevölkerung weniger sozial diskursfähig.

Dies ehrlich anzuerkennen, ist eine ihrer Erfolgsvoraussetzungen. Denn dann kann sie durch gezielte Maßnahmen versuchen, ihren sozialen Resonanzraum zu vergrößern, die Heterogenität ihres Angebots zu erhöhen und die Kooperation mit Medien zu suchen, wenn dies auch erfolgversprechend ist.

3 Notwendiger Balanceakt zwischen Medienkritik und der Verteidigung der Pressefreiheit

Politische Bildung muss kritisch sein. Es ist eine ihrer zentralen Aufgaben, die Urteilsfähigkeit der Bürger*innen zu schärfen. Dies gelingt nur, wenn kontrovers diskutiert wird und wenn verschiedene Positionen aus Wissenschaft und Politik genannt und diskutiert werden. So verlangt es der sogenannte *Beutelsbacher Konsens*, die Richtschnur für politische Bildung in Deutschland seit den 1970er Jahren¹². Das gilt besonders für Medien. Gerade weil sie – wie oben ausgeführt – immer eine Interpretation der gesellschaftspolitischen Verhältnisse anbieten, muss über sie diskutiert werden. Hinzu kommt, dass die Mediengeschichte voll von Fehlern und bisweilen auch

bewusster Täuschung ist – man denke aus jüngerer Vergangenheit nur an den aufsehenerregenden Fall des Claas Relotius: Etliche seiner preisgekrönten Reportagen erwiesen sich als Fälschungen. Interessant am Fall Relotius ist jedoch auch, wer den Schwindel aufgedeckt hat: Es war sein Kollege Juan Moreno.¹³ Ein Beleg dafür, dass Journalist*innen selbst diejenigen sind, die Missstände im Journalismus aufdecken, was wiederum ein gutes Argument dafür ist, dass man Medien nicht immer, aber grundsätzlich vertrauen kann.

Die Herausforderung der Medienkritik in der politischen Bildungsarbeit liegt darin, weder die Medien gegen berechtigte Kritik in Schutz zu nehmen, noch der pauschalen Kritik von rechtsaußen (etwa dem ‚Lügenpresse‘-Vorwurf bei den Pegida-Demonstrationen) Raum zu geben. Die Annahme, Medien würden von der Politik oder mächtigen Wirtschaftsinteressen gelenkt werden, ist ebenso falsch wie die Behauptung, bestimmte Sachverhalte würden von ‚den Medien‘ bewusst mit einer bestimmten politischen Interpretation versehen. Nicht zufällig stammen solche Behauptungen aus rechtsextremen oder rechtspopulistischen Kreisen, die der freiheitlich-demokratischen Grundordnung kritisch bis ablehnend gegenüberstehen – sie sind in keinem Fall eine gute Gesellschaft für politische Bildung.

In der politischen Bildungsarbeit die richtige Mitte zwischen begründeter Medienkritik und Abwehr von Pauschalurteilen gegenüber den Medien zu finden, ist nicht einfach. Ob dies gelingt oder Schlagseite zur einen oder anderen Seite entstanden ist, wird im Auge verschiedener Betrachter*innen unterschiedlich bewertet werden. Umso wichtiger ist es für politische Bildner*innen, sich dieser Herausforderung bewusst zu sein und bei der Konzeption der eigenen Angebote diese Konfliktdimension zu bedenken.

4 Die eigene Haltung begründen

Um die eben genannte Herausforderung zu bewältigen, müssen politische Bildner*innen ihre eigene Haltung transparent machen und ihre Argumente begründen können. Erfolgt dies, ist im Umgang mit Medien und Medienpolitik auch der dritte Grundsatz des Beutelsbacher Konsenses erfüllt, das

Überwältigungsverbot. Politische Bildung soll gerade nicht dazu dienen, Überzeugungen hervorzurufen oder zu bestätigen. Sie soll keinen Teilnehmenden mit Informationen und/oder Meinungen überwältigen, sondern das eigene Denken anregen. Damit dies geschehen kann und auch eine kritische Auseinandersetzung mit der Seminarleitung beziehungsweise der politischen Bildungseinrichtung selbst erfolgen kann, müssen Positionen begründet und Aussagen belegt werden. Die Regeln des Pressekodex¹⁴ wie Wahrhaftigkeit, Sorgfalt und Richtigstellung im Falle von Fehlern lassen sich durchaus auf die Anforderungen an politische Bildung übertragen.

Die klassischen Medien TV, Radio und Print sind und bleiben entscheidend für die Wahrnehmung und Deutung der politischen und gesellschaftlichen Gegenwart für jede und jeden Einzelnen. Trotz aller Veränderungsprozesse in der deutschen Medienlandschaft der vergangenen Jahrzehnte, trotz der ökonomischen Krise des Journalismus sind sie ein unverzichtbarer Bestandteil der demokratischen Öffentlichkeit. Die heterogene Gesellschaft, die sich in viele verschiedene Kommunikations- und Meinungsräume aufteilt, braucht dringender denn je Journalist*innen, die auf Grundlage recherchierter Quellen, im Bewusstsein der Wertgebundenheit aller Kommunikation, nach bestem Wissen Informationen vermitteln und einordnen.

¹ Luhmann, Niklas: Die Realität der Massenmedien, Opladen 1996, S. 9.

² ARD/ZDF: ARD/ZDF Massenkommunikation 2020, online unter: www.ard-werbung.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/Massenkommunikation_2020/MK_2020_Publikationscharts_final.pdf [04.10.2020].

³ McCombs, Maxwell E./Shaw, Donald L.: The Agenda-Setting Function of Mass Media, in: Public Opinion Quarterly, 36. Jahrgang, 1972, S. 176-187.

⁴ Beck, Klaus: Kommunikationswissenschaft, 3. Auflage, Konstanz und München 2018, S. 211.

⁵ Rössler, Patrick: Agenda-Setting. Theoretische Annahmen und Empirische Evidenzen einer Medienwirkungshypothese, Wiesbaden 1997.

⁶ Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt a. M. 1992, S. 436.

⁷ Noelle-Neumann, Elisabeth: Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut, Zürich/München 1980.

⁸ Schüle, Christian: In der Erregungsspirale, online unter: www.spiegel.de/spiegel/spiegelwissen/d-157882566.html [04.10.2020].

⁹ Molthagen-Schnöring, Stefanie/Molthagen, Dietmar: Lasst uns reden! Wie Kommunikation in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gelingt, Bonn 2019, S. 39 f.

¹⁰ Littlewood, Thomas B.: Calling Elections: The History of Horse-Race Journalism, Notre Dame 1999.

¹¹ Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Frei – gerecht – solidarisch. Politische Bildung für soziale Demokratie, Bonn/Berlin 2020, S. 11

¹² Beutelsbacher Konsens, online unter: www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens [04.10.2020].

¹³ Moreno, Jean: Tausend Zeilen Lüge. Das System Relotius und der deutsche Journalismus. Berlin, 2019.

¹⁴ Ethische Standards für den Journalismus, online unter: www.presserat.de/pressekodex.html [04.10.2020].

IN TRÜMMERN. DER DEMOKRATISCHE STREIT IM NETZ

CORNELIUS STROBEL

SOZIALE MEDIEN 2020 – ELFMAL VOLKSVERHETZUNG, ZWEIMAL VERGASEN

Ein vollkommen normaler Dienstag irgendwo im Netz. Die Gemeinderätin einer Region im norddeutschen Hinterland postet ein Foto der gestrigen Abendveranstaltung in den sozialen Netzwerken: die Wiedereröffnung der renovierten Gemeindebibliothek. Auf dem Bild sind neben der Rätin und dem Bibliothekar auch zwei Bewohner eines Geflüchtetenheims zu sehen, die zu der Eröffnung eingeladen waren. „Ein schöner Abend! Aus alt mach neu!“, ist das Bild untertitelt. So gut, so unspektakulär, möchte man meinen – vor 35 Jahren waren genau diese Bilder mit genau diesen verstaubten Überschriften tausendfach in den Lokalzeitungen der Republik abgedruckt. Die Redakteure dort hätten in den darauffolgenden Tagen vereinzelt Leserbriefe erhalten, das Geld sei bei dem Ausbau der Umgehungsstraße besser aufgehoben gewesen, die Bücher immer noch alt, das Ausleihsystem hingegen zu neu. Zwei Briefe hätten auf die beiden schwarzen Menschen im Bild abgezielt, was die denn da bitte zu suchen hätten, ‚damals‘ hätte es das nicht gegeben, da wäre man anders mit ‚denen‘ umgegangen. Mit einem Schulterzucken wären diese Briefe wohl in der Ablage gelandet, vielleicht auch im Papierkorb. Alt-nazis halt.

Im Jahr 2020 sieht das allerdings anders aus. Zehn Minuten nach der Veröffentlichung kommentiert ein rechtsextremer Blogger: „Solang die Systemlinge Merkels Kulturbereicherern die Tür aufhalten, so lange werde ich kämpfen!!! #buntereublik #jagdzeit.“ Und der Tanz ist eröffnet. Durch die Reichweite des Bloggers auf den Post aufmerksam geworden, kommentieren Hunderte. „So warm hätten es deutsche Obdachlose auch gern!“ „ICH HÄTTE ES LIEBER WENN ES ALT BLEIBT ALS WENN SO DAS NEUE DEUTSCHLAND AUS-SIEHT!“ „Deine Strafe wird auch noch kommen.“ Gegenrede formiert sich, es wird sich besorgt darüber geäußert, in welche rechtsextreme Richtung viele Kommentare drifteten. Genauso schnell wird das wiederum beantwortet. „Nur weil man die Wahrheit sagt ist man für Euch Nazi!“ „Und was ist mit Linksfaschisten???“ „Ihr werdet untergehen!“

Nach 27 Stunden löscht die Gemeinderätin den Post, nachdem ihr Büro insgesamt 31 Screenshots mit volksverhetzendem Inhalt an die Polizei weitergeleitet hat, genauso wie elf der insgesamt 126 Nachrichten an sie, in denen ihr klar und eindeutig gedroht wurde, zweimal mit dem Tod durch Vergasen.

Der Streit im Netz eskaliert. Drohungen, Hate Speech, digitales Geschrei. Den Post der Gemeinderätin zur Bibliothek hat es so nicht gegeben, er dient hier als Beispiel. Kommentare dieser Art finden sich jedoch täglich unter Artikeln und Posts im Internet, Bedrohungen werden minütlich ausgesprochen. Die politische Eskalation ist quasi Dauerzustand in den sozialen Netzwerken. Wie aber konnte es soweit kommen? Wie konnte dieser Ort aus den einst versprochenen blühenden digitalen Landschaften werden, in denen die Menschen gleichberechtigt, beseelt vom Konsens, der allein durch Debatte entsteht, am runden Tisch der Demokratie Platz nehmen? Und kann das Rad noch zurückgedreht werden? Um dies zu klären, werde ich im Folgenden die Entwicklung der sozialen Medien nachzeichnen, um daran anschließend fünf Thesen zu formulieren. Diese Thesen erwachsen nicht zuletzt eher meinen Beobachtungen als langjährigen Studien und doppelt geprüften, validen Zahlen. Aber mit post-faktischer Argumentation bewege ich mich ja ganz auf der Höhe der Zeit. Sie sind eher zur Diskussion um den Zustand des Streits im Netz geeignet als zum Quellenzitat. Nicht zuletzt sind sie pessimistisch. Um das zumindest halbwegs aufzufangen, soll zum Schluss die Frage gestellt werden, wie man dem Ganzen vielleicht doch noch Herr werden kann. Anders formuliert: Wie sich die politische Bildung aufstellen muss, um in diesem Zimmer aufzuräumen, in dem ziemlich viel Geschirr in Trümmern auf dem Boden liegt. Dazu sollte man sich jedoch zuerst anschauen, wie es anfangs einmal eingerichtet werden sollte.

DIE ENTWICKLUNG VON SOZIALEN MEDIEN

„Schöne neue Welt“ – die Utopie der sozialen Medien als *Digitale Agora*

Zu allen Zeiten, in denen der technische Fortschritt Neues hervorbringt, gibt es neben den Stimmen, die nun den Untergang der Welt endgültig angebrochen

sehen, ebenso die Stimmen derer, für die quasi der Heiland geboren wurde. So ähnlich war dies auch in der Entstehungsphase der sozialen Kommunikation übers Netz, spätestens als sich das ausformte, was ‚Web 2.0‘ genannt wurde. Die Wandlung vom klassischen Produzent*innen-/Konsument*innen-Modell des Web 1.0 hin zu dem, was als ein Netzwerk aus sogenannten Prosument*innen¹ verstanden wird, ließ die größten Utopien aufkommen. Im alten Griechenland gab es die Agora, den Marktplatz, der als Versammlungsort für demokratische Debatten und Rechtsprechung genutzt wurde. Die Idee einer *Digitalen Agora* versprach nun, dass sich zuvor von der Gesellschaft ausgeschlossene Minderheiten nun Gehör verschaffen könnten, die Regierten könnten den Regierenden direkt adressieren, Informationen ungefiltert zu denjenigen gelangen, die es betrifft. Die zuvor so träge Masse könne die Demokratie wieder leben, Debatten in riesigen, grenzüberschreitenden Räumen geführt werden². Das goldene Zeitalter der E-Democracy sei angebrochen³. Doch schon 1998 merkte der amerikanische Politikwissenschaftler Benjamin Barber bezüglich dieser Utopien kritisch an, dass der Wandel der politischen Öffentlichkeit weniger von den technischen Voraussetzungen abhängig sei als von „der Qualität unserer politischen Institutionen und dem Charakter unserer Bürger“⁴. Wie recht er doch behalten sollte.

„Haben die vor Kurzem auf Facebook gezeigt!“

Die Vereinnahmung digitaler Medien durch den Rechtspopulismus

Denn *die* Öffentlichkeit, wie sie in Zeiten der *klassischen* Medien mit der Tageszeitung morgens und der Tagesschau abends kanalisiert erreicht wurde, löste sich in der Folge mehr und mehr auf. Durch die Allgegenwärtigkeit von Information über unzählige Kanäle differenzierten sich Teilöffentlichkeiten aus, von denen einzelne vermehrt Gefahr liefen, sich vom gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu entkoppeln. Der Philosoph Jürgen Habermas warnte schon 2008 davor, dass diese Entwicklung in Demokratien dazu führe, dass sich gesellschaftliche Teilbereiche von der Diskussion abwendeten, die gemeinsam geführt werden müsse, und so Aufgaben nicht mehr gemeinsam bearbeitet werden könnten, die der politischen Gesamtheit gestellt würden⁵. Die wohl wirkmächtigste Teilöffentlichkeit im Netz entstand im Kontext der Ukraine-Krise, bei

der die Darstellung insbesondere in den vermeintlich ‚offiziellen‘ Öffentlich-Rechtlichen Medien als ‚Mainstreamlügen‘ abgetan wurde. Von diesem Startpunkt aus entwickelte sich eine Bewegung, die Züge einer ‚digitalen Opposition‘ trug. Alles, was vom vermeintlich ‚linksliberalen‘ elitären Mainstream ins Feld geführt wurde – seien es die gleichgeschlechtliche Ehe oder Fragen zu nachhaltiger Ernährung – zerrissen die „Totalablehner“⁶ in den sozialen Medien. Es blieb dann meist bei der Verweigerung – Gegenvorschläge zur gesamtgesellschaftlichen Debatte brachten sie wenige vor, es blieb bei einem lautstarken ‚NEIN!!!‘ Die Teilöffentlichkeit wurde so zur Gegenöffentlichkeit. Spätestens mit dem starken Zustrom an Geflüchteten im Jahr 2015 radikalisierte sich die schon zuvor zu größten Teilen rechtspopulistisch geprägte digitale Gruppierung. Die 2013 gegründete *Alternative für Deutschland* (AfD) erkannte die Mechanismen und Dynamiken der sozialen Medien deutlich schneller als die anderen Parteien. Die kurze, prägnante Darstellungsform von Inhalten in Medien wie Twitter oder Facebook, gepaart mit einer oft emotionalisierenden Ansprache, begünstigte die Verbreitung von populistischen Inhalten⁷. Die aktuellen Zahlen verdeutlichen das beeindruckend: 85 Prozent aller auf Facebook weiterverbreiteten Beiträge deutscher Parteien stammen von der AfD⁸, die Bundespartei hat hier mit mehr als 500.000 ‚Gefällt das‘-Angaben immer noch weit über 100.000 mehr als die CDU und SPD zusammen, die beide bei ca. 190.000 liegen.

Ein wohlig-warmes Filterblasenbad: die Mechanismen der sozialen Medien

Der Rechtspopulismus wusste so von Anfang an die Klaviatur der sozialen Medien zu bedienen. Statt dreißigminütigen Interviews von Bundestagsmitgliedern, die sichtlich unwohl vor Bücherwänden sitzend über die aktuellen Themen des Agrarausschusses referierten, lieferten sie große Bilder und wenig Text. So ließ sich die Wählerschaft direkt und ohne Umwege ansprechen. Die übrigen Parteien sahen sich das Schauspiel auf Facebook erstaunt – und zumeist bewegungslos – an⁹. Der Zuspruch gab der AfD schon früh recht¹⁰, die Anhängerschaft wurde insbesondere über die sozialen Medien gewonnen und an die Ideenwelt des Rechtspopulismus herangeführt. Das lag nicht zuletzt an

einem Effekt, den die Kommunikationswissenschaft als ‚Echokammer‘ bezeichnet. Der Austausch mit Gleichgesinnten im digitalen Raum verstärkt die politische Perspektive und lässt andere Perspektiven zunehmend hinten-über fallen¹¹. So versammelte sich die rechtspopulistische Gegenöffentlichkeit in den Kanälen und auf den Facebookseiten ihresgleichen. Ein anderer Effekt führte zu einer weiteren Verstärkung. Soziale Medien wirken insbesondere im Kontext der Radikalisierung wie ein verzerrter Verstärker: Durch den Zuspruch – durch die Likes und Shares von Gleichgesinnten – wird der Absender beziehungsweise die Absenderin der Botschaft in seiner politischen Ausrichtung bestätigt und motiviert sich und andere zu weiteren Aussagen, die von der versammelten Echokammer unterstützt werden. Der Zuspruch führt darüber hinaus zu einer Verschiebung des Sagbaren. Rechtsextremes Gedankengut wird immer mehr toleriert – der Vorredner hatte sich ja schon ganz ähnlich geäußert. So wird der Verstärker immer weiter aufgedreht. Die Zahl der Likes steigt, der Ton wird schriller und schriller.

Die Mechanismen der Echokammern finden sich nicht nur in der rechtspopulistischen Gegenöffentlichkeit. Linksalternative ‚Blasen‘ ergehen sich in internen Debatten mit „fast schon religiösem Charakter“¹², mit dem Effekt, dass die Debatte nach außen versiegt. Jedoch sind es vor allem die rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräfte, welche die Dynamiken der sozialen Medien für sich gewinnbringend nutzen. Brasilien und die USA zeigen auf beeindruckende Art und Weise auf, wie weit die Mobilisierung rechter Bevölkerungsgruppen gehen kann – auf Kosten der Fakten und der demokratischen Strukturen¹³. Es wird umgedeutet, emotionalisiert und nicht selten gedroht. Unabhängig vom Kontinent: Soziale Medien verstärken bei vielen Menschen Ängste. So sind einige der Grundpfeiler rechtsextremer Propaganda, wie Bedrohung durch Fremdes von außen und Zerstörung nach innen, prädestiniert, um die Ängste mithilfe sozialer Netzwerke zu verstärken¹⁴.

Angekommen: die digitale Welt des Rechtsextremismus

All dies führte zum Aufstieg des Rechtsextremismus in der digitalen Welt. Rechtsextreme Trolle kapern, nicht selten vernetzt und in abgestimmten

Aktionen, auf Twitter Hashtags von zivilgesellschaftlichen Initiativen¹⁵, Politikerinnen lassen sich via Facebook über Tötungen von Kindern an Grenzen aus, in so genannten ‚Chans‘, digitalen Plattformen, verbreiten sich Memes, also Fotos oder Videos, mit rassistischen und antisemitischen Abbildungen millionenfach. Rechte Verschwörungserzählungen, durchsetzt mit rassistischer und antisemitischer Ideologie, verbreiten sich nicht erst seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie Anfang des Jahres 2020 rasant im Netz¹⁶. Auch durch diese rechtsextremen Verschwörungsideologien werden immer wieder Einzelne online dazu motiviert, offline Taten Folgen zu lassen. Ein Rechtsextremist erschießt 2019 den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der sich zuvor für Geflüchtete eingesetzt hatte. Ein paar Monate später versucht ein rechtsextremer Attentäter, die Synagoge in Halle (Sachsen-Anhalt) zu stürmen, er tötet zwei Menschen. Im hessischen Hanau werden Anfang 2020 zehn Menschen von einem rassistisch motivierten Attentäter erschossen. Ob in Deutschland, im neuseeländischen Christchurch oder im US-amerikanischen El Paso: Die Attentäter hatten sich allesamt im Netz radikalisiert. Dass ein Zusammenhang zwischen rechtspopulistischer Propaganda, rechtsextremer Agitation und rechtsterroristischen Planungen besteht, darüber herrscht unter Experten fast ausnahmslos Einigkeit¹⁷.

DER DIGITALE STREIT – FÜNF STEILE THESEN

Das ist der Status der sozialen Medien in diesen Tagen. Zugegebenermaßen ist er in etwas dunklen Farben gemalt – natürlich existiert auch der demokratische Streit im Netz, es gibt ihn ja dennoch, den Austausch, den Dialog und das Entgegenkommen. Dennoch besteht aus meiner Sicht eine enorme Schieflage in der digitalen Debatte. Und der Anschein, dass der gewinnbringende Streit in Trümmern liegt, ist nicht zuletzt den oben beschriebenen Entwicklungen zu verdanken. Ich begleite diesen Prozess als politischer Bildner im Fachbereich Extremismus der Bundeszentrale für politische Bildung nun seit knapp einem Jahrzehnt. Diese Zeit war mit vielen Gesprächen, Debatten und auch nicht wenig Verzweifeln über den Stand des demokratischen Streits im Netz ver-

knüpft. Aus diesen Gesprächen und Beobachtungen sind die nun folgenden Thesen entstanden. Sie beziehen sich in erster Linie auf das größte soziale Netzwerk, auf Facebook. Zu Teilen sind sie polemisch zugespitzt, zumindest sind sie streitbar. Ich möchte sie in den Raum stellen, weil anhand dieser Thesen möglicherweise Ansätze entwickelt werden können, wie man der Eskalation im Netz Herr werden kann.

„Jochen, 44, wütend“ – eine Generation im Angriffsmodus

Den ‚Posterboy‘ der Gegenöffentlichkeit im Netz kann man insbesondere in Zeiten von Corona ganz hervorragend in seiner natürlichen Umgebung, der Kommentarspalte auf Facebook beobachten. In seinem Idealtypus ist er Anfang 40 und hat einen beruflichen Hintergrund im Ingenieursbereich. Er sieht seine Existenz mitnichten durch ein Virus gefährdet. Das sei zu großen Teilen die Lüge von denen, die ihn unterdrückten. ‚Die‘, das sind die Medien, die Regierung, ihre Institutionen, die gesammelte ‚Linke‘. Die wird übrigens nicht weiter differenziert, die ‚Linke‘ umfasst alles von der Antifa bis hin zur liberaleren CDU-Wählerschaft. Alle vereint im Kampf gegen ihn, den ‚freiheitsliebenden Querdenker‘. Und das macht ihn wütend, und diese Wut drückt sich in massenhaftem Posten und Kommentieren aus. Sein Drang, sich zu äußern, scheint grenzenlos, ähnlich scheint es sich mit seinem Fachwissen zu verhalten. In Zeiten von Corona tritt er als Virologe auf, bei Debatten zum Klimawandel ist er Meteorologe, bei Migrationsfragen ist er Genforscher und bei Ernährungsfragen hat er einen Abschluss in Ökotoxikologie¹⁸.

Insbesondere Corona lässt so eine ‚Denkschule‘ entstehen, die aus meiner Sicht stark von der Zeit beeinflusst ist, in der sie sozialisiert wurde. Die Zeit des Kalten Krieges war geprägt von einem klaren Freund-Feind-Denken, einer fast binären Aufteilung in Gut und Böse. So konnte jede Ausprägung des politischen Alltags in dieses Schema eingeordnet werden. Gleichzeitig wuchs diese Generation, insbesondere im Westen, mit dem Denken auf, dass ein immerwährender Zugriff auf Ressourcen Grundlage der persönlichen Freiheit darstellt. All dies geschah in einer Zeit, in der Nachrichten und politische Informationen über ein paar mediale Kanäle vermittelt wurden. Im Westen

waren das die Fernsehprogramme von ARD, ZDF und den Dritten, etwas später noch zwei bis drei private Kanäle. Die Zeitung am Morgen komplettierte das Informationsportfolio. Diese Generation wird nun in eine Welt ‚geworfen‘, in der Information allgegenwärtig ist. Nachrichten, ‚Fakten‘, ‚Wahrheiten‘ prasseln auf sie ein, über Kanäle, mit denen sie nicht aufgewachsen ist. Durch das Ende der Machtblöcke und die vollends globalisierte Welt löst sich das klare Gut-Böse-Schema zunehmend auf, die Welt wird komplexer, immer mehr Graustufen entstehen. Die digitale Revolution bringt immer neue Techniken der Informationsgewinnung hervor. Das überfordert viele. Und macht auch wütend¹⁹. Das durch Informationen überforderte, wütende Kind des Kalten Krieges sucht sein Heil allerdings nicht im Rückzug aus den sozialen Medien. Im Gegenteil, es geht in den Angriffsmodus über. Auf der Suche nach Eindeutigkeit, nach einem klaren ‚Ja‘ und ‚Nein‘ wird auf Facebook, auf Twitter und in den übrigen Medien, in denen sich der Einzelne äußern kann, geschrien und getobt. Und das vor allem gegen diejenigen, die ihnen vermeintlich ihre Privilegien nehmen. Vor dem Hintergrund, dass die eigentliche Freiheit in den Augen des Vertreters der Gegenöffentlichkeit bedeutet, jederzeit auf alles zuzugreifen, ist für ihn jede noch so geringe Einschränkung dieser Freiheit ein Akt des direkten Faschismus in der Neuzeit. Und sei es nur das Gebot, dass man im Supermarkt für 15 Minuten eine Maske tragen muss. Auf der Suche nach Eindeutigkeit und dem Versprechen, dass altbewährte Privilegien beibehalten werden, flüchten sich die Suchenden nicht zuletzt in Verschwörungserzählungen. Diese versichern ihnen, dass es eigentlich ganz anders sei, als es zu sein scheine²⁰, die Mächtigen regierten die tumben Massen, es bestehe eine klare Linie zwischen Verschwörer*innen und denen, die gelenkt werden. Nur diejenigen, die der Sache auf den Grund gehen, zeigten wirklichen Verstand. So wird die überfordernde Uneindeutigkeit in vermeintliche Eindeutigkeit umgewandelt, so wird der Überforderte zum eigentlichen Hüter des Wissens.

Der Kern der Problematik liegt in der Medienkompetenz. Nachfolgende Generationen wurden in dem Bewusstsein erzogen, dass sie sich in einer Welt der ständigen technischen, digitalen und kommunikativen Umwälzung

bewegen. Die Generation des Kalten Krieges hingegen, beziehungsweise diejenigen, die sie mit der Welt vertraut machten, all das noch nicht. So muss eine der Kernaufgaben der Gesellschaft darin liegen, dieser Generation die ‚Nachhilfe‘ in Medienkompetenz zu geben, die sie zu ihrer Schulzeit verpasst hat. Quellenkritik muss vermittelt werden, genauso wie das Aushalten von Uneindeutigem, das Prüfen der Glaubwürdigkeit, die kritische Distanz zur Information – und die auch gegenüber allen Nachrichten, nicht nur gegenüber der Tagesschau, sondern auch gegenüber dem Youtube-Kommentar des Users *Wahrheit1488Deutschland*. Die Frage bleibt, ob das gelingt.

Like-Zahlen sind alles andere als ein Wahlbarometer

Wie schon oben erwähnt, ist der Mitteilungsdrang der Gegenöffentlichkeit nahezu grenzenlos. Das führt für viele Beobachtende der sozialen Medien zum Eindruck, dass die Kräfteverhältnisse zwischen wütenden, ungefähr 30 bis 35 Jahre alten, meist männlichen Facebook-Gesellschaftskritikern und dem gesamten Rest der politischen Bundesrepublik bei ungefähr 65 zu 35 liegt. Abseits vom Drang, sich und seine Meinung überall zu verbreiten, spielt diesem scheinbaren Kräfteverhältnis noch ein anderer Faktor in die Hände. Die Nutzerzahlen von Facebook sinken in allen Altersgruppen seit ein paar Jahren rapide. Nutzten 2018 noch 76 Prozent der Deutschen das soziale Netzwerk, ist die Zahl innerhalb von nur zwei Jahren um 16 Prozentpunkte gefallen. Besonders desaströs ist der Abfall bei der Nutzergruppe der Heranwachsenden: 2014 nutzten noch 92 Prozent der 16- bis 19-Jährigen das Portal, die Zahl liegt 2020 bei 36 Prozent²¹. Bei der Alterskohorte zwischen 30 und 49 betrug der Abfall in den letzten beiden Jahren hingegen ‚nur‘ ungefähr zehn Prozent. Facebook wird also zum einen leerer an Nutzern, zum anderen wird es eindeutig älter. Und auch diejenigen, die noch anwesend sind, werden in der Gesamtheit deutlich stiller: Von 2017 zu 2018 ging die Nutzeraktivität auf Facebook um 39 Prozent zurück²². Es scheint fast so, als schreie allein die Gegenöffentlichkeit unvermindert in einen Raum, der sich zunehmend leert. Möglich, dass sich das bedingt: Vielleicht hat ein Großteil der digitalen Bevölkerung keine Lust mehr auf Geschrei. Ganz abgesehen davon, dass wohl

in keiner Zeit eine 18-Jährige Spaß daran hatte, in einem Laden voller Mittvierziger mit schlechter Laune zu stehen.

Der Eindruck, dass Facebook den Meinungsquerschnitt der Bevölkerung darstelle, trügt also. Das politische Deutschland, was sich hier präsentiert, hat eine Schlagseite. Diese Erkenntnis kann nur teilweise beruhigen. Einerseits handelt es sich trotz all der Bedeutung von Politisierung in sozialen Netzwerken nur um einen geringen Ausschnitt aus der Gesamtheit aller Lebenswelten in der deutschen Gesellschaft. Der Troll der Identitären Bewegung mag die Kommentarspalten der Gemeinderätin und Restdeutschlands noch so vollschreiben: Er ist die Minderheit. Andererseits verstärkt die Flucht eines immer größer werdenden Teils der Gesellschaft aus den sozialen Netzwerken den oben beschriebenen Effekt der Echokammer bei der rechtspopulistischen Gegenöffentlichkeit. Die sieht sich darin bestärkt, die ‚wahre Stimme des Volkes‘ zu vertreten. Der Kommentar, dass die Gemeinderätin mit den Geflüchteten gerne mitsamt der Bibliothek nach Afrika abwandern könne, hatte noch dreimal so viele Likes wie die Gegenrede vom ‚linksgrünen Gutmenschen-Studenten‘. Die Gegenöffentlichkeit driftet so in ihrer Selbstvergewisserung immer weiter ab.

Das Unnatürliche an sozialen Medien überfordert den Menschen

In Zeiten der digitalen Globalisierung kann der 74-jährige Niederlausitzer dem 19-jährigen New Yorker Enkel aus Williamsburg seine Geweihsammlung zeigen, Vorstandssitzungen können auf allen Kontinenten gleichzeitig stattfinden, Menschen in Sansibar tauschen sich mit Menschen in Grönland aus. Ein absolutes Wunder, wenn man in Zeiten des Ersten und Zweiten Deutschen Fernsehens und der grünen Standardtelefone der Deutschen Post aufgewachsen ist. Doch der baden-württembergische Aktivist der Identitären Bewegung kann dem norddeutschen Gemeinderat genauso ausführlich erläutern, was eigentlich ‚der Volkstod‘ sei und welche Schuld er daran trage, der 44-jährige Jochen kann über die 17-jährige Greta wüten und ihr einen grausamen Tod wünschen, weil sie die Schule ausfallen lässt.

Schon die erste These handelte von Überforderung. Es scheint, als ob diese auch auf einer anderen Ebene zu finden ist: Die vollkommene Vernetzung der Welt, die Information nicht nur jederzeit, sondern auch von überall – der Mensch ist nicht dafür gemacht. Oft hört man bei Ernährungsfragen oder bei Informationen über Reflexe, dass bestimmte Grundzüge des menschlichen Körpers noch aus der Frühzeit des Menschen stammen, als er in einer Gruppe von 20 bis 30 Angehörigen durch die Wälder zog. Das menschliche Hirn wiederum ist möglicherweise noch darauf eingestellt, in der Meinungsvielfalt eines Dorfes oder einer Siedlung von 200 bis 300 Menschen zu leben. Er scheint, die Begrenzung zu benötigen. Auch nachdem der Mensch seine Dörfer verließ, verblieb er doch in relativ streng abgegrenzten Sozialmilieus, die seine Meinung bestätigten und den sozialen und politischen Erfahrungshorizont kanalisieren²³. Heutzutage trifft er auf riesige Meinungsräume, auf Tausende Einstellungen, Meinungen, Prägungen aus der ganzen Welt. Das können viele nicht verkraften – hier kommen wir ein weiteres Mal auf die Medienkompetenz zurück, die eine bestimmte Widerstandskraft gegenüber der Vielzahl der Eindrücke aufbaut – hier auch Resilienz genannt²⁴. Die Überforderung lässt auch gefestigte Präventionsansätze ins Wanken bringen. Eine grundlegende These der Rassismusprävention besagt, dass die Begegnung mit dem ‚Fremden‘ die Angst und Ablehnung gegenüber diesem abbaut, anders gesagt: Wer mehr schwarze Menschen kennt, überwindet seine durch Sozialisation geprägten Vorurteile gegenüber schwarzen Menschen eher. Die rechtsextreme Instrumentalisierung der sozialen Medien vermindert diesen Effekt. Menschen im Nahraum dieser digitalen Echokammer bauen rassistische Stereotype auch bei einer vermehrten Begegnung mit ‚dem Fremden‘ in der analogen Welt weniger ab: sie haben durch die Einbindung in konstante rassistische Darstellungen auf Facebook, Twitter und Co. ja diverse Bestätigungen ihres stereotypen Denkens²⁵.

Vom Horizont verschwunden – die ‚Gegenöffentlichkeit‘ ist nicht mehr erreichbar

Viel wurde in den letzten Jahren darüber debattiert, wie man ‚verlorenes Vertrauen‘ wieder zurückgewinnen könne. Oft wurde angemahnt, man müsse

‚Sorgen ernst nehmen‘. Und so sehr es stets vonnöten ist, offen zu sein für Argumente und sich nicht aus ideologischer Vorprägung der Debatte von vornherein grundsätzlich zu verschließen, so wenig ertragreich scheint der Diskurs mit der oben beschriebenen Gegenöffentlichkeit in vielen Fällen. Ein drastisches, aber dennoch ziemlich anschauliches Beispiel dafür sind Gespräche mit der Anhängerschaft von Verschwörungserzählungen. Konfrontiert man sie mit Fakten, lehnen sie diese als gefälscht ab. Ignoriert man ihre Verschwörungserzählungen, blendet man in ihren Augen scheinbar bewusst ‚die Wahrheit‘ aus. Zeigt man Grenzen auf, lautet der Vorwurf, man würde durch Zensur ‚die Wahrheit‘ unterdrücken. Wie man es macht, man spielt der Verschwörungserzählung in die Hände. Zu weit ist man in vielen Fällen schon von den Grundlagen eines gewinnbringenden demokratischen Streits im Netz entfernt.

Vor ein paar Jahren versuchte ich, in einem Kommentarstrang auf Facebook mit Fakten zu argumentieren. Es ging, soweit ich mich erinnere, um Kriminalitätsstatistiken. Auf die Aussage einer Nutzerin, dass man sich in Deutschland durch die Geflüchteten nicht mehr sicher fühle und in fast allen Städten Anarchie, Mord und Totschlag auf offener Straße an der Tagesordnung seien, entgegnete ich mit einer Statistik des Bundeskriminalamtes (BKA), die eine gleichbleibende Kriminalität bewies, in manchen Teilbereichen war sie gesunken. „Immer wenn ihr nicht mehr weiterwisst, kommt ihr mit Fakten!!!“ war die Einleitung ihrer Gegenrede. Danach wurde erläutert, dass sie da ein anderes Gefühl habe. Die vollkommene Ignoranz gegenüber jedweder Sachlage ist dann aber auch gleichzeitig der endgültige Ausgang eines Menschen aus seiner Mündigkeit. Jede Debatte, die auf einen demokratischen Konsens gerichtet ist, muss dann fehlschlagen.

Diese Entwicklung wird weitergehen. Schon jetzt kann sich die Gegenöffentlichkeit vor Angeboten der ‚alternativen Berichterstattung‘ kaum retten. Kein Wunder, hier liegt eine Menge Geld. Und so haben gut ausgestattete Verlage hunderte Publikationen mit verschwörungsideologischem Inhalt herausgegeben, veröffentlichen Online-Portale täglich Nachrichten mit ‚unbequemen Wahrheiten‘ und nicht zuletzt diverse rechtsextreme Youtuber und Blogger ‚ihre Wahrheiten‘. Corona hat hier dem Wachstum noch einmal Schub gegeben. Diese Entwicklung

wird sich fortsetzen. Einen Großteil dieser Gegenöffentlichkeit wieder in die Debatte zurückzuholen, scheint bei einem Blick auf ihr Verhältnis zu Fakten und nicht zuletzt auch bei einem Blick auf ihre Beziehung zum Grundgesetz nahezu aussichtslos. Vielmehr wird sich das digitale Abdriften weiter fortsetzen. Es werden, ähnlich wie schon in den USA geschehen, zunehmend eigene kulturelle Räume dieser Gegenbewegung entstehen, die sich dann vollends von gesellschaftlichen Realitäten abgekoppelt haben. Diese Räume werden ein zentrales Rückzugs- und Rekrutierungsgebiet des sich verfestigenden rechtspopulistischen und rechtsextremen Milieus in Deutschland werden.

Die nachfolgende Generation: ein Silberstreif am Horizont

Bei den Analysen der Nutzer*innenzahlen wurde es schon deutlich: Die Jugend wendet sich immer mehr von den großen Debattenräumen der sozialen Medien ab. Das soll natürlich nicht heißen, dass sich ihr Leben nicht in zentralen Punkten in sozialen Medien abspielt – Instagram gewann angesichts der Abwanderung von Facebook enorm an Bedeutung. Der derzeit heftig diskutierte chinesische Anbieter TikTok verzeichnete rasante Zuwächse. Darüber hinaus haben Messengerdienste enorm an Bedeutung gewonnen. Was insbesondere die Anbieter Instagram und TikTok von Medien wie Facebook oder Twitter unterscheidet, ist der geringe Stellenwert der Debatte. Natürlich hat auch Instagram eine Kommentarfunktion, und der dort verbreitete Ton hat sich insbesondere in den USA in den vergangenen Jahren sicherlich nicht in die freundliche Richtung entwickelt. Dennoch konzentrieren sich beide großen Portale auf die ästhetische Darstellung von Inhalten – Instagram mit einem Schwerpunkt auf Bildern, TikTok mit dem Fokus auf Tanzdarstellungen und Playbacksingen. Die politische Debatte steht im Hintergrund – bei TikTok schon allein deswegen, weil Inhalte, die für die chinesische Regierung missliebig und kritisch sind, gelöscht werden, der Fokus soll bewusst bei Unterhaltung bleiben²⁶. Das ist eindeutig kritikwürdig – die dennoch gleichbleibende Attraktivität bei jungen Nutzerinnen und Nutzern, die nicht im chinesischen Einzugsgebiet leben, zeigt aber darüber hinaus, dass es ein Bedürfnis nach der Flucht aus den großen politischen Diskussionen im Netz gibt. Auch Instagram bleibt im Vergleich zu

Facebook erstaunlich unpolitisch. Es scheint, als sei die neue Generation müde vom Streit in den riesengroßen Debattenräumen, als wende sie sich ab und begrenze bewusst den Kreis. Denn unpolitisch ist diese Generation bei Weitem nicht²⁷. Fridays for Future ist ein beeindruckender Beweis, und auch hier spielte die digitale Vernetzung und Information eine beträchtliche Rolle. Die politische Debatte aber scheint von dieser Generation wieder in den analogen Raum oder auch in begrenzte Kommunikationskreise von Whatsapp- und Telegram-Gruppen verschoben zu werden. Die heranwachsende Generation scheint gemerkt zu haben, dass die Jahre des Streits keine Veränderung, keinen Wandel hervorgerufen haben, sondern Stillstand. Und die Generation, die direkt in die Anfangstage einer globalen Katastrophe wie dem Klimawandel hineingeboren wurde, scheint mit diesem Stillstand nichts anfangen zu können.

WAS VOR UNS LIEGT ...

Die dargestellte Entwicklung der sozialen Medien, genauso wie die Thesen zur Gegenöffentlichkeit und zum Zustand des politischen Streits im Netz zeichnen ein düsteres Bild. Vor 35 Jahren, in Zeiten der eingangs beschriebenen Leserbriefe, blieb die Vorgängerversion der Gegenöffentlichkeit eingegrenzt – die Schreiben landeten zu großen Teilen im Papierkorb. Heute ist der Hass auf Facebook sichtbar, und dadurch wächst er und vernetzt sich. Die Frage bleibt, was denn nun die Gesellschaft, insbesondere die politische Bildung und die Prävention eigentlich noch tun können. Was macht sie mit dem Teil von ihr, der sich mehr und mehr vom Debattentisch entfernt und stattdessen die Gemeinderätin und die von ihr veröffentlichten Fotos von Abendveranstaltungen belagert? Kann das Zimmer des demokratischen Streits im Netz mit seinen Trümmern noch einmal so wiederhergestellt werden, dass ertragreiche Debatten darin geführt werden können? Kann die anscheinend schon zu Beginn der sozialen Medien utopische Vorstellung einer *Digitalen Agora* zumindest in Ansätzen realisiert werden?

Die Antwort hierauf fällt nüchtern aus. Die rechtspopulistische Gegenöffentlichkeit wirkt mehr und mehr unwillig, sich am demokratischen Streit zu

beteiligen, wenn es nicht auf Anschreien oder auf einen monotonen Abgesang auf die parlamentarische Demokratie hinausläuft. Die Gesamtgesellschaft sollte gesprächsbereit bleiben, um nicht in dieselben Muster der Verweigerung zu verfallen. Die große Gefahr hierbei besteht allerdings darin, dass der demokratische Streit vonseiten der Gegenöffentlichkeit nicht dazu geführt wird, den Konsens zu erreichen, sondern um die Demokratie und ihre Grundwerte der Gleichwertigkeit abzulehnen. Eine Debatte, die hier keine Grenzen aufzeigt, verfällt in eine Promotiontour für Rassismus und Hetze.

Die wohl erfolgversprechendste Überlegung zur Befriedung des demokratischen Streits im Netz scheint immer noch die Aufwertung von Medienkompetenz. Politische Bildung muss hier die Wege gehen, die in den Jahrzehnten zuvor nur unzureichend begangen wurden. Ob der 44-jährige Jochen dadurch dann erreicht wird? Das scheint fraglich. Es muss dennoch zumindest versucht werden. Dafür bedarf es allerdings immenser Anstrengungen. Neue Ansätze der Vermittlung müssen entwickelt werden, und dafür braucht es Expert*innen auf dem Feld der Medienkommunikation, die sich gegen eine Karriere in Agenturen in Altbau-Lofts und für ein Leben in der doch irgendwie trister wirkenden Welt der Prävention entscheiden. Denn eines der Probleme scheint zu sein, dass Angebote für Menschen, die im Digitalen nicht zurechtkommen, von Menschen entwickelt werden, die zumindest auch noch eine Bedienungsanleitung dafür brauchen.

Aus den Präventionsansätzen für Verschwörungserzählungen stammt der Grundsatz, dass man sich weniger um die eingefleischte Anhängerschaft der Mythen kümmern müsse als um die unentschlossenen Herumstehenden. Und vielleicht muss auch darüber hinaus der Fokus weg von den Wütenden hin zu denen wandern, die still bleiben und zuschauen. Diejenigen muss man direkt ansprechen. Auch das bedarf einiger Anstrengungen, denn das Angebot der Gegenseite klingt – insbesondere in sozialen Medien – sicherlich erst einmal spannender: kurze Texte, klare Botschaften, wenig einerseits/andererseits, dafür viel ‚Wahrheit‘ und ‚Klartext‘. Ohne die Botschaft des differenzierten Denkens aufzugeben, muss die politische Bildung hier wohl doch manchmal etwas lauter werden.

Und die Jungen? Die wandern, wie beschrieben, in andere Räume ab. Soziale Medien werden zur Vernetzung und Information genutzt, Debatten werden ausgelagert, der demokratische Streit findet vermehrt abseits der großen Bühnen der Kommentarspalten statt. Wenn man sich die beschriebene Entwicklung der Debatte anschaut, tut die Generation gut daran. Die jungen Menschen haben im Vergleich zu ihren überforderten Eltern schon mehr Abwehrkräfte gegen das Übermaß an Information. Gegen subtilere Beeinflussung müssen auch sie gewappnet sein, wenn zum Beispiel ein ‚weißes Europa‘ in Form von schönen Bildern auf Instagram propagiert wird²⁸. Medienkompetenz muss auch hier noch ausgebaut und in viel weitreichenderer Form in Lehrpläne aufgenommen werden.

Zuletzt bleibt wohl nur der Rat, sich beim Blick auf den Zustand des demokratischen Streits im Netz immer wieder bewusst zu machen, dass die Kräfteverhältnisse der Demokratie eine andere Sprache sprechen. So viele Likes der Kommentar „Ihr werdet untergehen!“ unter dem Bild des Gemeinderats auch hat – die Mehrheit sieht das anders. Tun wir alles dafür, dass das so bleibt.

¹ Szymusiak, Thomas: Prosumption – ein neues Konzept. Zwischen Markt und Ökologie, München 2013.

² Wilhelm, Anthony G.: Democracy in the Digital Age. Challenges to Political Life in Cyberspace, New York, London 2000.

³ Kneuer, Marianne: Politische Kommunikation und digitale Medien in der Demokratie, online unter: <https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/medienpaedagogik/medienkompetenz-schriftenreihe/257593/politische-kommunikation-und-digitale-medien-in-der-demokratie> [08.10.2020].

⁴ Barber, Benjamin R.: Wie demokratisch ist das Internet? Technologie als Spiegel kommerzieller Interessen, in: Leggewie, Claus/Maar, Christa (Hg.): Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie, Köln 1998, S. 120-133, hier S. 130 f.

⁵ Habermas, Jürgen: Ach Europa. Kleine politische Schriften XI. Frankfurt 2008.

⁶ Linden, Markus: Im Netz der Wutbürger und Verschwörungstheoretiker. Online unter: www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/medialer-populismus-im-netz-der-wutbuenger-und-verschwörungstheoretiker13404738.html [08.10.2020].

- ⁷ Britta Schellenberg im Interview: Populisten und Social Media. Wie füreinander gemacht. Online unter: www.bpb.de/dialog/netzdebatte/264183/populisten-und-social-media-wie-fuer-einander-gemacht [08.10.2020].
- ⁸ AfD hängt andere Parteien auf Facebook ab, online unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-ist-auf-facebook-haushoch-ueberlegen-a-1264562.html [08.10.2020].
- ⁹ Schneider, Jens: So aggressiv macht die AfD Wahlkampf auf Facebook, online unter: www.sueddeutsche.de/politik/gezielte-grenzverletzungen-so-aggressiv-macht-die-afd-wahlkampf-auf-facebook-1.3664785-2 [08.10.2020].
- ¹⁰ Sander, Lalon: Sei so erfolgreich wie die „AfD“, online unter: <https://taz.de/Rechtspopulisten-auf-Facebook/!5064873/> [08.10.2020].
- ¹¹ Lühmann, Hannah: Das Geheimnis der Echokammer, online unter: www.faz.net/aktuell/feuilleton/roemerberggespraeche-zur-medienrevolution-das-geheimnis-der-echokammer-12173291.html [08.10.2020].
- ¹² Berendsen, Eva/Cheema, Saba-Nur/Mendel, Meron: Finger auf Wunden oder: der Direkte Weg ins Fettnäpfchen. Identitätspolitik zwischen Abwehr, Abschottung und Allianzen, in: Berendsen, Eva/Cheema, Saba-Nur/Mendel, Meron (Hg.): Trigger-Warnung: Identitätspolitik zwischen Abwehr, Abschottung und Allianzen, Berlin 2019, S. 7-17, hier S. 12.
- ¹³ Pomerantsev, Peter: Das ist keine Propaganda. Wie unsere Wirklichkeit zertrümmert wird, München 2020.
- ¹⁴ Fielitz, Maik, Marcks, Holger: Digital Fascism. Challenges for the Open Society in Times of Social Media, Berkeley 2019, S. 19, online unter: <https://escholarship.org/uc/item/87w5c5gp> [08.10.2020].
- ¹⁵ Schwarz, Karolin: Hasskrieger. Der neue globale Rechtsextremismus, Freiburg i.B. 2020, S. 116.
- ¹⁶ Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Die ‚Wahrheit‘ in Zeiten von Corona. Verschwörungstheorien und Mythen rund um das Virus, online unter: www.bpb.de/gesellschaft/medien-und-sport/306942/corona-und-verschwörungstheorien [08.10.2020] und Nocun, Katharina/Lamberty, Pia: Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen, Berlin 2020.
- ¹⁷ Baeck, Jean-Philipp/Speit, Andreas: Rechte Ego-Shooter. Von der virtuellen Hetze zum Livestream-Attentat, Berlin 2020, S. 12; Schwarz: Hasskrieger, 2020, S. 172; Ebner, Julia: Radikalisierungsmaschinen. Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren, Berlin 2019; Séville, Astrid: Vom Sagbaren zum Machbaren? Rechtspopulistische Sprache und Gewalt, online unter: www.bpb.de/apuz/301138/vom-sagbaren-zum-machbaren-rechtspopulistische-sprache-und-gewalt [08.10.2020].
- ¹⁸ Roose, Kevin: Why Conspiracy Theories are so Addictive right now, online unter: www.nytimes.com/2020/10/07/technology/trump-conspiracy-theories.html?action=click&module=Top%20Stories&pgtype=Homepage [08.10.2020].
- ¹⁹ Kaczinski, Alegra/Hennig-Thurau, Thorsten/Sattler, Henrik: Social Media & Society Report 2019. Wie Deutschland soziale Medien nutzt und was das für unsere Gesellschaft bedeutet, S. 53 f, online unter: www.marketingcenter.de/sites/mcm/files/downloads/research/lmm/literature/kaczinski_hennig-thurau_sattler_social_media_and_society_report_2019.pdf [08.10.2020].
- ²⁰ Butter, Michael: „Nichts ist wie es scheint“. Über Verschwörungstheorien, Berlin 2018, S. 57 f.
- ²¹ In allen Altersgruppen: Deutsche kehren Facebook laut Social Media-Atlas verstärkt den Rücken, online unter: <https://meedia.de/2020/04/03/in-allen-altersgruppen-deutsche-kehren-facebook-laut-social-media-atlas-verstaerkt-den-ruecken/> [08.10.2020].
- ²² Firsching, Jan: State of Social Media: Interaktionen auf Facebook gehen um 39 % zurück.

- Instagram legt um 22 % zu, online unter: www.futurebiz.de/artikel/state-of-social-media-interaktionen-facebook-instagram-twitter/ [08.10.2020].
- ²³ Hradil, Stefan: Soziale Milieus – eine praxisorientierte Forschungsperspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 44/45 2006, S. 3–10, hier S. 5.
- ²⁴ Frischlich, Lena: Kritische Medienkompetenz als Säule demokratischer Resilienz in Zeiten von „Fake News“ und Online-Desinformation, online unter: www.bpb.de/gesellschaft/digitales/digitale-desinformation/290527/kritische-medienkompetenz [08.10.2020].
- ²⁵ Rennefanz, Sabine: Flüchtlinge in Ost-Dörfern ändern nichts an Ressentiments, online unter: www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/fluechtlinge-in-ost-doerfern-aendern-nichts-an-ressentiments-li.106829 [08.10.2020].
- ²⁶ Weiß, Eva-Maria: Wie TikTok-Moderatoren Inhalte zensieren, online unter: www.heise.de/newsticker/meldung/Leak-Wie-TikTok-Moderatoren-Inhalte-zensieren-4538610.html [08.10.2020].
- ²⁷ Calmbach, Marc u.a.: SINUS-Jugendstudie 2020 – Wie ticken Jugendliche? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland, Bonn 2020, S. 391.
- ²⁸ Lobo, Sascha: Wie rechte Ästhetik auf Instagram funktioniert, online unter: www.spiegel.de/netzwelt/apps/radikalisierung-im-netz-wie-rechte-aesthetik-auf-instagram-funktioniert-kolumne-a-0f04516e-107c-4aae-8b93-80c19a737179 [08.10.2020].

PRAXISEINBLICKE

TOBIAS GRALKE

Im Folgenden werden fünf ausgewählte Projekte ausführlicher porträtiert sowie Angebote zu Workshops und Materialien unterschiedlicher Träger vorgestellt. Abschließend findet sich eine kommentierte Literaturliste.

DAS ARGUTRAINING #WIEDER_SPRECHEN FÜR DEMOKRATIE

Worum geht es?

Das Argutrainning ist ein Angebot von *Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.* für Jugendliche ab 14 Jahren. Es zeigt Handlungsmöglichkeiten auf, wie auf abwertende Äußerungen reagiert werden kann und ermutigt dazu, für ein demokratisches Miteinander einzutreten.

Was ist der Ansatz?

Ein demokratisches Miteinander braucht Menschen, die mit verschiedenen Wertvorstellungen umgehen, andere Meinungen und Positionen aushalten und die eigene Position kommunizieren können. Genauso wichtig sind Sensibilität für ausgrenzende und diskriminierende Aussagen sowie Techniken, um sich klar dagegen zu stellen.

Ein zentraler Aspekt des Argutrainings ist darum im Anschluss an die Theorie der Gewaltfreien Kommunikation (Marshall B. Rosenberg) und an das „*Vier-Ohren-Modell*“ (Friedemann Schulz von Thun) die **Stärkung von Kommunikationskompetenz**.

Der eintägige Workshop soll Jugendliche gegenüber ausgrenzenden und abwertenden Äußerungen handlungsfähiger machen, sie bewusst Vorurteile bei sich und anderen erkennen lassen und für eine wertschätzende und empathische, demokratische Kommunikationskultur sensibilisieren.

Wie sieht ein Training aus?

Die Dauer eines Argutrainings beträgt mindestens fünf Stunden. An einem Training können 8 bis 15 Jugendliche teilnehmen.

Zu Beginn jedes Trainings findet ein **Kennenlernen** statt, um die Grundlage für eine vertrauensvolle Atmosphäre zu schaffen.

Darauf folgt eine **Sensibilisierungsphase**, in der es darum geht, sich eigener Vorurteile bewusst zu werden und verbreitete gesellschaftliche Vorurteile zu reflektieren. Ziel ist es, die Mechanismen von Vorurteilen aufzuzeigen.

Anschließend machen sich die Jugendlichen ihrer **eigenen Haltung bewusst und setzen sich mit ihr auseinander**. Sie beschäftigen sich mit den eigenen Wertvorstellungen sowie mit Gefühlen, Bedürfnissen und Wünschen – sowohl bei sich als auch beim Gegenüber.

Darauf folgt das konkrete Kennenlernen und **Ausprobieren von Kommunikations- und Handlungsstrategien**.

Ein Begleitmaterial für pädagogische Fachkräfte sowie Materialien zur Durchführung eines Trainings und eines **Peerprojekts** finden sich unter:
www.argutrainig.de/downloads

Für wen ist das Angebot geeignet?

Das Argutrainig richtet sich an Menschen ab 14 Jahren, die in ihrem privaten, schulischen, beruflichen und/oder ehrenamtlichen Alltag mit rechts-populistischen Aussagen konfrontiert sind sowie an interessierte pädagogische Fachkräfte. Die Trainings finden vorrangig im schulischen Kontext statt, können aber auch im außerschulischen Bereich durchgeführt werden. Das Trainingskonzept orientiert sich an einem inklusiven Ansatz und richtet sich daher an alle Schulformen.

Eine Besonderheit im Rahmen des Angebotes bilden die **Peerprojekte**. Ziel ist es, den Ansatz des Trainings nachhaltig und langfristig in der Einrichtung zu etablieren. Zudem werden die beteiligten Jugendlichen in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt und eröffnen anderen Gleichaltrigen neue Zugänge zu dem Themenfeld.

Vor Ort werden bis zu 15 Jugendliche ab 15 Jahren zu **Peercoaches** ausgebildet. In der zweitägigen Ausbildung lernen sie das Trainingskonzept

kennen, bekommen das ‚Werkzeug‘ für eigene Trainings an die Hand und können sich ausprobieren. Zur Unterstützung wurde für die Jugendlichen ein eigens entwickeltes Handbuch erarbeitet. In den darauffolgenden Wochen führen sie ihre eigenen **Peertrainings** durch. In einem abschließenden halbtägigen Workshop werden die Erfahrungen der Jugendlichen ausgewertet und ihnen weitere Möglichkeiten des Engagements aufgezeigt.

Das Angebot baut wesentlich auf dem Prinzip der Freiwilligkeit auf.

Wer bietet die Trainings an?

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Berlin und mit über 2.000 Mitgliedern in ganz Deutschland. Er verbindet seit 1993 historische Erinnerungsarbeit mit dem konkreten Einsatz für die Demokratie.

Themen sind die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen, dem Unrecht des SED-Regimes und verschiedenen Formen des politischen Extremismus.

Das Argutrainig wird gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung und wurde mit dem Phineo-Siegel für wirksame Projekte ausgezeichnet.

Projektseite: www.argutrainig.de

Kontakt: www.argutrainig.de/kontakt

RADIKALE HÖFLICHKEIT

Worum geht es?

Radikale Höflichkeit ist ein Konzept von *Tadel verpflichtet! e.V.* für Menschen, die in ihrem Umfeld mit rechtspopulistischen Aussagen konfrontiert sind. Im Kern geht es um den differenzierten und sachlich-konstruktiven Umgang mit Menschen- und Demokratiefeindlichkeit in Alltagssituationen.

Was ist der Ansatz?

Rechtspopulistische Aussagen können Menschen in verschiedenen Situationen begegnen: im privaten und beruflichen Alltag, in der Familie, im Bus, in der Schule oder auf Facebook. Eine Pauschallösung für den richtigen Umgang damit gibt es nicht. Stattdessen ist die erste Reaktion oft von Überforderung geprägt.

Im Mittelpunkt der Trainings stehen darum **alltagspraktische Strategien**, um die jeweilige Situation besser einschätzen und zielgerichtet reagieren zu können.

„Radikale Höflichkeit“ bedeutet dabei, kurz gesagt: Diskussionen sachlich und respektvoll zu führen, Hass und Ausgrenzung aber auch aktiv entgegenzutreten. Wie dieser Umgang genau aussieht, hängt vor allem vom Kontext der jeweiligen Situation ab.

Wie sieht ein Training aus?

Ein Training dauert mindestens zwei Stunden, die Länge kann aber je nach Bedarf und Anwendungskontext stark variieren und bis zu zwei Tage betragen.

Zu Beginn werden die Teilnehmenden **an das Thema herangeführt**. Sie erhalten anwendbares Basiswissen über Rechtspopulismus, werden für dessen Auswirkungen im Alltag sensibilisiert und reflektieren ihren persönlichen Bezug zum Thema.

Im Anschluss werden Situationen gesammelt, in denen die Teilnehmenden mit rechtspopulistischen Aussagen konfrontiert worden sind. Diese Beispiele dienen dem **Erfahrungsaustausch** und der **Einführung** in Prinzipien der „Radikalen Höflichkeit“.

Im Folgenden werden die gesammelten Beispielsituationen zur Grundlage von **Rollenspielen in Kleingruppen** genommen. Dabei geht es darum, durch spielerisches Ausprobieren herauszufinden, welche Reaktionen funktionieren können und welche eher nicht.

Die Ergebnisse werden schließlich in der Großgruppe vorgestellt und von den Trainer*innen zu **allgemeineren Tipps** zusammengefasst.

Im *Online-Spiel der Radikalen Höflichkeit* kann an fünf Beispielsituationen das oben vorgestellte Konzept der „Radikalen Höflichkeit“ geübt werden. Link: spiel.kleinerfuenf.de

Für wen ist das Angebot geeignet?

Das Angebot richtet sich an Menschen ab 14 Jahren, die in ihrem privaten, schulischen, beruflichen und/oder ehrenamtlichen Alltag mit rechtspopulistischen Aussagen konfrontiert sind sowie an interessierte Multiplikator*innen und Fachkräfte der politischen Bildung, Sozialarbeit und Demokratieförderung. Gerade weil die Zielgruppe also relativ breit ist, sollte das Grundgerüst immer an die Erfahrungswelt und die Zusammensetzung der Teilnehmenden angepasst werden.

Zum einen kann es in einer Gruppe nämlich **ein unterschiedliches Verständnis** davon geben, was überhaupt als rechtspopulistisch und problematisch eingeordnet wird. Es sollte darum immer ausreichend Diskussionszeit eingeräumt werden.

Wenn mit den persönlichen Erfahrungen der Teilnehmenden gearbeitet wird, sind zum anderen zwei Prinzipien besonders wichtig: **Freiwilligkeit** und **Distanz**. Die Teilnehmenden müssen selbst entscheiden dürfen, ob sie eine Situation einbringen und wenn ja, welche Details sie davon preisgeben wollen.

Wenn diese Situationen dann zum Gegenstand eines Rollenspiels werden, muss unbedingt betont werden, dass es dabei um eine **künstliche Situation** geht, nicht um ein möglichst realistisches Nachspielen. Zum einen werden dadurch Hemmungen bei den Teilnehmenden abgebaut. Zum anderen sollen stereotype Darstellungsweisen und die Reproduktion von gewaltvoller, diskriminierender Sprache verhindert werden.

Schließlich sollte klar sein, dass der Umgang mit Rechtspopulismus auch dadurch bedingt wird, ob eine Person **direkt von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen** ist oder nicht. Diesbezügliche Unterschiede sollten gerade für den Schulunterricht und die Arbeit mit heterogenen Gruppen mitgedacht werden.

Wer bietet die Trainings an?

Tadel verpflichtet! e.V. ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Berlin und 150 ehrenamtlich Aktiven und Fördermitgliedern in ganz Deutschland. Er setzt sich seit 2016 für die weitere Öffnung der Gesellschaft und ein demokratisches Miteinander ein.

Tadel verpflichtet! e.V. ist Trägerverein der Initiativen *Kleiner Fünf* und *Diskursiv*, die sich mit mehrfach ausgezeichneten Kampagnen und Bildungsangeboten gegen Rechtspopulismus und für demokratische Teilhabe engagieren.

Das Konzept der Radikalen Höflichkeit wurde unter anderem in der vom *Institute for Strategic Dialogue* geförderten „Gegenrede-Kampagne“ (2018) entwickelt und zuletzt in den Bestsellern „*Sag was!*“ (2019) und „*Sprich es an!*“ (2020) behandelt.

Projektseite: www.radikalehoeflichkeit.de

Kontakt: info@kleinerfuenf.de

#BEINTERNETT

Worum geht es?

#BeInterNett – Für ein demokratisches Miteinander im Netz ist ein gemeinsames Projekt von *Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.* und *RAMSA e.V.*, in Kooperation mit *jugendschutz.net*. Im Zentrum stehen Strategien von und für junge muslimische Erwachsene zwischen 18 und 30 Jahren, um antimuslimischer und islamistischer Hate Speech im Netz entgegenzutreten und sich für ein offenes und tolerantes Miteinander einzusetzen.

Was ist der Ansatz?

Demokratie- und Menschenfeindlichkeit gewinnen nicht zuletzt durch soziale Medien an Einfluss auf Politik und Gesellschaft. Das Projekt *#BeInterNett* versteht sich als direkte Reaktion auf diese Entwicklungen.

Kernziel ist, junge Menschen zu befähigen und zu unterstützen, sich aktiv für ein respektvolles, wertegestütztes und demokratisches Miteinander in den sozialen Medien einzusetzen. Der besondere Fokus liegt dabei auf der Lebenswelt junger muslimischer Erwachsener in Deutschland, die häufig speziell mit antimuslimischem oder islamistischem Hass konfrontiert werden.

In einem **partizipativen Prozess** wurde den jungen, größtenteils muslimischen Teilnehmenden der ersten Projektphase übertragen, das spätere Workshopkonzept zu entwickeln. Ziel war, einen Workshop zu kreieren, der das Problem Hate Speech aus dem Blickwinkel dieser sozialen Gruppe angeht. Damit sollten auch die **Teilhabemöglichkeiten** an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen für junge Muslim*innen gestärkt und sie in ihrem sozialen Engagement gefördert werden.

Nachfolgend wurde ein Team von Coaches ausgebildet, das in seiner Zusammensetzung die spätere Zielgruppe abbildet. Dem **Ansatz der Peer Education** folgend, haben diese Coaches in der zweiten Projektphase die Aufgabe, den konzipierten Workshop mit muslimischen Studierenden umzusetzen. Eine digitale Lernplattform ergänzt die Ausbildungsinhalte und unterstützt bei der Durchführung der Workshops.

Wie sieht ein Training aus?

Ziel des Workshops ist, dass die Teilnehmenden mögliche Handlungsstrategien im Umgang mit Hate Speech gemeinsam entwickeln sowie diese praktisch einüben. Das Konzept des Workshops baut in mehreren Phasen aufeinander auf. Ausgehend von einer Annäherung an das Thema Hate Speech entwickeln die Teilnehmenden mit spezifischem Blick auf die Herausforderungen im Netz eigene Strategien und erproben diese.

Der Workshop kommt aufgrund seiner Konzeption nicht ohne ein gewisses Maß an Reproduktion von Hate Speech aus. Die Teilnehmenden werden deshalb dafür sensibilisiert, dass diese Wiederholung auch problematisch ist.

In der ersten Phase des Workshops wird die Gruppe zunächst **an das Thema Hate Speech herangeführt**. Dabei wird deutlich, dass es keine einheitliche

Definition und Wahrnehmung von Hate Speech gibt – auch nicht innerhalb der eigenen Gruppe. Anhand von spezifischen Übungen reflektieren die Teilnehmenden das eigene Erleben in Bezug auf dieses Phänomen. In einem geschützten Rahmen tauscht sich die Gruppe zu den **Erfahrungen mit Hate Speech** aus.

Im folgenden Teil identifizieren die Teilnehmenden anhand mehrerer praktischer Beispiele die Wirkungsweisen von Hate Speech und mögliche **individuelle Handlungsstrategien** für den Umgang damit. Dabei wird zunächst eine beispielhafte Kommentarspalte analysiert. Die Gruppe hat die Aufgabe, die verschiedenen Strategien anhand ihrer Anwendungsfelder und Ziele selbst zu kategorisieren, sodass in jedem Workshop ein **eigenes Set an Strategien** angelegt und im Verlauf stetig erweitert wird. Die Coaches unterstützen die Gruppe bei diesem Prozess.

Anschließend üben sie in einer Simulation die **praktische Anwendung** der Handlungsstrategien ein. Eine digitale Lernplattform bietet an dieser Stelle die Gelegenheit, die Übung in einer realitätsnahen und an die Funktionsweise gängiger Social-Media-Plattformen angepassten Umgebung durchzuführen. Indem dabei Avatare genutzt werden, kann eine klare Distanz zwischen Individuum und übertragener Rolle hergestellt werden.

Im letzten Teil des Workshops lernen die Teilnehmenden zunächst die **Grundsätze der empathischen Kommunikation** kennen. Sie erweitern und ergänzen dadurch ihr Strategienrepertoire. Das erlernte Wissen wird in einer letzten Praxisübung vertieft, welche einen Fokus auf **Solidarisierungsstrategien und Selfcare** setzt.

Über die Lernplattform kann im Nachgang des Workshops ergänzend Wissen über weitere Themenbereiche rund um Hate Speech abgerufen werden.

Der Workshop wird sowohl als **Präsenzveranstaltung** als auch als **Online-Angebot** durchgeführt. Die Dauer beträgt rund sechs Stunden. Es können bis zu 15 Personen teilnehmen.

Für wen ist das Angebot geeignet?

Der #BeInterNett-Workshop richtet sich in erster Linie an **muslimische Hochschulgruppen** und wird somit von muslimischen Studierenden im Alter von 18 bis 30 Jahren besucht. Die Teilnahme in diesem Rahmen ist aber auch explizit für sogenannte ‚Verbündete‘ der Zielgruppe offen, wie beispielsweise Freund*innen, Mitglieder kooperierender Hochschulgruppen oder nicht-studierende Geschwister.

Vereinzelt können #BeInterNett-Workshops auch von universitätsfernen jungen muslimischen Gruppen sowie interessierten Multiplikator*innen der politischen Bildung gebucht werden.

Den Coaches stehen für die einzelnen Workshopphasen mehrere Varianten zur Verfügung. Die Gruppen können bei der Buchung **eigene Themenschwerpunkte** auswählen und so, je nach eigener Bedürfnislage und Interesse, den Inhalt des jeweiligen Workshops mitgestalten.

Wer bietet die Trainings an?

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Berlin und mit über 2.000 Mitgliedern in ganz Deutschland. Er verbindet seit 1993 historische Erinnerungsarbeit mit dem konkreten Einsatz für die Demokratie.

RAMSA e.V. bündelt als unabhängige und überparteiliche Nichtregierungsorganisation die Kompetenzen muslimischer Studierender und Akademiker*innen und fördert die Professionalisierung der Hochschulgruppenarbeit für über 35 muslimische Hochschulgruppen im gesamten Bundesgebiet.

jugendschutz.net ist das jugendpolitische Kompetenzzentrum von Bund und Ländern zur Förderung von Schutz und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen im Netz. Die Stelle handelt mit gesetzlichem Auftrag, im Vorfeld jugendschutzrechtlicher Aufsichtsverfahren und wirkt in die Zivilgesellschaft hinein.

Das Projekt #BeInterNett wird gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung.

Projektseite: www.beinternett.de

Kontakt: info@beinternett.de

LOVE-STORM

Worum geht es?

LOVE-Storm ist eine Trainings- und Aktionsplattform für Zivilcourage im Netz. Im Projekt des *Bunds für Soziale Verteidigung e.V.* lernen jährlich über 1.000 Menschen, wie sie Mobbing und Hass im Netz entgegentreten können. Dazu nutzt LOVE-Storm einen eigens entwickelten Online-Trainingsraum für Rollenspiele.

Was ist der Ansatz?

LOVE-Storm versteht sich als **Interventionstool** gegen Hate Speech, das es Angegriffenen und Zuschauenden ermöglicht, gemeinsam aktiv und handlungsfähig zu werden.

Das Projekt basiert auf der Überzeugung, dass Gegenrede drei Funktionen erfüllt: Angegriffene fühlen sich nicht alleine gelassen. Das Publikum erfährt, dass dem Hass widersprochen wird und wird zur Zivilcourage motiviert. Angreifenden werden deutliche Grenzen gesetzt – sodass ein Dialog wieder denkbar wird.

Auf der Plattform werden offene Trainings und geschlossene GruppenWebinare angeboten. Die Trainierten bilden im Anschluss eine Community, die sich zu koordinierten Gegenrede-Aktionen verabreden kann. Das Trainingsangebot wird außerdem um Möglichkeiten zum individuellen E-Learning und qualifizierende Fortbildungsangebote für (angehende) Fachkräfte ergänzt.

Wie sieht ein Training aus?

Die Workshops finden online oder vor Ort statt und dauern in der Regel zwischen zwei Schulstunden und einem halben Tag. In den längeren Trainings können auch Sonderthemen bearbeitet werden, wie der Umgang mit Rassismus, Verschwörungsmythen, Fake News oder Cybermobbing.

Kern der Trainingsarbeit sind ein oder mehrere **Online-Rollenspiele**, in denen die Teilnehmenden in die Rollen von Angegriffenen, Angreifenden und Zuschauenden schlüpfen und sich ausprobieren können.

Je nach Gruppensituation und Thema wählen die Trainer*innen zwischen verschiedenen Szenarien aus oder arbeiten direkt mit einem Erlebnis der Teilnehmenden. Diese sind in der Regel schnell in der Spielrealität und nehmen sich gegenseitig nur noch in ihrer Rolle wahr – oft sogar ohne zu wissen, wer sich dahinter verbirgt.

Nach einigen Minuten wird das Spiel unterbrochen und entlang der drei Funktionen (siehe Ansatz) ausgewertet. Dabei stellen die Trainer*innen sicher, dass alle drei Rollengruppen zu Wort kommen und ihre Erfahrungen gehört werden. So merken die Teilnehmenden von alleine, welche Ideen funktionieren und welche nicht. Aus dem Training nehmen sie dann ein, zwei Ideen mit, die sie im Ernstfall (on- und offline) anwenden können.

Für wen ist das Angebot geeignet?

LOVE-Storm bietet **maßgeschneiderte Angebote** für alle Zielgruppen an, von der Schulklasse bis zum Social-Media-Team.

Bei Trainings im Schulbereich stehen dabei, neben Themen aus dem Politik- oder Ethik-Unterricht, häufig Fragen des sozialen Miteinanders und der (Cyber-)Mobbing-Prävention im Mittelpunkt. Für Medienscouts und Streitschlichtungsgruppen bietet LOVE-Storm zudem ein **Ausbildungsupgrade** zur digitalen Streitschlichtung an, sodass diese ‚digitale Konfliktkompetenzen‘ mit ihren Mitschüler*innen trainieren können.

Außerhalb des Bildungsbereichs wird LOVE-Storm vor allem von **politisch Aktiven oder Social-Media-Moderator*innen** angefragt. Diese haben in der Regel schon viel Erfahrung mit Hate Speech und suchen Möglichkeiten, sich und ihre Netzsphäre vor Hass-Angriffen zu schützen.

Besonderen Wert legt LOVE-Storm auf die **Ausbildung von Multiplikator*innen**, die mit Hilfe des Online-Trainingsraums eigene Bildungsangebote für ihre Klienten entwickeln und umsetzen können.

Wer bietet die Trainings an?

Der *Bund für Soziale Verantwortung e.V.* ist ein Fachverband der Friedensbewegung, der sich dafür einsetzt, gewaltfreien Widerstand zur Verteidigung von Demokratien zu entwickeln und zu verbreiten.

LOVE-Storm wurde im Jahr 2019 mit dem Comenius-EduMedia-Siegel und mit dem Innovationspreis des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung 2020 ausgezeichnet.

Das Projektbüro von LOVE-Storm befindet sich in Lüchow-Dannenberg.

Projektseite: www.love-storm.de

Kontakt: info@love-storm.de

STREITKULTUR 3.0

Worum geht es?

Streitkultur 3.0 ist ein Modellprojekt der *Berghof Foundation*, das Jugendliche gegenüber Hass, Gewalt und Diskriminierung im Netz sensibilisiert. Mittels einer Lern-App werden die Medien- und Informationskompetenzen von Jugendlichen gestärkt und Handlungskompetenzen entwickelt.

Was ist der Ansatz?

Das Projekt Streitkultur 3.0 ermutigt Jugendliche, die digitale Welt als **positiven Gestaltungsraum** wahrzunehmen und ihre eigene Rolle darin zu definieren.

In fünf **Dialoglaboren** setzen sich Jugendliche kritisch mit demokratie- und menschenfeindlichen Informations- und Meinungsbildungsangeboten im Netz auseinander: *Fake oder Fakt, Hass und Hetze, Bots und Algorithmen, Verantwortung im Netz, Engagement im Netz.*

Die Module der Dialoglabore sind in einem partizipativen Prozess gemeinsam mit Tübinger Jugendlichen entstanden, die sich in einem Jugendrat engagierten. Die

Ziele sind: Austausch über den Umgang mit Konflikten im digitalen Raum und Stärkung einer offenen, demokratischen Streitkultur im Netz.

Wie sieht ein Training aus?

Im hier skizzierten Dialoglabor ‚Hass und Hetze‘ werden Jugendliche gegenüber Hass und Diskriminierung für den Umgang mit Hate Speech sensibilisiert sowie mit Handlungskompetenzen ausgestattet.

Zu Beginn starten die Trainer*in das individuell zusammengestellte Dialoglabor in der App. Die Teilnehmenden können sich über einen Code in den gemeinsamen *Klassenraum* einloggen.

In allen Modulen des Dialoglabors erhalten die Teilnehmenden über die App einen Impuls – etwa in Form eines Bildes, Textes oder Videos – sowie eine **anschließende Aufgabe**. Diese bearbeiten sie mit Partner*innen oder in Kleingruppen. Die Ergebnisse stellen sie anschließend im Plenum vor und diskutieren sie gemeinsam.

Im Modul ‚Ist das Hass?‘ stimmen sie beispielsweise ab, ob der gezeigte Inhalt für sie Hate Speech ist. Die Trainer*innen erhalten die Ergebnisse auf ihre Smartphones, können sie anschließend mit der Gruppe teilen und eröffnen damit den Raum für eine **Diskussion**. Die Teilnehmenden tauschen sich aus, warum das Dargestellte für sie Hate Speech ist oder auch nicht, und werden so sensibilisiert, Diskriminierung und Hassrede frühzeitig zu erkennen.

Für wen ist das Angebot geeignet?

Jugendliche verfügen in der Regel über vielfältige Erfahrungen mit Hass, Gewalt, Desinformation oder Diskriminierung im Netz. Es fällt ihnen aber häufig schwer, das Erlebte entsprechend einzuordnen. Das Angebot richtet sich an Jugendliche im Alter von 14 – 17 Jahren.

Digitale Impulse innerhalb der Lern-App ermutigen sie, sich auf einer individuellen Werte-Ebene mit diesen Erfahrungen auseinanderzusetzen. Die **analogen Phasen des Trainings** dienen hingegen vor allem dazu, in der Gruppe gemeinsam zu reflektieren und Meinungen auszutauschen.

Um das Training erfolgreich umzusetzen, müssen jedoch räumliche und technische Gegebenheiten mitbedacht werden. Als sinnvoll erwiesen hat sich dabei eine Orientierung am Prinzip **Bring your own device** – das Arbeiten mit dem eigenen Smartphone.

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob am Veranstaltungsort eine gute **WLAN-Verbindung** vorhanden ist. Gerade in Schulen ist das derzeit häufig nicht gegeben.

Da der Einsatz von Smartphones als Lernwerkzeug in den meisten Schulen noch nicht zur alltäglichen Praxis gehört, ist es außerdem wichtig, vor Beginn der Workshops **Regeln zum Umgang mit Smartphones und Kopfhörern** aufzustellen.

Wer bietet die Trainings an?

Die Berghof Foundation ist eine unabhängige und gemeinnützige Nicht-regierungsorganisation mit Sitz in Berlin und Tübingen. Sie unterstützt Konfliktparteien und andere Akteur*innen in ihren Bemühungen, durch Friedensförderung, Friedenserziehung und Konflikttransformation politischen und sozialen Wandel sowie dauerhaften Frieden zu erreichen.

Das Projekt *Streitkultur 3.0: Lernräume und -medien für junge Menschen zur Auseinandersetzung mit Hass und Gewalt im Netz* wurde im Zeitraum von August 2017 bis Dezember 2019 im Rahmen von *Demokratie leben!* aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert.

Projektseite: www.digitale-streitkultur.de

Kontakt: n.rieber@berghof-foundation.org

KOMMENTIERTE ÜBERSICHTEN VON WORKSHOPS, MATERIALIEN UND LITERATUR

TOBIAS GRALKE

TRAININGS UND WORKSHOPS

Das (seit Dezember 2019) beendete **Projekt debate// der Amadeu Antonio Stiftung** hat unter anderem ein Glossar mit Begriffen zum Thema Online-Kommunikation, Hate Speech und Gegenrede zusammengestellt.

www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/debate

Das **Forum für Streitkultur** bietet maßgeschneiderte Workshops zu Themen wie Konstruktive Gesprächsführung, Argumentieren mit Andersdenkenden oder Argumentieren mit Rechtspopulist*innen an.

www.forum-streitkultur.de

Das Netzwerk **Gegenargument** veranstaltet Workshops, Webinare und Konzeptberatung für die Auseinandersetzung mit rechten und rassistischen Äußerungen sowie zu Themen wie Klimaleugnung und Antifeminismus.

www.gegen-argument.de

Das **Netzwerk für Demokratie und Courage** bietet Argumentations- und Handlungstrainings an zum Umgang mit menschenverachtenden Einstellungen.

www.netzwerk-courage.de

Das Projekt **Stammtischkämpfer*innen** setzt bundesweit Argumentationstrainings gegen rechte und diskriminierende Parolen um.

www.aufstehen-gegen-rassismus.de/kampagne/stammtischkaempferinnen/

PRAKTISCHE ÜBUNGSMÖGLICHKEITEN

Die App **Diskutier mit mir** ermöglicht Diskussionen mit Menschen, die in ausgewählten politischen Fragen anderer Meinung sind.

www.diskutiermitmir.de

In der Facebook-Gruppe **#ichbinhier** sind mehrere Zehntausend Aktive versammelt, die sich zu Gegenrede-Aktionen in Kommentarspalten verabreden. Der Verein veranstaltet außerdem Trainings und hat verschiedene Studien zum Thema Hass im Netz veröffentlicht.

www.ichbinhier.eu

Die App **KonterBUNT** hat exemplarische Übungssituationen sowie ein Verzeichnis von Stammtischparolen und möglichen Reaktionen zusammengestellt.

www.konterbunt.de

WEITERE MATERIALIEN

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Politische Streitkultur, Themenblätter im Unterricht Nr. 48, Bonn 2005.

Czybulka, Christian/Jäger, Frederic/Gralke, Tobias: „Sag was!“ ... aber wann und wie? Rechtspopulistischen Aussagen radikal höflich entgegentreten. in: Ethik & Unterricht 4/20.

Eltze, Wiebke/Gutsche, Lisa: Sichtbar und aktiv: Haltung zeigen! Argumentieren gegen antifeministische Äußerungen. Ein Methodenhandbuch für Trainer*innen, hg. v. Stiftungsverbund der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Gunda-Werner-Institut, 2019.

Online unter: www.gwi-boell.de/de/2019/07/05/sichtbar-und-aktiv-haltung-zeigen [29.11.2020].

Eugen-Biser-Stiftung (Hg.): Berufsschule: demokratisch, interreligiös, teamfähig. Eine Handreichung für Projekttag zu Interreligiösem Lernen und Demokratiebildung, 2019.

Online unter: www.eugen-biser-stiftung.de/themen/dialog-aus-christlichem-ursprung/islam/christlich-islamische-bildungsarbeit/interreligioese-sprachfaehigkeit-als-mehrwert-demokratischer-gespraechskultur.html [29.11.2020].

Georgescu, Mara/Keen, Ellie: Bookmarks. Bekämpfung von Hate Speech im Internet durch Menschenrechtsbildung, 2016.

Online unter: https://no-hate-speech.de/fileadmin/user_upload/Bookmarks_Handbuch.pdf [29.11.2020].

Stiftung SPI (Hg.): Land in Sicht. Gesprächsanker für den Umgang mit demokratiefeindlichen und diskriminierenden Äußerungen, 2019.

Online unter: www.stiftung-spi.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/veroeffentlichungen/mbt_2019_land_in_sicht.pdf [29.11.2020].

KOMMENTIERTE LITERATURLISTE

Achour, Sabine: Die „Gespaltene Gesellschaft“. Herausforderungen und Konsequenzen für die politische Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 13-14/2018, 68. Jahrgang, S. 40–46.

- *Fachliche Selbstverortung in Bezug auf den gesellschaftlichen Polarisierungsdiskurs*

Detjen, Joachim: Streitkultur. Konfliktursachen, Konfliktarten und Konfliktbewältigung in der Demokratie, Schwalbach/Ts 2012.

- *Leicht zugängliches, demokratietheoretisch fundiertes Plädoyer für den konstruktiven Umgang mit Konflikten in Politik und Gesellschaft*

Eddo-Lodge, Reni: Warum ich nicht länger mit Weißen über Hautfarbe spreche, Stuttgart 2019.

- *In diverse Sprachen übersetzter Essay, der das Thema strukturelle Diskriminierung aus Sicht einer Schwarzen, britischen Autorin behandelt*

El-Mafaalani, Aladin: Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt, Köln 2018.

- *Soziologisches Plädoyer für Streitkultur in einer Gesellschaft, in der mit zunehmender Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichten auch mehr Konflikte auftreten*

Europarat (Hg.): Kompetenzen für eine demokratische Kultur. Gleichberechtigtes Zusammenleben in kulturell unterschiedlichen demokratischen Gesellschaften. Kurze Zusammenfassung, Straßburg 2016.

Online unter: <https://rm.coe.int/16806ccc0b> [29.11.2020].

- *Kompakter Überblick über die 20 Kompetenzen des durch den Europarat definierten CDC-Modells (Competences for Democratic Culture)*

Frech, Siegfried/Richter, Dagmar (Hg.): Emotionen im Politikunterricht, Frankfurt a.M. 2019.

- *Sammelband mit politikdidaktischen Diskussionsbeiträgen zu Rolle und Potential von Emotionen und Einstellungen für die politische Bildung*

Gralke, Tobias/Steffan, Philipp/Morfeld, Caroline: Sprich es an! Rechtspopulistischer Sprache radikal höflich entgegentreten, Hamburg 2020.

- *Das zweite Buch von Diskursiv/Tadel verpflichtet! e.V., das sich anhand von anschaulichen Beispielsituationen dem Thema Sprachkritik in Alltagssituationen widmet*

Grammes, Tilman: Kontroversität, in: Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch Politische Bildung, Schwalbach/Ts 2014, S. 266–274.

- *Überblick über Geschichte, Grundlagen, Didaktik und praktische Implikationen des im Beutelsbacher Konsens verankerten Kontroversitätsgebots*

Hölscher, Nina: Kinder und Konflikte – Überlegungen zu einer demokratischen Streitkultur, in: Blöcker, Yvonne/Hölscher, Nina (Hg.): Kinder und Demokratie. Zwischen Theorie und Praxis, Schwalbach/Ts 2014, S. 153–174.

- *Diskussion von Erkenntnissen aus dem Forschungsprojekt ‚Göttinger Kinderdemokratie‘ im Hinblick auf Konfliktstrategien und Konfliktkompetenz von Kindern*

Hufer, Klaus-Peter: Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver, Populismus, Schwalbach/Ts 2016.

- *Einflussreicher, gut zum Einstieg geeigneter Ratgeber für den argumentativen Umgang mit menschen- und demokratiefeindlichen Parolen im Alltag*

Jaster, Romy/Lanius, David: Die Wahrheit schafft sich ab. Wie Fake News Politik machen, Stuttgart 2019.

- *Gut verständliche und lösungsorientierte Analyse der gesellschaftlichen Auswirkungen und Gefahren von Fake News in Politik und Medien*

Kempis, Franzi von: Anleitung zum Widerspruch. Klare Antworten auf populistische Parolen, Vorurteile und Verschwörungstheorien, München 2019.

- *Ausführlicher Argumentationsratgeber für die Reaktion auf rassistische, antisemitische, antifeministische und verschwörungsideologische Aussagen*

Lamberty, Pia/Nocun, Katharina: Fake Facts: Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen, Köln 2020.

- *Sachbuch zum Thema Verschwörungserzählungen mit einem Kapitel, das praktische Tipps zum Umgang mit Verschwörungsgläubigen im eigenen Umfeld versammelt*

Leo, Per/Steinbeis, Maximilian/Zorn, Daniel-Pascal: Mit Rechten reden. Ein Leitfaden, Stuttgart 2017.

- *Anspruchsvollere, streitlustige Auseinandersetzung mit Strategien und Mustern (neu-)rechter Rhetorik*

Ley, Hannes: #ichbinhier: Zusammen gegen Fake News und Hass im Netz, Köln 2018.

- *Buch des Gründers der Facebook-Gruppe #ichbinhier, die mit mehreren Zehntausend Mitgliedern organisierte Gegenrede-Aktionen in den sozialen Medien veranstaltet*

Molthagen, Dietmar/Molthagen-Schnöring, Stefanie: Lasst uns reden! Wie Kommunikation in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gelingen kann, Bonn 2019.

- *Gesprächsband zum Thema Streitkultur, der den Fokus auf organisierte Dialoge in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen setzt*

Pörksen, Bernhard/Schulz von Thun, Friedemann: Kommunikation als Lebenskunst. Philosophie und Praxis des Miteinander-Redens, Heidelberg 2016.

- *Dialogisch verfasste Einführung in die Grundlagen, die zentralen Modelle und Anwendungsfelder der Kommunikationspsychologie*

Reinhardt, Sybille: Konfliktfähigkeit als Ziel für die politische Mündigkeit von Lernenden, in: Greco, Sara Alfia/Lange, Dirk (Hg.): Emanzipation. Zum Konzept der Mündigkeit in der Politischen Bildung. Schwalbach/Ts. 2017, S. 79–95.

- *Fachlicher Grundagentext zum Verhältnis von Konfliktkompetenz und politischer Mündigkeit*

Römmele, Andrea: Zur Sache! Für eine neue Streitkultur in Politik und Gesellschaft, Berlin 2019.

- *Demokratiethoretisch begründeter Aufruf zum unaufgeregten, respektvollen Streit um Inhalte und Positionen*

Rosenberg, Marshall B.: Gewaltfreie Kommunikation. Eine Sprache des Lebens, überarbeitete und erweiterte Neuauflage, Paderborn 2016.

- *Klassiker und Grundlagenwerk, das einen umfassenden Einstieg in das Handlungskonzept der Gewaltfreien Kommunikation gibt*

Stefanowitsch, Anatol: Eine Frage der Moral. Warum wir politisch korrekte Sprache brauchen, Berlin 2018.

- *Knapp und klar argumentiertes, sprachwissenschaftlich fundiertes Plädoyer für die gesellschaftliche Notwendigkeit diskriminierungsfreier Sprache*

Steffan, Philipp: Sag was! Radikal höflich gegen Rechtspopulismus argumentieren, Hamburg 2019.

- *Handliche, alltagstaugliche und mit dem Deutschen Jugendsachbuchpreis ausgezeichnete Einführung in die Grundlagen und Strategien der Radikalen Höflichkeit*

Strobel, Cornelius: Die Grenzen des Dialogs. Hate Speech und Politische Bildung, in: Kasper, Kai/Gräßer, Lars/Riffi, Aycha (Hg.): Online Hate Speech. Perspektiven auf eine neue Form des Hasses, Düsseldorf/München 2017, S. 29–33.

Online unter: www.grimme-institut.de/fileadmin/Grimme_Nutzer_Dateien/Akademie/Dokumente/SR-DG-NRW_04-Online-Hate-Speech.pdf [29.11.2020].

- *Versuch einer fachlichen Positionierung im Umgang mit Hassrede und entgrenzter Sprache in den sozialen Medien*

Wehling, Elisabeth: Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht, Köln 2016.

- *Anschaulich geschriebene, an aktuelle Debatten der deutschen Politik angelehnte Einführung in das kognitionslinguistische Framing-Konzept*

Weber, Oliver: Talkshows hassen. Ein letztes Krisengespräch, Stuttgart 2019.

- *Essayistischer und unterhaltsamer Blick auf politische Talkshows sowie Kritik am Status quo der massenmedialen Streit-Inszenierung*

Westphal, Manon: Kritik- und Konfliktkompetenz. Eine demokratietheoretische Perspektive auf das Kontroversitätsgebot, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 13-14/2018, 68. Jahrgang, S. 12–17.

- *Ein kritischer Blick auf das im Beutelsbacher Konsens verankerte Kontroversitätsgebot in Bezug auf die Frage, wie politische Bildungsarbeit mit der zunehmenden Pluralisierung von Gesellschaften umgehen sollte*

Willer, Robb: How to have better political conversations, TEDxMarin 2016.

Online unter: www.ted.com/talks/robb_willer_how_to_have_better_political_conversations [29.11.2020].

- *Sozialpsychologisch inspirierter, auf die USA bezogener Kurzvortrag über Philosophie und Techniken des moralischen Reframings*

ZU DEN AUTOR*INNEN

Dierk Borstel ist Professor für praxisorientierte Politikwissenschaften an der Fachhochschule Dortmund inne. Seine Forschungsschwerpunkte sind Gefährdungen der Demokratie vor allem durch rechtsextreme und rechtspopulistische Herausforderungen, die Auseinandersetzung mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Aktuelle Publikationen von ihm sind: ‚Kultur der Anerkennung statt Menschenfeindlichkeit. Antworten für die pädagogische und politische Praxis‘ (herausgegeben mit Kemal Bozay), erschienen 2020 und „Die ‚Unsichtbaren‘ im Schatten der Gesellschaft. Forschungen zur Wohnungs- und Obdachlosigkeit am Beispiel Dortmund“ (herausgegeben mit Stephanie Sczcepanek und Tim Sonnenberg), im Erscheinen.

Larissa Bothe ist wissenschaftliche Referentin bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und verantwortlich für das Projekt *DAS ARGUTRAINING #WIE DER SPRECHEN FÜR DEMOKRATIE*. Sie hat Judaistik, Neuere Geschichte und Religionswissenschaften an der Freien Universität Berlin studiert und ist seit vielen Jahren im Bereich der politischen Bildung für verschiedene Träger tätig. Ihre inhaltlichen Schwerpunkte sind: (historisch)-politische Bildung in der Migrationsgesellschaft, Antisemitismusprävention und Vermittlung jüdischer Geschichte und Kultur, Rechtsextremismusprävention, Peer Education, Argumentationstrainings sowie Förderung von Demokratiekompetenz.

Joachim Detjen ist Professor im Ruhestand. Von 1997 bis 2013 war er Inhaber des Lehrstuhls für Politikwissenschaft III mit dem Schwerpunkt Politische Bildung an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Einschlägige Veröffentlichungen sind: ‚Streitkultur. Konfliktursachen, Konfliktarten und Konfliktbewältigung in der Demokratie‘ von 2012 sowie ‚Reden können in der Demokratie. Studien- und Übungsbuch zur politischen Rhetorik. Zwei Bände (Band 1: Grundlagen rhetorischer Kommunikation. Band 2: Politische Rede- und Kommunikationssituationen)‘, erschienen 2014.

Tobias Gralke ist freiberuflicher Theatermacher, Workshopreferent, Autor und Lehrbeauftragter in Kulturbetrieb, politischer Bildung und Demokratieforschung. Er studierte Germanistik & Philosophie in Freiburg, Inszenierung der Künste und Medien in Hildesheim sowie am Human Rights Consortium in London – dazwischen war er am Theater Freiburg und für Das Progressive Zentrum tätig. Aktuell promoviert er an der Filmuniversität Babelsberg zur globalen Klimabewegung. Er ist u.a. Teil der Initiative Kleiner Fünf und Mitglied der Geheimen Dramaturgischen Gesellschaft.

Stefanie Molthagen-Schnöring ist Professorin für Wirtschaftskommunikation und Vizepräsidentin der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin. Nach Studium und Promotion in Germanistik und Kommunikationswissenschaft arbeitete sie zunächst als Kommunikationsberaterin für Unternehmen, NGOs und Ministerien. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich unter anderem mit dem Zusammenhang von Kommunikation und Vertrauen. 2019 hat sie gemeinsam mit ihrem Mann Dietmar Molthagen das Buch ‚Lasst uns reden! Wie Kommunikation in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gelingt‘ herausgebracht.

Michael Parak ist seit 2009 Geschäftsführer des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Inhaltliche Arbeitsgebiete sind unter anderem Historisch-politische Bildung, Demokratiegeschichte, Extremismus-Prävention, Unterstützung und Beratung einer engagierten Zivilgesellschaft. Zuletzt veröffentlicht (Hg.), Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung, Berlin 2018; zs. mit Ruth Wunnicke (Hg.), Vereinnahmung von Demokratiegeschichte durch Rechtspopulismus, Berlin 2019.

Cornelius Strobel ist Referent im Fachbereich ‚Extremismus‘ der Bundeszentrale für politische Bildung. Er studierte Geschichte und Politikwissenschaft in Münster. Nach einem Volontariat im Fachbereich *Print* der Bundeszentrale (unter anderem ‚Informationen zur politischen Bildung‘) wechselte er im Januar 2013 in den Extremismus-Bereich. Hier ist er insbesondere für Rechts-extremismus, Online-Radikalisierung und Verschwörungserzählungen zuständig, sein Schwerpunkt liegt auf der Entwicklung von Online-Formaten.

Simran K. Wester ist Trainerin für Gewaltfreie Kommunikation (CNVC) und Kundalini-Yoga-Ausbilderin (KRI) sowie Gründerin und Geschäftsführerin des Hamburger Instituts für Gewaltfreie Kommunikation. Als ausgebildete Gymnasiallehrerin für Deutsch und Geografie ist sie an allen gesellschafts-politischen Fragen und Entwicklungen interessiert, der Schwerpunkt ihrer Arbeit mit Menschen liegt jedoch vor allem in der persönlichen Krisenbewältigung und Konfliktschlichtung. Sie bietet überwiegend freie Seminare, Jahrestrainings und fortlaufende Kurse zur Gewaltfreien Kommunikation an. Regelmäßige Einführungs- und Vertiefungsseminare für Organisationen wie Brot für die Welt, die Technische Universität Hamburg oder Bürgerinitiativen für nachhaltige Landwirtschaft gehören ebenso dazu.

Manon Westphal ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politische Theorie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Ihr Forschungsschwerpunkt ist die Demokratietheorie mit einem Fokus auf Herausforderungen von Pluralismus, Dissens und Konflikt. Sie wurde mit einer Arbeit zu den institutionellen Implikationen agonaler Demokratietheorien promoviert, die 2018 unter dem Titel ‚Die Normativität agonaler Politik‘ bei Nomos veröffentlicht wurde. Aktuell forscht sie zu Populismus-Theorien, demokratischen Reaktionen auf das Erstarken rechtspopulistischer Politik und Perspektiven einer radikaldemokratischen politischen Bildung.

Hanne Wurzel hat in der Bundeszentrale für politische Bildung verschiedene leitende Positionen wahrgenommen. Seit 2013 leitet sie den Fachbereich ‚Extremismus‘ und zeigt sich für die Neustrukturierung der Extremismuspräventionsarbeit verantwortlich. Sie studierte Geschichte, Spanische Philologie sowie Politik- und Erziehungswissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.



978-3-9820589-8-6